

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Militärischen Sicherheit in der Bundeswehr

A. Problem und Ziel

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 mit einer Vollinvasion intensiviert wurde, markiert eine sicherheitspolitische Zeitenwende für Europa. Dieser Krieg hat die seit dem Ende des Kalten Krieges etablierten Sicherheitsstrukturen in Europa erschüttert. Das sicherheitspolitische Bedrohungsszenario hat sich grundlegend verändert. Die neue Realität eines konventionellen, zwischenstaatlichen militärischen Konflikts in unmittelbarer Nachbarschaft des NATO-Bündnisgebiets erfordert eine glaubwürdige Abschreckung und effektive Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und des Bündnisses.

Ziel ist es, die Bundeswehr zu stärken und die Militärische Sicherheit zu erhöhen. Die Bundeswehr ist vermehrt Angriffsziel von Sabotage und Spionage. Zudem gilt es weiterhin, Extremisten aus der Bundeswehr zu entfernen, um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr in Gänze zu stärken. Politisch motiviertem Extremismus und Terrorismus ist mit allen zulässigen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates entgegenzutreten. Ebenso ist die zunehmende Bedrohung durch Spionageaktivitäten und Cyber-Attacken fremder Staaten auf die Bundeswehr wirksam abzuwehren. Dies alles gelingt nur mit zeitgemäßen Fähigkeiten für den Militärischen Abschirmdienst. Der Militärische Abschirmdienst muss in der Lage sein, seine Aufgaben mittels wirksamer Befugnisse effektiv und zuverlässig zu erfüllen. Auch mit der Aufstellung einer Brigade in Litauen geht ein neues Bedrohungsszenario für die Bundeswehr und ihre Angehörigen einher. Hier gilt es, die Bundeswehr auch durch sich selbst zu schützen.

Das Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst wird den Vorgaben aus mehreren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Recht der Sicherheitsbehörden, insbesondere denjenigen vom 26. April 2022 zum bayerischen Verfassungsschutzgesetz und vom 17. Juli 2024 zum hessischen Verfassungsschutzgesetz nicht gerecht. Erforderlich ist unter anderem die Vorgabe von Eingriffsschwellen bei erheblichen Grundrechtseingriffen und die Einführung einer unabhängigen Kontrolle von bestimmten Maßnahmen des Militärischen Abschirmdienstes.

Das Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlusssachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz) sieht Regelungen und Verfahren vor, die nicht der aktuellen Bedrohungslage für die Bundeswehr und einem notwendigen personellen Aufwuchs der Bundeswehr entsprechen. So wurde zum 1. Juli 2017 in § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes eine Soldateneinstellungsüberprüfung mit Verweis in das Sicherheitsüberprüfungsgesetz geschaffen, die einen nunmehr noch stärkeren Personalaufwuchs behindert. Auch die im Sicherheitsüberprüfungsgesetz möglichen Reisebeschränkungen werden der Gefahrenlage, der sich die Angehörigen der Bundeswehr ausgesetzt sehen, nicht gerecht. Eine Konzentrierung auf sicherheitsempfindliche Tätigkeiten, die den Schutz von Geheimnissen und Geheimnisträgern bezwecken, greift zu eng. Es liegen Erkenntnisse vor, dass Angehörige der Bundeswehr – unabhängig von der Frage, wo sie eingesetzt werden und ob sie eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben – einer gesteigerten Bedrohungslage durch fremde Mächte ausgesetzt sind.

Durch die grundlegend veränderte Sicherheitslage sieht sich die Bundeswehr zunehmend auch mit Sabotagehandlungen und Ausspähversuchen an und in ihren Liegenschaften konfrontiert. Mit einer maßvollen Erweiterung der Befugnisse im Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen soll daher die Sicherheit militärischer Bereiche vor derartigen Angriffen verbessert und auch hierdurch die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte gewährleistet werden.

B. Lösung

Den aufgezeigten Herausforderungen wird mit einem Artikelgesetz Militärische Sicherheit begegnet. Dieses enthält eine Neufassung des Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst einschließlich notwendiger Folgeänderungen und ein Gesetz zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr.

Der Gesetzentwurf stellt in Bezug auf die Neufassung des Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst eine Übergangslösung dar, die der Zeitkritikalität der aktuellen militärischen Gefährdungslagen geschuldet ist. Daher erfolgt eine Umsetzung ohne zeitgleiche Anpassung weiterer nachrichtendienstlicher Fachgesetze wie des Bundesverfassungsschutzgesetzes oder des BND-Gesetzes. Langfristig ist angestrebt, inhaltsgleiche Regelungen mit dem Bundesverfassungsschutzgesetz und dem BND-Gesetz anzustreben und Kontrollmechanismen zu vereinheitlichen.

Zudem werden punktuell die Aufgaben und Befugnisse der Feldjäger durch Änderungen im Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen und in der Wehrdisziplinarordnung angepasst.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es entstehen keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch die vorgesehenen Änderungen im MAD-Gesetz entsteht für die Verwaltung ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von maximal 420.000 Euro. Dieser resultiert im

Wesentlichen aus der Schaffung neuer Dienstposten im Bereich des Militärischen Abschirmdienstes, die zur Umsetzung der erweiterten gesetzlichen Aufgaben erforderlich sind. Die Kostenberechnung beruht auf dem Personalbedarf von 2 zusätzlichen Planstellen der Besoldungsgruppe A 13 sowie 3 zusätzlichen Planstellen im Bereich des gehobenen Dienstes einschließlich der Personalkosten pro Stelle.

Durch die Erweiterung der Auskunftsverlangen wird ein weiterer Erfüllungsaufwand entstehen. Der der Wirtschaft entstehende Aufwand wird jedoch durch den Militärischen Abschirmdienst entschädigt werden, da der Entwurf entsprechende Entschädigungsregelungen vorsieht. Eine exakte Darstellung der Höhe der zu erwartenden Entschädigung ist aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes, der dem Staatswohl dient, nicht angezeigt.

F. Weitere Kosten

Keine.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Militärischen Sicherheit in der Bundeswehr

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

- | | |
|------------|--|
| Artikel 1 | Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MAD-Gesetz – MADG) |
| Artikel 2 | Gesetz zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr (Bundeswehr-Schutz-Gesetz – BwSchutzG) |
| Artikel 3 | Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes |
| Artikel 4 | Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes |
| Artikel 5 | Änderung des Soldatengesetzes |
| Artikel 6 | Änderung der Soldatensicherheitsüberprüfungsverordnung |
| Artikel 7 | Änderung des Reservistengesetzes |
| Artikel 8 | Änderung der Wehrdisziplinarordnung |
| Artikel 9 | Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen |
| Artikel 10 | Änderung des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes |
| Artikel 11 | Änderung der Telekommunikations-Überwachungsverordnung |
| Artikel 12 | Änderung des Telekommunikationsgesetzes |
| Artikel 13 | Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes |
| Artikel 14 | Grundrechtseinschränkungen |
| Artikel 15 | Außerkräfttreten |
| Artikel 16 | Inkräfttreten |

Artikel 1

Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst

(MAD-Gesetz – MADG)

Inhaltsübersicht

Teil 1
Organisation und Aufgaben

- § 1 Organisation des Militärischen Abschirmdienstes
- § 2 Aufgaben
- § 3 Zusammenarbeit

Teil 2
Befugnisse und Schranken

Abschnitt 1
Allgemeine Befugnisse

- § 4 Allgemeine Befugnisse zur Datenerhebung
- § 5 Vorprüfung

Abschnitt 2
Besondere Befugnisse

Unterabschnitt 1
Arten besonderer Befugnisse und Maßnahmerichtung

- § 6 Besondere Befugnisse
- § 7 Maßnahmerichtung

Unterabschnitt 2
Nachrichtendienstliche Mittel

- § 8 Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel
- § 9 Observation
- § 10 Überwachung des gesprochenen Wortes
- § 11 Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung
- § 12 Technische Ortung; Aufenthaltsbestimmung
- § 13 Einsatz von Vertrauenspersonen
- § 14 Einsatz von verdeckten Bediensteten
- § 15 Einsatz virtueller Agenten bei der Aufklärung im Internet
- § 16 Einsichtnahme in Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik; Asservatenauswertung
- § 17 Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe fremder Mächte
- § 18 Überwachung der Telekommunikation sowie des Brief- und Postverkehrs

Unterabschnitt 3
Besondere Auskunftsverlangen

- § 19 Besondere Auskunftsverlangen zu Bestandsdaten

- § 20 Besondere Auskunftsverlangen zu sonstigen Daten
- § 21 Besondere Auskunftsverlangen bei informationstechnischen Angriffen fremder Mächte

Unterabschnitt 4 Verfahrensregelungen für besondere Befugnisse

- § 22 Anordnung von besonderen Befugnissen
- § 23 Mitteilungspflichten

A b s c h n i t t 3 W e i t e r e B e f u g n i s s e

- § 24 Automatisierter Abruf aus dem Personalwirtschaftssystem
- § 25 Besondere Eigensicherungsbefugnisse
- § 26 Verfahren für den Einsatz der Eigensicherungsbefugnisse
- § 27 Weitere Befugnisse im Ausland

A b s c h n i t t 4 S c h r a n k e n

- § 28 Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung
- § 29 Schutz von zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsheimnisträgerinnen und Berufsheimnisträgern

T e i l 3 Ü b e r m i t t l u n g e n

- § 30 Übermittlungsverbote
- § 31 Übermittlung an inländische öffentliche Stellen zur Gefahrenabwehr
- § 32 Übermittlung an inländische öffentliche Stellen zum administrativen Rechtsgüterschutz
- § 33 Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden zur Strafverfolgung
- § 34 Übermittlung an inländische öffentliche Stellen ohne belastende Maßnahmen mit Außenwirkung
- § 35 Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen
- § 36 Minderjährigenschutz bei Inlandsübermittlungen
- § 37 Weiterverarbeitung durch die empfangende Stelle
- § 38 Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen
- § 39 Übermittlung zum Schutz der betroffenen Person
- § 40 Weitere Verfahrensregelungen
- § 41 Übermittlung von personenbezogenen Daten aus allgemein zugänglichen Quellen
- § 42 Übermittlungen von Informationen an den Militärischen Abschirmdienst

Teil 4

Kontrolle und allgemeiner Datenschutz

- § 43 Exekutivkontrolle
- § 44 Parlamentarische Kontrolle
- § 45 Gerichtliche Kontrolle
- § 46 Unabhängige Datenschutzkontrolle
- § 47 Weiterverarbeitung personenbezogener Daten
- § 48 Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten
- § 49 Dateianordnungen
- § 50 Auskunft an die betroffene Person
- § 51 Anwendbarkeit des allgemeinen Datenschutzrechts

Teil 5

Landes- und Bündnisverteidigung

- § 52 Spannungs- und Verteidigungsfall

Teil 6

Schlussvorschriften

- § 53 Verfassungsschutz durch Aufklärung der Öffentlichkeit
- § 54 Strafvorschriften
- § 55 Bußgeldvorschriften
- § 56 Einschränkung von Grundrechten
- § 57 Übergangsvorschriften

Teil 1

Organisation und Aufgaben

§ 1

Organisation des Militärischen Abschirmdienstes

(1) Der Bund unterhält als Verfassungsschutzbehörde und abschirmenden Nachrichtendienst der Bundeswehr das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (Militärischer Abschirmdienst) als zivile Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Der Militärische Abschirmdienst kann Außenstellen einrichten.

(2) Der Militärische Abschirmdienst darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

Aufgaben

(1) Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, einschließlich personenbezogener Daten, über

1. politisch bestimmte, zielgerichtete Verhaltensweisen, die von Einzelpersonen oder Personenzusammenschlüssen ausgehen und die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhaltenden verbündeten Truppen gerichtet sind oder
 - b) gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes) oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind

(Bestrebungen) und

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht, insbesondere Sabotage oder Spionage (Tätigkeiten),

sofern die Bestrebungen oder Tätigkeiten von Personen ausgehen oder ausgehen sollen, die dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind und sich gegen Personen, Dienststellen, Einrichtungen oder Gegenstände des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung richten können. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe kann der Militärische Abschirmdienst seine Befugnisse im Benehmen mit der zuständigen Verfassungsschutzbehörde auch gegenüber Personen ausüben, die nicht dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehören oder nicht in ihm tätig sind, sofern von diesen Personen Bestrebungen ausgehen oder diese Personen Tätigkeiten ausüben, die sich gegen Personen, Dienststellen, Einrichtungen oder Gegenstände dieses Geschäftsbereichs richten können. Das Benehmen kann für eine Reihe gleichgelagerter Fälle hergestellt werden. Der Militärische Abschirmdienst wirkt an der Vorsorge gegen diese Bestrebungen und Tätigkeiten mit. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes, die disziplinarrechtlich zuständigen und personalbearbeitenden Stellen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung über seine Erkenntnisse zu informieren.

(2) Der Militärische Abschirmdienst führt die auf die Bundeswehr im In- und Ausland wirkenden Einflüsse in einem Lagebild zusammen und bewertet diese Einflüsse aus nachrichtendienstlicher Sicht (Abschirmlage).

(3) Der Militärische Abschirmdienst wirkt bei Sicherheitsüberprüfungen sowie Maßnahmen des materiellen Geheim- und Sabotageschutzes nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz und bei Personenüberprüfungen nach dem Bundeswehr-Schutz-Gesetz mit.

(4) Der Militärische Abschirmdienst schützt seine Bediensteten, Einrichtungen, Gegenstände, menschliche Quellen und amtlichen Informationen gegen die Sicherheit gefährdende Bedrohungen (Eigensicherung).

(5) Der Militärische Abschirmdienst

1. sichert die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes und

2. schützt die Geschäftsbereichsangehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung und deren Angehörigen, die Dienststellen und die Einrichtungen der Bundeswehr außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes.

Soweit auch die Zuständigkeit des Bundesnachrichtendienstes betroffen ist, nimmt der Militärische Abschirmdienst seine Befugnisse im Einvernehmen mit dem Bundesnachrichtendienst wahr. Das Einvernehmen kann für eine Reihe gleichgelagerter Fälle hergestellt werden. Der Militärische Abschirmdienst nimmt die Aufgabe nach Satz 1 während Einsätzen der Bundeswehr sowie während deren Vor- und Nachbereitung wahr. Die Aufgabenwahrnehmung ist dabei auf die Orte des Einsatzes, an denen Geschäftsbereichsangehörige des Bundesministeriums der Verteidigung ihren Dienst leisten (Einsatzgebiet), begrenzt. § 1 Absatz 2 des BND-Gesetzes bleibt unberührt. Die Aufgabenwahrnehmung nach Satz 1 erfolgt nur auf Weisung des Bundesministeriums der Verteidigung.

§ 3

Zusammenarbeit

(1) Der Militärische Abschirmdienst und die anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen. Die Zusammenarbeit besteht auch in der gemeinsamen Teilnahme am nachrichtendienstlichen Informationssystem der Verfassungsschutzbehörden sowie in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung. Der Militärische Abschirmdienst und die anderen Verfassungsschutzbehörden unterrichten einander über alle Angelegenheiten, deren Kenntnis für die Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderlich ist. Dies gilt im Einzelfall auch für Angelegenheiten von Reservistinnen und Reservisten nach § 1 des Reservistengesetzes. Der Militärische Abschirmdienst und die anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder können zudem gemeinsam Befähigungen entwickeln und gemeinsam Operationen im Rahmen und in den Grenzen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten durchführen.

(2) Der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen. Sie unterrichten einander über Angelegenheiten, deren Kenntnis für die Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderlich ist. Der Militärische Abschirmdienst übermittelt dem Bundesnachrichtendienst Informationen, einschließlich personenbezogener Daten, soweit sich aus ihnen Erkenntnisse über das Ausland von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung ergeben.

Teil 2

Befugnisse und Schranken

Abschnitt 1

Allgemeine Befugnisse

§ 4

Allgemeine Befugnisse zur Datenerhebung

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf zur Erfüllung seiner Aufgaben Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben; eine Erhebung ist auch zulässig, wenn

die betroffene Person eingewilligt hat. Er darf von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen personenbezogene Daten entgegennehmen, die ihm zur Erfüllung seiner Aufgaben übermittelt wurden.

(2) Der Militärische Abschirmdienst darf öffentliche Stellen um Übermittlung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn die Daten nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Würde durch die Übermittlung nach Satz 1 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder die betroffene Person unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf der Militärische Abschirmdienst bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben amtliche Register einsehen. Im Rahmen der Beantwortung des Ersuchens nach Satz 1 dürfen nur diejenigen Informationen einschließlich personenbezogener Daten übermittelt werden, die der ersuchten Stelle bekannt sind oder aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können; dies gilt nicht für Ersuchen um solche Daten, die bei der Wahrnehmung grenzpolizeilicher Aufgaben bekannt werden. Die Zulässigkeit dieser besonderen Ersuchen und ihrer Erledigung regelt das Bundesministerium des Innern im Benehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium der Verteidigung in einer Dienstanweisung.

(3) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen automatisiert erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

(4) Der Militärische Abschirmdienst darf zur Erfüllung seiner Aufgaben Einsicht in die Personalakten der Personen nehmen, die dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind. Über die Akteneinsicht erfolgt keine Mitteilung an die betroffene Person. Die Einsichtnahme in die Personalakte ist aktenkundig zu machen. § 108 Absatz 1 Satz 4, auch in Verbindung mit Absatz 3, des Bundesbeamtengesetzes bleibt unberührt.

(5) Erhebt der Militärische Abschirmdienst personenbezogene Daten bei der betroffenen Person mit ihrer Kenntnis, so ist der betroffenen Person der Erhebungszweck mitzuteilen. Die betroffene Person ist auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben hinzuweisen. Der Hinweis ist aktenkundig zu machen.

(6) Soweit es für die Erfüllung der Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes erforderlich ist, kann er eine Person, bargeldlose Zahlungsmittel oder eine Sache, die genannt sind in Artikel 36 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1862 nach § 33b Absatz 2 des Bundeskriminalamtsgesetzes durch das Bundeskriminalamt im polizeilichen Informationsverbund zur verdeckten Kontrolle ausschreiben lassen, wenn die Voraussetzungen des Artikels 36 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/1862 sowie tatsächliche Anhaltspunkte für einen grenzüberschreitenden Verkehr vorliegen. Die um Mitteilung ersuchte Stelle kann dem Militärischen Abschirmdienst die Informationen nach Artikel 37 der Verordnung (EU) 2018/1862 übermitteln. Ausschreibungen ordnet die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes oder eine von ihr bestimmte Vertretung, die die Befähigung zum Richteramt hat, an. Die Ausschreibung ist auf höchstens 6 Monate zu befristen und kann wiederholt angeordnet werden. Liegen die Voraussetzungen für die Ausschreibung nicht mehr vor, ist der Zweck der Maßnahme erreicht oder zeigt sich, dass er nicht erreicht werden kann, ist die Ausschreibung unverzüglich zu löschen.

§ 5

Vorprüfung

(1) Der Militärische Abschirmdienst kann tatsächliche Anhaltspunkte darauf prüfen, ob sie den Verdacht einer Bestrebung oder einer Tätigkeit begründen (Vorprüfung).

(2) Die Dauer der Vorprüfung soll 6 Monate nicht überschreiten. Eine längere Vorprüfung muss von der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes gebilligt werden.

(3) Ergibt die Vorprüfung, dass keine tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten vorliegen, ist die Vorprüfung abzuschließen; personenbezogene Daten sind unverzüglich nach Abschluss der Vorprüfung zu löschen. Die Tatsache der Erhebung und Löschung ist zu protokollieren. Die Protokollierung ist nach Ablauf von 5 Jahren nach Abschluss der Vorprüfung zu löschen.

A b s c h n i t t 2

B e s o n d e r e B e f u g n i s s e

Unterabschnitt 1

Arten besonderer Befugnisse und Maßnahmerichtung

§ 6

Besondere Befugnisse

Die besonderen Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes untergliedern sich in

1. nachrichtendienstliche Mittel und
2. besondere Auskunftsverlangen.

§ 7

Maßnahmerichtung

(1) Maßnahmen unter Einsatz besonderer Befugnisse dürfen sich gezielt nur gegen eine Person richten, zu der tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass

1. sie Bestrebungen betreibt oder Tätigkeiten ausübt oder
2. sie Bestrebungen oder Tätigkeiten nachdrücklich unterstützt

(Zielperson).

(2) Maßnahmen unter Einsatz nachrichtendienstliche Mittel dürfen sich über Absatz 1 hinaus gegen eine Person richten, bei der tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass

1. sie mit der Zielperson in Verbindung steht und von den Bestrebungen oder Tätigkeiten Kenntnis hat oder
2. sich eine Zielperson ihrer zur Förderung der Bestrebungen oder Tätigkeiten bedient.

Dies gilt nur, soweit eine Maßnahme gegen die Zielperson allein nicht zur Aufklärung der Bestrebung oder Tätigkeit ausreicht.

(3) Maßnahmen unter Einsatz besondere Auskunftsverlangen dürfen sich über Absatz 1 hinaus gegen eine Person richten, bei der aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass

1. sie eine Leistung für die Zielperson in Anspruch nimmt,
2. sie für die Zielperson bestimmte oder von ihr stammende Mitteilungen entgegennimmt oder weitergibt oder
3. die Zielperson ihre Telekommunikationsanschlüsse benutzt.

Unterabschnitt 2

Nachrichtendienstliche Mittel

§ 8

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Sofern sich aus diesem Unterabschnitt keine darüber hinausgehenden Anforderungen ergeben, darf der Militärische Abschirmdienst zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Absatz 1 nachrichtendienstliche Mittel wie die folgenden einsetzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die den Verdacht einer Bestrebung oder einer Tätigkeit begründen, und wenn der Einsatz im Einzelfall zur Aufklärung dieser Bestrebung oder Tätigkeit erforderlich ist:

1. verdeckte Nachforschungen und verdeckte Befragungen,
2. verdecktes Erstellen von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen,
3. Einsatz von Informanten,
4. Einsatz von Gewährspersonen,
5. Beobachtung des Funkverkehrs im Sinne von § 10 Absatz 1 des Bundespolizeigesetzes,
6. Verwendung fingierter biografischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden) und Beschaffung, Erstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen,
7. Observation (§ 9),
8. Überwachung des gesprochenen Wortes (§ 10),
9. Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung (§ 11),
10. technische Ortung und Aufenthaltsbestimmung (§ 12),
11. Einsatz von Vertrauenspersonen (§ 13),
12. Einsatz von verdeckten Bediensteten (§ 14),
13. Einsatz virtueller Agenten bei der Aufklärung im Internet (§ 15),

14. Einsichtnahme in Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik und Assessmentauswertung (§ 16),
15. Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe fremder Mächte (§ 17).

Weitere als die in Satz 1 Nummer 1 bis 15 genannten nachrichtendienstlichen Mittel hat der Militärische Abschirmdienst vor dem Einsatz in einer Dienstvorschrift zu benennen. Dabei dürfen in der Dienstvorschrift nur solche nachrichtendienstliche Mittel benannt werden, die in ihrer belastenden Wirkung für die betroffenen Personen mit in Satz 1 Nummer 1 bis 15 genannten nachrichtendienstlichen Mitteln vergleichbar sind, für die nicht zusätzlich die §§ 9 bis 17 in Verbindung mit den Absätzen 2 bis 4 gelten.

(2) Wird aufgrund der erheblichen Eingriffsintensität auf diesen Absatz verwiesen, muss auf Grundlage tatsächlicher Anhaltspunkte der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels erforderlich sein zur Aufklärung von Personen,

1. deren Handeln auf die Ausübung von Gewalt gegen Personen oder Sachen von bedeutendem Wert gerichtet ist,
2. die mit ihrem Handeln in schwerwiegender Weise rassistische, volksverhetzende, antisemitische, menschenfeindliche oder bestimmte Bevölkerungsgruppen diskriminierende Ziele verfolgen,
3. die aufgrund ihrer dienstlichen oder beruflichen Tätigkeiten Fähigkeiten besitzen, die in erheblichem Maß über die individuellen soldatischen Grundfertigkeiten hinausgehen oder
4. die eigenständigen Zugang zu dienstlichen Waffen, dienstlicher Munition oder dienstlichem Sprengstoff haben.

(3) Wird aufgrund der besonders erheblichen Eingriffsintensität auf diesen Absatz verwiesen, muss auf Grundlage tatsächlicher Anhaltspunkte der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels erforderlich sein zur Aufklärung von Personen,

1. die Tätigkeiten ausüben oder
2. die zur Zielverfolgung Straftaten vorbereiten oder begehen, die im Höchstmaß mit Freiheitsstrafe von mindestens 5 Jahren bedroht sind.

(4) Wird aufgrund der äußerst erheblichen Eingriffsintensität auf diesen Absatz verwiesen, muss der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels im Einzelfall zur Abwehr einer dringenden Gefahr erforderlich sein für:

1. für Bestand und Sicherheit des Staates,
2. für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder
3. für Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist.

Geeignete polizeiliche Hilfe darf zudem für das bedrohte Rechtsgut nicht rechtzeitig erlangt werden können.

(5) Der Militärische Abschirmdienst darf nachrichtendienstliche Mittel auch zur Gewinnung von Erkenntnissen über die zur Aufklärung von Bestrebungen oder Tätigkeiten erforderlichen menschlichen Quellen einsetzen.

(6) Nachrichtendienstliche Mittel dürfen auch eingesetzt werden, wenn andere Personen unvermeidbar mit betroffen sind.

(7) Die Dienstvorschrift nach Absatz 1 Satz 2 darf erst erlassen werden, wenn zuvor der Unabhängige Kontrollrat nach § 41 Absatz 1 des BND-Gesetzes bestätigt hat, dass die Dienstvorschrift den Vorgaben des Absatzes 1 Satz 3 entspricht. Satz 1 gilt für die Änderung der Dienstvorschrift entsprechend.

§ 9

Observation

(1) Bei Observationen nach § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 darf der Militärische Abschirmdienst Personen, Objekte oder Ereignisse beobachten, auch unter Einsatz observationsunterstützender technischer Mittel.

(2) Die Observation einer Person durchgehend länger als 72 Stunden oder an mehr als 7 Tagen innerhalb von 30 Tagen ist nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig.

(3) Die Observation einer Person durchgehend länger als 7 Tage ist nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 zulässig.

§ 10

Überwachung des gesprochenen Wortes

(1) Bei der Überwachung des gesprochenen Wortes nach § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 darf der Militärische Abschirmdienst außerhalb von Wohnungen das gesprochene Wort mithören, auch unter Einsatz technischer Hilfsmittel. Ebenso darf er das öffentlich gesprochene Wort aufzeichnen.

(2) Das Aufzeichnen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen ist nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig.

§ 11

Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 4 das in einer Wohnung nicht öffentlich gesprochene Wort abhören und aufzeichnen. Satz 1 gilt entsprechend für einen verdeckten Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen.

(2) Neben der Wohnung der Zielperson nach § 7 Absatz 1 darf die Wohnung einer anderen Person abweichend von § 7 Absatz 2 nur in die Überwachung einbezogen werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Zielperson sich dort zur Zeit der Überwachung aufhält und diese Maßnahme für die Erforschung des Sachverhalts relevante Informationen ergeben wird, die nicht durch eine Überwachung der Wohnung der Zielperson zu gewinnen sind.

(3) Die erhobenen Daten dürfen über den Anlass und Zweck hinaus, zu dem sie erhoben wurden, nur zur Abwehr einer Gefahr im Sinne des § 8 Absatz 4 oder zur Verfolgung

einer Straftat, auf Grund derer eine entsprechende Maßnahme nach § 100c in Verbindung mit § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung angeordnet werden könnte, weiterverarbeitet werden.

§ 12

Technische Ortung; Aufenthaltsbestimmung

(1) Bei der technischen Ortung von Geräten, einschließlich Mobilfunkendgeräten, und bei der Aufenthaltsbestimmung nach § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 10 darf der Militärische Abschirmdienst technische Mittel einsetzen

1. zur Ermittlung der Geräte- oder Kartenummer eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgerätes und
2. für die Bestimmung des Standorts einer Person oder eines Gegenstandes zur Ermöglichung und Durchführung der Observation sowie zur Aufenthaltsbestimmung.

(2) Nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig ist der Einsatz technischer Mittel zur Bewegungsbestimmung

1. durchgehend länger als 7 Tage,
2. an 14 oder mehr einzelnen Tagen innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen oder
3. in einer Weise, die ein den Nummern 1 und 2 in der Persönlichkeitsrelevanz gleichwertiges Bewegungsprofil ergibt.

(3) Nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 zulässig ist der Einsatz technischer Mittel zur Bewegungsbestimmung

1. durchgehend länger als 30 Tage,
2. an mehr als 5 Wochen innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen oder
3. in einer Weise, die ein den Nummern 1 und 2 in der Persönlichkeitsrelevanz gleichwertiges Bewegungsprofil ergibt.

§ 13

Einsatz von Vertrauenspersonen

(1) Bei dem Einsatz von Vertrauenspersonen nach § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 darf der Militärische Abschirmdienst Personen zum Aufbau und zur Ausnutzung einer Vertrauensbeziehung einsetzen, deren planmäßige, dauerhafte Zusammenarbeit mit dem Militärischen Abschirmdienst Dritten nicht bekannt ist (Vertrauenspersonen). Als Vertrauensperson dürfen nicht Personen angeworben und eingesetzt werden, die

1. nicht voll geschäftsfähig, insbesondere minderjährig sind,
2. von den Geld- oder Sachzuwendungen für die Tätigkeit auf Dauer als alleinige Lebensgrundlage abhängen würden,
3. an einem Aussteigerprogramm teilnehmen,

4. Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, eines Landesparlaments oder Mitarbeiter eines solchen Mitglieds sind,
5. im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines Verbrechens oder zu einer Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist, eingetragen sind oder
6. in den §§ 53 und 53a der Strafprozessordnung als Berufsgeheimnisträgerinnen oder Berufsgeheimnisträger und mitwirkende Personen genannt sind, in dieser Eigenschaft zur Beschaffung von Informationen eingesetzt werden sollen und dem Zeugnisverweigerungsrecht unterliegen.

Unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 kann die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes eine Ausnahme zulassen von Satz 2 Nummer 1 bei einer Person, die mindestens 16 Jahre alt ist, und von Satz 2 Nummer 5 bei einer Person, die nicht als Täter eines Totschlags (§§ 212 und 213 des Strafgesetzbuches) oder einer allein mit lebenslanger Haft bedrohten Straftat verurteilt worden ist. Im Fall einer Ausnahme nach Satz 3 ist der Einsatz nach höchstens 6 Monaten zu beenden, wenn er zur Erforschung der Bestrebungen oder Tätigkeiten nicht zureichend gewichtig beigetragen hat.

(2) Der Einsatz von Vertrauenspersonen gegen eine Person länger als 6 Monate ist nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig. Gleiches gilt, wenn der Einsatz auf die Herstellung von Vertrauensbeziehungen mit der Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 angelegt ist. Der Einsatz einer Vertrauensperson gegen eine Person, zu der die Vertrauensperson eine besonders persönliche Vertrauensbeziehung unterhält, ist nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 zulässig.

(3) Der Aufbau oder Erhalt einer intimen Beziehung oder einer vergleichbar persönlichen Bindung einer Vertrauensperson zur Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 ist unzulässig. Entstehen solche Bindungen zu einer Person, so ist der Einsatz gegen diese abubrechen. Der Militärische Abschirmdienst hat darauf hinzuwirken, dass die Vertrauensperson zur Einsatzdurchführung gespeicherte kernbereichsrelevante Informationen löscht und ihm solche Informationen nicht übermittelt. Wird dem Militärischen Abschirmdienst bekannt, dass die Vertrauensperson im Einsatz kernbereichsrelevante Informationen gewonnen hat, hat er diesen Umstand auch unabhängig von einer Übermittlung von Inhalten zu dokumentieren.

(4) Vertrauenspersonen dürfen weder zur Gründung von Bestrebungen nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 noch zur steuernden Einflussnahme auf diese eingesetzt werden. Sie dürften auch in solchen Personenzusammenschlüssen oder für solche Personenzusammenschlüsse, einschließlich strafbarer Vereinigungen, eingesetzt werden, um deren Bestrebungen aufzuklären. Im Übrigen ist im Einsatz eine Beteiligung an Bestrebungen oder Tätigkeiten zulässig, wenn sie

1. nicht in Individualrechte eingreift,
2. von den an den Bestrebungen oder Tätigkeiten Beteiligten derart erwartet wird, dass sie zur Gewinnung und Sicherung der Informationszugänge unumgänglich ist, und
3. nicht außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts steht.

Sofern zureichende Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Vertrauensperson im Einsatz rechtswidrig einen Straftatbestand von erheblicher Bedeutung verwirklicht hat, soll deren Einsatz unverzüglich beendet und die Strafverfolgungsbehörde unterrichtet werden. Über Ausnahmen nach Satz 3 entscheidet die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes.

(5) Hat ein Strafverfahren ein Vergehen zum Gegenstand, das eine Vertrauensperson im Einsatz begangen haben soll, so kann die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung absehen, wenn

1. der Einsatz zur Aufklärung von Bestrebungen oder Tätigkeiten erfolgte und
2. die Tat von den übrigen Beteiligten derart erwartet wurde, dass sie zur Gewinnung und Sicherung der Informationszugänge unumgänglich war.

Dabei ist das Verhältnis der Bedeutung der Aufklärung des Sachverhalts zur Schwere der begangenen Straftat und der Schuld der Vertrauensperson zu berücksichtigen. Ein Absehen von der Verfolgung ist ausgeschlossen, wenn eine höhere Strafe als ein Jahr Freiheitsstrafe zu erwarten ist. Ein Absehen von der Verfolgung ist darüber hinaus ausgeschlossen, wenn zu erwarten ist, dass die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden würde. Bei Vergehen, die mit einer im Mindestmaß erhöhten Strafe bedroht sind und bei denen die durch die Tat verursachten Folgen nicht gering sind, bedarf die Einstellung des Verfahrens der Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts. Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht in jeder Lage des Verfahrens unter den Voraussetzungen des Satzes 1 mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und der oder des Angeeschuldigten das Verfahren einstellen.

§ 14

Einsatz von verdeckten Bediensteten

Bei dem Einsatz von verdeckten Bediensteten nach § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 12 darf der Militärische Abschirmdienst eigene Bedienstete unter einer ihnen verliehenen und auf Dauer angelegten Legende einsetzen. Für den Einsatz gilt § 13 Absatz 2 bis 5 entsprechend.

§ 15

Einsatz virtueller Agenten bei der Aufklärung im Internet

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf Bedienstete, die verdeckt in sozialen Netzwerken oder sonstigen Kommunikationsplattformen im Internet ein Vertrauen gegenüber einer betroffenen Person aufbauen oder ausnutzen (virtuelle Agenten), nach § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 13 zur Kommunikation im Internet einsetzen, auch wenn sie nicht unter einer auf Dauer angelegten Legende tätig sind.

(2) Soweit zwischen dem virtuellen Agenten und der betroffenen Person eine gefestigte Vertrauensbeziehung erzeugt wird, ist der Einsatz nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig. Eine gefestigte Vertrauensbeziehung wird insbesondere durch einen zusätzlichen realweltlichen Kontakt oder durch einen direkten Kontakt mittels Videotechnologie erzeugt, wenn dieser Kontakt geeignet ist, die vorgebliche Identität des virtuellen Agenten gegenüber der betroffenen Person zu bestätigen.

Einsichtnahme in Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik; Asservatenauswertung

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik einsehen, soweit die betroffene Person in die Einsichtnahme eingewilligt hat.

(2) Bei der Asservatenauswertung nach § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 14 darf der Militärische Abschirmdienst in seinem Gewahrsam befindliche informationstechnische Speicher, die nicht in seinem Auftrag beschafft wurden, auslesen und die darauf gespeicherten Daten erheben. Hierfür dürfen Zugangshindernisse überwunden werden. Die erhobenen Daten sind unverzüglich darauf zu prüfen, ob ihre weitere Verarbeitung zulässig ist. Umfassen die erhobenen Informationen personenbezogene Daten, die den höchstprivaten Lebensbereich einer Person betreffen, dürfen diese nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 weiterverarbeitet werden.

Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe fremder Mächte

(1) Soweit in den Fällen des § 21 Absatz 1 die technischen Informationen zur Erforschung der Infrastruktur und Technik, die eine fremde Macht zum Angriff auf Telekommunikations- oder Datenverarbeitungssysteme des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung genutzt hat, sowie ihres Vorgehens und der Angriffsziele nicht oder nicht ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme durch Auskunft des Verpflichteten gewonnen werden können, darf der Militärische Abschirmdienst die Informationen auch mit technischen Mitteln durch heimlichen Eingriff in das System der Informations- und Kommunikationstechnik erheben und Kopien der Informationen erstellen. Die Informationen dürfen nicht fortlaufend erhoben werden.

(2) Der Militärische Abschirmdienst hat technisch sicherzustellen, dass an dem System der Informations- und Kommunikationstechnik nur Veränderungen vorgenommen werden, die für die Datenerhebung unerlässlich sind, und dass die vorgenommenen Veränderungen bei Beendigung der Maßnahme, soweit technisch möglich, rückgängig gemacht werden.

(3) Der Militärische Abschirmdienst prüft die erhobenen Daten unverzüglich darauf, ob sie für die Aufklärung der Tätigkeiten erforderlich sind, und löscht die nicht erforderlichen Daten. Bei Kopien nach Absatz 1 Satz 1 prüft der Militärische Abschirmdienst, ob neben den in § 21 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 bezeichneten Informationen noch weitere Daten erhoben worden sind und löscht diese weiteren Daten. Die Löschung kann unterbleiben, wenn die Trennung von den Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. Die weiteren Daten nach Satz 2 dürfen nicht genutzt werden.

Überwachung der Telekommunikation sowie des Brief- und Postverkehrs

Für die Überwachung der Telekommunikation sowie des Brief- und Postverkehrs einschließlich der Verarbeitung der durch die Überwachung erlangten personenbezogenen Daten gelten unbeschadet des § 22 die Vorschriften des Artikel 10-Gesetzes.

Unterabschnitt 3

Besondere Auskunftsverlangen

§ 19

Besondere Auskunftsverlangen zu Bestandsdaten

(1) Soweit tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die den Verdacht einer Bestrebung oder Tätigkeit begründen, und wenn es im Einzelfall zur Aufklärung dieser Bestrebung oder Tätigkeit erforderlich ist, darf der Militärische Abschirmdienst zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Absatz 1 Auskunft verlangen von

1. der Bundesnetzagentur nach § 173 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nummer 4 des Telekommunikationsgesetzes,
2. dem Bundeszentralamt für Steuern nach § 93b Absatz 2 der Abgabenordnung und
3. denjenigen, die geschäftsmäßig
 - a) Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung mitwirken, über Bestandsdaten nach § 3 Nummer 6 und die nach § 172 Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes erhobenen Daten,
 - b) digitale Dienste erbringen oder an der Erbringung mitwirken, über Bestandsdaten nach § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes,
 - c) nach § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes tätig sind und nicht durch Rechtsverordnung nach § 2 Absatz 2 des Geldwäschegesetzes vom Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes ausgenommen oder entsprechend § 30 Absatz 3 Satz 3 und 4 des Geldwäschegesetzes zur Verweigerung der Auskunft berechtigt sind, über die Personen, denen sie geschäftsmäßig Leistungen erbringen, einschließlich wirtschaftlich Berechtigter, und die Art der zu erbringenden Leistung sowie Vertragsrahmendaten, einschließlich der zur Vertragsdurchführung vergebenen Kennungen, und über die zur Änderung oder Beendigung des Vertragsverhältnisses gespeicherten Daten.

Ein Auskunftsverlangen nach Satz 1 Nummer 3 Buchstabe a und c ist nur zulässig, soweit die Information nicht nach Satz 1 Nummer 1 oder Satz 1 Nummer 2 zu erlangen ist.

(2) Das Auskunftsverlangen darf sich auch auf eine anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse beziehen. Die Rechtsgrundlage und die tatsächlichen Anhaltspunkte, die das Auskunftsverlangen veranlassen, sind aktenkundig zu machen.

(3) Die Auskunft zu Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird, darf nur im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe a verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Weiterverarbeitung der Daten vorliegen.

(4) Auskünfte nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 dürfen bei Stellen eingeholt werden, die in der Bundesrepublik Deutschland

1. eine Niederlassung haben oder

2. Leistungen erbringen oder an der Erbringung der Leistungen mitwirken.

(5) Nach Erhalt des Auskunftsverlangens sind die in Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 genannten Stellen verpflichtet, die Daten unverzüglich, vollständig und richtig zu übermitteln. Sie dürfen den betroffenen Personen oder Dritten über das Auskunftsverlangen und die Auskunftserteilung keine Mitteilung machen. Ihnen ist es verboten, allein aufgrund eines Auskunftsverlangens nach Absatz 1 einseitige Handlungen vorzunehmen, die für die betroffene Person nachteilig sind und die über die Erteilung der Auskunft hinausgehen, insbesondere bestehende Verträge oder Geschäftsverbindungen zu beenden, ihren Umfang zu beschränken oder ein Entgelt zu erheben oder zu erhöhen. Das Auskunftsverlangen ist mit dem ausdrücklichen Hinweis auf dieses Verbot und darauf zu verbinden, dass das Auskunftsersuchen nicht die Aussage beinhaltet, dass sich die betroffene Person rechtswidrig verhalten hat oder ein darauf gerichteter Verdacht besteht.

(6) Der Militärische Abschirmdienst hat den in Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 genannten Stellen für ihm erteilte Auskünfte eine Entschädigung zu gewähren. Der Umfang der Entschädigung bemisst sich nach § 23 und Anlage 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes; die Vorschriften über die Verjährung in § 2 Absatz 1 und 4 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes finden entsprechend Anwendung.

§ 20

Besondere Auskunftsverlangen zu sonstigen Daten

(1) Soweit tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die den Verdacht einer Bestrebung oder Tätigkeit begründen, und wenn dies im Einzelfall zur Aufklärung dieser Bestrebung oder Tätigkeit erforderlich ist, darf der Militärische Abschirmdienst zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Absatz 1 nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 Auskunft verlangen von

1. denjenigen, die geschäftsmäßig Leistungen im Personenverkehr erbringen oder an der Erbringung mitwirken, zu
 - a) den zur Kundenidentifikation gespeicherten Daten sowie
 - b) der Inanspruchnahme und den Umständen von Leistungen, insbesondere dem Zeitpunkt einer Abfertigung und dem Buchungsweg,
2. Kraftfahrzeugherstellern, die aktive Fahrzeugvernetzungen anbieten, zu den an die Hersteller gesendeten Standortdaten,
3. Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes, wenn sie nicht durch Rechtsverordnung nach § 2 Absatz 2 des Geldwäschegesetzes vom Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes ausgenommen oder entsprechend § 30 Absatz 3 Satz 3 und 4 des Geldwäschegesetzes zur Verweigerung der Auskunft berechtigt sind, zu
 - a) Konten,
 - b) Kontoinhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und
 - c) Geldbewegungen und Geldanlagen, insbesondere zum Kontostand sowie zu Zahlungsein- und -ausgängen,

4. denjenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder an der Erbringung solcher Dienstleistungen mitwirken, zu
 - a) Postsendungen, insbesondere zu Namen und Anschriften von Absendern und Empfängern,
 - b) der Art der in Anspruch genommenen Postdienstleistung,
 - c) Maße und Gewicht der jeweiligen Postsendung,
 - d) zugeteilten Sendungsnummern,
 - e) Zeit- und Ortsangaben des jeweiligen Postsendungsverlaufs sowie
 - f) Bildaufnahmen von der Postsendung, die zu Zwecken der Erbringung der Postdienstleistung erstellt wurden,
5. denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung mitwirken, zu Verkehrsdaten nach § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes und zu sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten sowie
6. denjenigen, die geschäftsmäßig digitale Dienste erbringen oder an der Erbringung mitwirken, zu
 - a) Merkmalen zur Identifikation der Nutzerin oder des Nutzers eines digitalen Dienstes,
 - b) dem Beginn und dem Ende sowie über den Umfang der jeweiligen Nutzung eines digitalen Dienstes und
 - c) den von der Nutzerin oder dem Nutzer in Anspruch genommenen digitalen Diensten.

Im Fall von Satz 1 Nummer 2 ist ein Auskunftsverlangen zu Standortdaten länger als 30 Tage oder an mehr als 5 Wochen innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 zulässig.

(2) Auskünfte nach Absatz 1 dürfen bei Stellen eingeholt werden, die in der Bundesrepublik Deutschland

1. eine Niederlassung haben oder
2. Leistungen erbringen oder an der Erbringung mitwirken.

(3) § 19 Absatz 5 und 6 gilt entsprechend.

§ 21

Besondere Auskunftsverlangen bei informationstechnischen Angriffen fremder Mächte

(1) Soweit es im Einzelfall aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zur Aufklärung eines Angriffs einer fremden Macht auf Telekommunikations- oder Datenverarbeitungssysteme des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung erforderlich ist, darf der Militärische Abschirmdienst von Anbietern, die Systeme der Informations- und

Kommunikationstechnik geschäftsmäßig Dritten zur Nutzung überlassen und in der Bundesrepublik Deutschland eine Niederlassung haben oder Leistungen erbringen oder an der Erbringung mitwirken, Auskunft verlangen über technische Informationen zur Erforschung der Infrastruktur und Technik, die eine fremde Macht zum Angriff genutzt hat, sowie über ihr Vorgehen und die Angriffsziele. Das Auskunftsverlangen nach Satz 1 kann sich insbesondere beziehen auf

1. den Verkehrsfluss zu bestimmten Kennungen, für die tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die fremde Macht sie für ihren Angriff genutzt hat oder nutzt,
2. Schadprogramme oder sonstige Angriffswerkzeuge und deren Einsatz, einschließlich Steuerungs- und Protokolldateien, und Spuren, die technisch mit dem Angriff verbunden sind, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Nutzung des informationstechnischen Systems für Angriffe vorliegen.

Wenn dem Verpflichteten eine Auskunft nach Satz 2 Nummer 2 technisch nicht möglich oder zumutbar ist, kann die Auskunft durch Erstellung und Herausgabe einer Kopie der Teile des Systems der Informations- und Kommunikationstechnik erfolgen, deren Auswertung zum Aufspüren der bezeichneten Informationen erforderlich ist. Stellt der Militärische Abschirmdienst Angriffswerkzeuge oder Daten, die sich die fremde Macht durch ihren Angriff beschafft hat, fest, darf der Verpflichtete diese nur nach Herstellung und Herausgabe einer Sicherungskopie an den Militärischen Abschirmdienst löschen.

(2) Der Militärische Abschirmdienst prüft die erhobenen Daten unverzüglich darauf, ob ihre weitere Verarbeitung zulässig ist. Bei Kopien nach Absatz 1 Satz 3 prüft der Militärische Abschirmdienst, ob neben den in Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 bezeichneten Informationen noch weitere Daten erhoben worden sind und löscht diese weiteren Daten. Die Löschung kann unterbleiben, wenn die Trennung von den Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. Die weiteren Daten nach Satz 2 dürfen nicht genutzt werden.

(3) § 19 Absatz 5 und 6 gilt entsprechend.

Unterabschnitt 4

Verfahrensregelungen für besondere Befugnisse

§ 22

Anordnung von besonderen Befugnissen

(1) Einer gerichtlichen Anordnung bedarf der Einsatz der folgenden besonderen Befugnisse:

1. besondere Befugnisse, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 zulässig sind,
2. Vertrauenspersonen gegen eine Person länger als 6 Monate (§ 13 Absatz 2 Satz 1),
3. verdeckte Bedienstete gegen eine Person länger als 6 Monate (§ 14 Satz 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 Satz 1),
4. virtuelle Agenten, wenn ein Einsatz nach § 15 Absatz 2 länger als 6 Monate fortgesetzt wird,

5. Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe fremder Mächte (§ 17 Absatz 1),
6. besondere Auskunftsverlangen zu sonstigen Daten nach § 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und 5,
7. besondere Auskunftsverlangen bei informationstechnischen Angriffen fremder Mächte (§ 21 Absatz 1) und
8. besondere Befugnisse unter Eingriff in nach § 29 Absatz 2 geschützte Berufsgeheimnisse.

Die gerichtliche Anordnung setzt einen Antrag der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes oder einer von ihr bestimmten Vertretung voraus. Der Antrag auf gerichtliche Anordnung ist zu begründen; insbesondere sind dem Gericht alle beurteilungsrelevanten Aspekte mitzuteilen. Der Schutz menschlicher Quellen ist im gerichtlichen Verfahren zu berücksichtigen.

(2) Bei Gefahr im Verzug kann der Einsatz der in Absatz 1 Satz 1 genannten besonderen Befugnisse auch durch die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes angeordnet werden (Eilanordnung). Eine gerichtliche Bestätigung der Eilanordnung ist unverzüglich nachzuholen. Absatz 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend. Soweit die Eilanordnung nicht binnen 3 Werktagen gerichtlich bestätigt wird, tritt sie außer Kraft. Tritt die Eilanordnung nach Satz 4 außer Kraft, dürfen die aufgrund dieser Eilanordnung bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens erhobenen personenbezogenen Daten nur zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben verwendet werden; im Übrigen sind sie unverzüglich zu löschen.

(3) Sofern eine gerichtliche Anordnung nach Absatz 1 nicht erforderlich ist, ist der Einsatz besonderer Befugnisse durch die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes oder durch eine von ihr bestimmte Vertretung anzuordnen.

(4) Besondere Befugnisse können kombiniert angeordnet werden.

(5) Die Anordnungen nach den Absätzen 1 bis 3 ergehen schriftlich. In ihnen sind anzugeben:

1. der Aufklärungsgegenstand, im Fall einer gegen eine Person gerichteten Maßnahme die Person, soweit möglich mit Namen und Anschrift, und
2. Art, Umfang und Dauer der angeordneten Maßnahme.

(6) Der Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels ist wie folgt zu befristen:

1. bei Vertrauenspersonen, verdeckten Bediensteten und virtuellen Agenten auf höchstens ein Jahr,
2. bei sonstigen nachrichtendienstlichen Mitteln, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 2 zulässig sind, auf höchstens 6 Monate,
3. bei sonstigen nachrichtendienstlichen Mitteln, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 3 zulässig sind, auf höchstens 3 Monate,
4. bei nachrichtendienstlichen Mitteln, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 4 zulässig sind, auf höchstens einen Monat.

Verlängerungen um jeweils höchstens denselben Zeitraum sind zulässig, wenn die Voraussetzungen der Anordnung unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse weiterhin erfüllt sind. Die Absätze 1 bis 5 gelten bei Verlängerungen entsprechend. Liegen die

Voraussetzungen für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nicht mehr vor oder ist der Zweck des Einsatzes erreicht oder ergibt sich, dass er nicht erreicht werden kann, so ist der Einsatz auch vor Ablauf der Anordnungsdauer einzustellen.

(7) Auskunftsverlangen über künftig anfallende Daten sind auf höchstens 3 Monate zu befristen. Absatz 6 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

§ 23

Mitteilungspflichten

(1) Erhebt der Militärische Abschirmdienst personenbezogene Daten durch den Einsatz der nachfolgenden besonderen Befugnisse, so hat er dies der betroffenen Person nach Einstellung der Maßnahme mitzuteilen:

1. besondere Auskunftsverlangen
 - a) nach § 20 Absatz 1,
 - b) nach § 21 Absatz 1, soweit nachträglich ausgeschlossen werden kann, dass ein informationstechnischer Angriff einer fremden Macht vorgelegen hat,
2. Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe nach § 17 Absatz 1, wenn nachträglich ausgeschlossen werden kann, dass ein Angriff einer fremden Macht vorgelegen hat, und
3. besondere Befugnisse, deren Einsatz nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 zulässig sind.

Eine Mitteilungspflicht besteht nicht über den Einsatz menschlicher Quellen. Eine Mitteilung erfolgt nur an Personen nach § 7.

(2) Die Mitteilung nach Absatz 1 kann zurückgestellt werden, solange

1. eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme nicht ausgeschlossen werden kann oder
2. der Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes absehbar ist.

(3) Erfolgt die nach Absatz 2 zurückgestellte Mitteilung nicht binnen 12 Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung einer gerichtlichen Zustimmung. Das Gericht bestimmt die Dauer der weiteren Zurückstellung. Mit gerichtlicher Zustimmung kann endgültig von einer Mitteilung abgesehen werden, wenn

1. eine der Voraussetzungen der Zurückstellung auch nach 5 Jahren nach Beendigung der Maßnahme noch vorliegt und
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft vorliegt.

(4) Von einer Mitteilung nach Absatz 1 kann der Militärische Abschirmdienst mit gerichtlicher Zustimmung absehen, wenn

1. aufgrund der Umstände des jeweiligen Einzelfalls zum Zeitpunkt der Begründung der Mitteilungspflicht mit Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststeht, dass die Voraussetzungen der Zurückstellung dauerhaft vorliegen, oder

2. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine Mitteilung für die betroffene Person mit nachteiligen Folgen verbunden wäre.

(5) Wurden Daten, die auf Grundlage der besonderen Befugnis erhoben wurden, an eine andere Stelle übermittelt, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit der empfangenden Stelle.

A b s c h n i t t 3

W e i t e r e B e f u g n i s s e

§ 24

Automatisierter Abruf aus dem Personalwirtschaftssystem

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf zur Feststellung, ob eine Person dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehört oder in ihm tätig ist, zu dieser Person folgende Daten automatisiert aus dem Personalwirtschaftssystem der Bundeswehr abrufen:

1. den Familiennamen,
2. den Vornamen,
3. frühere Namen,
4. das Geburtsdatum,
5. die Personenkennziffer oder Personalnummer,
6. den Wohnort und weitere Adressmerkmale,
7. das Dienst- oder Arbeitsverhältnis,
8. das Eintrittsdatum,
9. die Amtsbezeichnung oder den Dienstgrad,
10. die Dienststellennummer und
11. das Dienstzeitende.

(2) Liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, die den Verdacht einer Bestrebung oder einer Tätigkeit begründen, darf der Militärische Abschirmdienst zur Aufgabenerfüllung erforderliche Daten aus dem Personalwirtschaftssystem der Bundeswehr automatisiert abrufen.

(3) Die Verantwortung für den einzelnen Abruf trägt der Militärische Abschirmdienst. Er regelt in einer Dienstvorschrift

1. den Kreis der zum Abruf berechtigten Angehörigen des Militärischen Abschirmdienstes,
2. das bei einem Abruf zu beachtende Verfahren,

3. die bei einem Abruf einzeln oder kumulativ einzugebenden Daten einschließlich der Suche mit unvollständigen Angaben,
4. die Begrenzung der auf Grund eines Abrufs zu übermittelnden Personendatensätze auf das für eine Bearbeitung notwendige Maß,
5. die Löschung der auf einen Abruf übermittelten, aber nicht mehr benötigten Daten und
6. die Protokollierung aller Abrufe und die Kontrolle.

§ 25

Besondere Eigensicherungsbefugnisse

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf zur Erfüllung seiner Aufgabe nach § 2 Absatz 4 zur Eigensicherung Befugnisse nach Maßgabe der folgenden Absätze nutzen.

(2) Der Militärische Abschirmdienst darf Personen, die seine Dienststellen, Grundstücke und sonstigen Einrichtungen (Eigensicherungsbereich) betreten oder sich dort aufhalten, und von diesen Personen mitgeführte Taschen und sonstige Gegenstände sowie von diesen Personen genutzte Fahrzeuge

1. verdachtsunabhängig kontrollieren sowie
2. durchsuchen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten vorliegen.

(3) Eine Kontrolle nach Absatz 2 Nummer 1 ist die oberflächliche Suche nach Gegenständen an Personen, an oder in Taschen, mitgeführten Gegenständen und Fahrzeugen, auch unter Einsatz technischer Mittel, ohne dass ein Körperkontakt mit der betroffenen Person stattfindet. Eine Durchsuchung nach Absatz 2 Nummer 2 ist die zielgerichtete und planmäßige Suche, auch unter Einsatz technischer Mittel,

1. am äußeren Körper der betroffenen Person,
2. in Kleidung und Taschen der betroffenen Person,
3. an und in Fahrzeugen einschließlich der dort befindlichen Gegenstände der betroffenen Person sowie
4. in sonstigen Gegenständen der betroffenen Person, die zur unbefugten Verbringung von amtlichen Informationen geeignet sind.

(4) Gegenstände, die sich im Eigensicherungsbereich befinden, darf der Militärische Abschirmdienst sicherstellen und untersuchen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie für eine sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeit verwendet werden oder mit solchen Tätigkeiten gewonnen worden sind, oder
2. diese keiner bestimmten Person zuzuordnen sind und die Sicherstellung und Untersuchung zum Schutz vor einer sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeit erforderlich ist.

Bei Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik umfasst das Untersuchen auch das Eingreifen mit technischen Mitteln sowie das Verarbeiten der auf dem Gerät gespeicherten Informationen einschließlich personenbezogener Daten.

(5) Personen, die sich im Eigensicherungsbereich aufhalten, sind verpflichtet, Maßnahmen nach den Absätzen 2 und 4 zu dulden. Entziehen sich Personen Maßnahmen nach den Absätzen 2 und 4 im Eigensicherungsbereich, darf der Militärische Abschirmdienst die Maßnahmen auch noch in unmittelbarer Nähe des Eigensicherungsbereichs vornehmen.

(6) Der Militärische Abschirmdienst darf optisch-elektronische Einrichtungen zur offenen Überwachung des Eigensicherungsbereichs nach Maßgabe einer Dienstvorschrift einsetzen. In der Dienstvorschrift sind die Voraussetzungen, das Verfahren und die Grenzen der Maßnahme zu regeln. Eine Überwachung höchstpersönlich genutzter Räume ist unzulässig.

(7) Liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, dass dies zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Absatz 4 erforderlich ist, darf der Militärische Abschirmdienst besondere Befugnisse nach Abschnitt 2 einsetzen. Beim Einsatz besonderer Befugnisse zum Zwecke der Eigensicherung gilt Folgendes:

1. der Einsatz von besonderen Befugnissen mit erheblicher Eingriffsintensität, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 2 zulässig sind, ist nur dann gerechtfertigt, wenn auf Grundlage tatsächlicher Anhaltspunkte der Einsatz dieser Befugnis zur Aufklärung von Personen erforderlich ist, deren Handeln auf Ausübung von Gewalt gegen Personen oder Sachen von bedeutendem Wert gerichtet ist,
2. der Einsatz von besonderen Befugnissen mit besonders erheblicher Eingriffsintensität, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 3 zulässig sind, ist nur dann gerechtfertigt, wenn auf Grundlage tatsächlicher Anhaltspunkte der Einsatz dieser Befugnis zur Aufklärung von Personen erforderlich ist, die der Vorbereitung oder Begehung von Straftaten verdächtigt werden, die nach deutschem Strafrecht im Höchstmaß mit Freiheitsstrafe von mindestens 5 Jahren bedroht sind.

§ 26

Verfahren für den Einsatz der Eigensicherungsbefugnisse

(1) Maßnahmen nach § 25 Absatz 2 Nummer 2 und § 25 Absatz 4 bedürfen der Anordnung der für die Eigensicherung zuständigen Abteilungsleitung oder einer von ihr bestimmten Vertretung. Maßnahmen nach § 25 Absatz 6 bedürfen der Anordnung der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes oder einer von ihr bestimmten Vertretung.

(2) Ist eine Anordnung nach Absatz 1 Satz 1 aufgrund besonderer Eilbedürftigkeit nicht rechtzeitig zu erlangen, kann die Maßnahme auch ohne vorherige Anordnung durchgeführt werden, wenn ansonsten der Zweck der Maßnahme vereitelt oder wesentlich erschwert würde. Bei informationstechnischen Speichern und Systemen der Informations- und Kommunikationstechnik darf in diesen Fällen lediglich das betroffene Gerät sichergestellt werden. Die Anordnung ist unverzüglich nachzuholen. Wird die Anordnung nach Absatz 1 Satz 1 nicht nachgeholt, so hat der Militärische Abschirmdienst unverzüglich bereits erhobene Daten zu löschen und sichergestellte Gegenstände an die betroffene Person herauszugeben.

(3) Sichergestellte Gegenstände sind unverzüglich an die betroffene Person herauszugeben, sobald der Zweck der Sicherstellung entfällt. Satz 1 gilt nicht, wenn die Gegenstände zur Einleitung oder Durchführung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben werden müssen.

(4) Bei Maßnahmen nach § 25 Absatz 2 Nummer 2 hat die betroffene Person das Recht, anwesend zu sein. Über eine Durchsuchung nach § 25 Absatz 2 Nummer 2 oder einer Sicherstellung nach § 25 Absatz 4 Satz 1 ist der betroffenen Person auf Verlangen

eine Bescheinigung über die Maßnahme und den Grund der Maßnahme zu erteilen. Maßnahmen nach § 25 Absatz 4, die in Abwesenheit der betroffenen Person durchgeführt worden sind, sind ihr schriftlich mitzuteilen, wenn hierdurch nicht der Zweck der Maßnahme gefährdet wird.

(5) Bei der Untersuchung von informationstechnischen Speichern sowie Systemen der Informations- und Kommunikationstechnik, die nicht ausschließlich zur dienstlichen Nutzung überlassen wurden, ist sicherzustellen, dass an dem Gerät nur Veränderungen vorgenommen werden, die für die Datenverarbeitung unerlässlich sind. Vorgenommene Veränderungen sind bei Beendigung der Maßnahme, soweit technisch möglich, rückgängig zu machen. Sichergestellte Telekommunikationsendgeräte sind abweichend von Absatz 3 Satz 1 unabhängig von dem Abschluss der Maßnahmen nach § 25 Absatz 4 spätestens nach 2 Wochen an die betroffene Person herauszugeben. Macht die betroffene Person in den Fällen des Satzes 3 Gründe glaubhaft, nach denen für sie eine Aufrechterhaltung der Sicherstellung nicht zumutbar ist, so ist das Telekommunikationsendgerät innerhalb von 48 Stunden nach Darlegung der Gründe an die betroffene Person zurückzugeben. Der Militärische Abschirmdienst darf vor der Rückgabe ein Abbild der auf dem Gerät gespeicherten Informationen einschließlich personenbezogener Daten zur Datensicherung erzeugen.

(6) Der Militärische Abschirmdienst kann zur Durchsetzung von Maßnahmen gegenüber Personen, die nach § 25 Absatz 5 duldungspflichtig sind, folgende Mittel anwenden:

1. unmittelbare Einwirkung auf die betroffene Person oder Gegenstände (körperliche Gewalt) oder Hilfsmittel der körperlichen Gewalt; eine Fesselung der betroffenen Person ist nur dann zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass sie die mit der Durchsetzung der Maßnahme beauftragten Personen oder Dritte angreifen, Widerstand leisten oder sich der Kontrolle entziehen wird,
2. unmittelbare Einwirkung auf Gegenstände mittels körperlicher Gewalt oder durch Hilfsmittel der körperlichen Gewalt.

Mittel nach Satz 1 dürfen nur durch besonders qualifizierte und geschulte Personen angewandt werden, die durch die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes hierzu besonders ermächtigt wurden.

(7) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach § 25 haben keine aufschiebende Wirkung.

(8) Im Fall des Einsatzes besonderer Befugnisse nach § 25 Absatz 7 gelten die §§ 22 und 23 entsprechend.

§ 27

Weitere Befugnisse im Ausland

(1) Auf dem Hoheitsgebiet eines Bündnispartners oder eines sonstigen Verbündeten stehen dem Militärischen Abschirmdienst Befugnisse nach diesem Gesetz nur im Einvernehmen mit diesem Staat zu.

(2) Liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, dass dies zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Absatz 1 außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes erforderlich ist, gelten für den Einsatz besonderer Befugnisse die zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 2 bis 4 nur gegenüber deutschen Staatsangehörigen.

(3) Liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, dass dies zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Absatz 5 erforderlich ist, darf der Militärische Abschirmdienst besondere Befugnisse nach Abschnitt 2 einsetzen. Beim Einsatz besonderer Befugnisse gilt gegenüber deutschen Staatsangehörigen im Ausland Folgendes:

1. der Einsatz von besonderen Befugnissen mit erheblicher Eingriffsintensität, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 2 zulässig sind, ist nur dann gerechtfertigt, wenn auf Grundlage tatsächlicher Anhaltspunkte der Einsatz dieser Befugnis zur Aufklärung von Personen erforderlich ist, deren Handeln auf die Ausübung von Gewalt gegen Personen oder Sachen von bedeutendem Wert gerichtet ist,
2. der Einsatz von besonderen Befugnissen mit besonders erheblicher Eingriffsintensität, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 3 zulässig sind, ist nur dann gerechtfertigt, wenn auf Grundlage tatsächlicher Anhaltspunkte der Einsatz dieser Befugnis zur Aufklärung von Personen erforderlich ist, die Straftaten vorbereiten oder begehen, die nach deutschem Strafrecht im Höchstmaß mit Freiheitsstrafe von mindestens 5 Jahren bedroht sind,
3. der Einsatz von besonderen Befugnissen mit äußerst erheblicher Eingriffsintensität, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 4 zulässig sind, ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Einsatz der Befugnis im Einzelfall zur Abwehr einer dringenden Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist, erforderlich ist.

A b s c h n i t t 4

S c h r a n k e n

§ 28

Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

(1) Die Datenerhebung zur Erlangung von Erkenntnissen über den Kernbereich privater Lebensgestaltung (kernbereichsrelevante Informationen) ist unzulässig. Eine Maßnahme ist unzulässig, soweit tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch sie allein kernbereichsrelevante Informationen gewonnen werden würden. Bei einer Planung von Einsatzumständen ist darauf hinzuwirken, dass die Erlangung kernbereichsrelevanter Informationen vermieden wird.

(2) Der Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung nach § 11 Absatz 1 ist nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass durch die Überwachung Informationen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, nicht erhoben werden.

(3) Bei der Asservatenauswertung nach § 16 Absatz 2 Satz 1 ist der informationstechnische Speicher der Aufsichtsperson zur Durchführung einer Vorprüfung vorzulegen, soweit nach den Umständen des Einzelfalles zu erwarten ist, dass der informationstechnische Speicher Informationen enthält, die

1. kernbereichsrelevant sind oder
2. den Verarbeitungsbeschränkungen nach § 16 Absatz 2 Satz 4 unterliegen.

Aufsichtsperson ist eine von der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes damit besonders beauftragte Person, die die Befähigung zum Richteramt hat und die in dieser Funktion keinen Weisungen unterliegt.

(4) Ergeben sich während der Durchführung einer Maßnahme tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass kernbereichsrelevante Informationen erfasst werden, so ist die Maßnahme zu unterbrechen. Die Fortführung ist nur zulässig, wenn und solange dies zum Schutz von Leib, Leben oder Freiheit einer eingesetzten Person oder ihrer weiteren Einsetzbarkeit erforderlich ist. Die Unterbrechung und eine Fortführung nach Satz 2 sind unter Angabe der Gründe zu dokumentieren. Beim Einsatz technischer Mittel dürfen automatische Aufzeichnungen ohne unmittelbare Kenntnisnahme fortgesetzt werden, wenn Zweifel am Vorliegen kernbereichsrelevanter Informationen bestehen.

(5) Bestehen Zweifel, ob bei einer Maßnahme kernbereichsrelevante Informationen gewonnen worden sind, entscheidet die Aufsichtsperson. Aufzeichnungen nach Absatz 4 Satz 3 sind der Aufsichtsperson unverzüglich vorzulegen. Die Aufzeichnungen und sonstigen Informationen, bei denen Zweifel zur Kernbereichsrelevanz bestehen, dürfen nur mit ihrer Zustimmung verwendet werden.

(6) Alle nach § 11 erhobenen Daten müssen dem nach § 45 Absatz 1 zuständigen Gericht unverzüglich und vor Kenntnisnahme durch den Militärischen Abschirmdienst zur Überprüfung vorgelegt werden, ob sie kernbereichsrelevante Informationen enthalten.

(7) Hat der Militärische Abschirmdienst kernbereichsrelevante Informationen gewonnen, so dürfen diese Daten nicht verwendet werden; sie sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsache ihrer Erhebung und Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich für Zwecke der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Im Falle der Mitteilung an die betroffene Person nach § 23 Absatz 1 erfolgt die Löschung 6 Monate nach der Mitteilung. Wird nach § 23 Absatz 3 Satz 3 oder § 23 Absatz 4 endgültig von einer Mitteilung abgesehen, erfolgt die Löschung 6 Monate nach dem abschließenden Absehen von der Mitteilung. In allen anderen Fällen erfolgt die Löschung am Ende des zweiten Kalenderjahres, das dem Kalenderjahr der Protokollierung folgt.

§ 29

Schutz von zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträgern

(1) Eine Maßnahme gegen eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, einen Kammerrechtsbeistand oder eine Berufsgeheimnisträgerin oder einen Berufsgeheimnisträger, der in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2, oder 4 der Strafprozessordnung genannt ist, ist unzulässig, wenn sie voraussichtlich Informationen erbringen würde, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte.

(2) Bei einer Maßnahme gegen in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 bis 3b oder Nummer 5 der Strafprozessordnung genannte Berufsgeheimnisträgerinnen oder Berufsgeheimnisträger, bei der voraussichtlich Erkenntnisse erlangt würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, sind das öffentliche Interesse an den von dieser Person wahrgenommenen Aufgaben und das Interesse an der Geheimhaltung der dieser Person anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen zu berücksichtigen. Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn sie

1. unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens von § 8 Absatz 2 erfolgt und
2. keinen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

Für Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände gilt Absatz 1.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auf die in § 53a der Strafprozessordnung genannten Personen entsprechend anzuwenden.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn die Maßnahme wegen tatsächlicher Anhaltspunkte dafür, dass die Person an den Bestrebungen oder Tätigkeiten beteiligt ist, durchgeführt wird.

(5) Hat der Militärische Abschirmdienst von einer in den Absätzen 1 bis 3 genannten Person Informationen gewonnen, die von ihr nach den Absätzen 1 bis 4 nicht gezielt erhoben werden dürfen, gilt § 28 Absatz 7 entsprechend. Bestehen Zweifel, ob die Information hätte gezielt erhoben werden dürfen, gilt § 28 Absatz 5 entsprechend.

Teil 3

Übermittlungen

§ 30

Übermittlungsverbote

(1) Eine Übermittlung unterbleibt, wenn

1. erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person das Interesse des Empfängers an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen, insbesondere Gründe des Schutzes menschlicher Quellen oder des Schutzes operativer Maßnahmen, dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Regelungen entgegenstehen oder die zu übermittelnden Daten nicht der Verfügungsberechtigung des Militärischen Abschirmdienstes unterliegen; die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

Der Bezug einer Information zum Aufgabenbereich des Militärischen Abschirmdienstes stellt als solcher keinen Grund nach Satz 1 dar.

(2) Sofern Gründe nach Absatz 1 Satz 1 einer Übermittlung nach diesem Abschnitt entgegenstehen, sind diese aktenkundig zu machen.

§ 31

Übermittlung an inländische öffentliche Stellen zur Gefahrenabwehr

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten an eine inländische öffentliche Stelle übermitteln, soweit dies im Einzelfall aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut erforderlich ist. Im Fall einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr oder einer im Einzelfall bestehenden Gefahr, die von einer Bestrebung oder Tätigkeit ausgeht, ist der Militärische Abschirmdienst zur Übermittlung verpflichtet.

(2) Eine konkretisierte Gefahr nach Absatz 1 Satz 1 liegt vor, wenn sich der zum Schaden führende Kausalverlauf zwar noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorhersehen lässt, aber bereits tatsächliche Anhaltspunkte im Einzelfall auf die Entstehung einer konkreten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut hinweisen.

(3) Besonders gewichtige Rechtsgüter nach Absatz 1 sind:

1. die freiheitliche demokratische Grundordnung, einschließlich des Gedankens der Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker,
2. der Bestand und die Sicherheit des Bundes, der Länder sowie überstaatlicher und internationaler Organisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört,
3. sonstige Güter der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, Sachen von bedeutendem Wert und bedeutende Vermögenswerte, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist,
4. das Leben sowie bei einer erheblichen Gefährdung im Einzelfall die körperliche Integrität und die Freiheit einer Person.

(4) Der Militärische Abschirmdienst darf die durch eine Maßnahme nach § 11 Absatz 1 erlangten personenbezogenen Daten an eine inländische öffentliche Stelle zur Gefahrenabwehr nur übermitteln, soweit dies zur Abwehr einer dringenden Gefahr für ein in Absatz 3 genanntes Rechtsgut erforderlich ist.

§ 32

Übermittlung an inländische öffentliche Stellen zum administrativen Rechtsgüterschutz

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten an eine inländische öffentliche Stelle übermitteln, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter im Sinne des § 31 Absatz 3 erforderlich ist

1. zur Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerberinnen und Bewerbern und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie von Reservistinnen und Reservisten nach § 1 des Reservistengesetzes,
2. zur Vorbereitung oder Durchführung einer Maßnahme nach dem Vereinsgesetz,
3. zur Vorbereitung oder Stellung eines Antrags nach Artikel 18 Satz 2 des Grundgesetzes,
4. zur Vorbereitung oder Stellung eines Antrags nach Artikel 21 Absatz 4 des Grundgesetzes,
5. zur Durchführung einer Eignungs- oder Zuverlässigkeitsüberprüfung,
 - a) die gesetzlich vorgesehen ist, insbesondere nach dem Waffenrecht, Jagdrecht, Sprengstoffrecht, Atomrecht, Luftsicherheitsrecht, Außenwirtschaftsrecht, Sicherheitsgewerberecht, Aufenthaltsrecht oder Staatsangehörigkeitsrecht oder den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen, oder
 - b) die für gesetzliche Aufgaben des Objekt- oder Personenschutzes erforderlich ist,
6. zur Vorbereitung oder Durchführung der Aufhebung eines begünstigenden Verwaltungsakts, der aufgrund einer Überprüfung im Sinne von Nummer 5 erlassen wurde,

7. zur Wahrnehmung von gesetzlichen Befugnissen des Empfängers beim aufsichtlichen Schutz vor missbräuchlicher Nutzung von Einrichtungen und Dienstleistungen der Unternehmen im Finanzsektor in Bezug auf Terrorismusfinanzierung,
8. zur Vorbereitung oder Durchführung der Strafvollstreckung, einschließlich der Vollzugsplanung, gegen die unmittelbar betroffene Person oder zur Gewährleistung der Sicherheit des Vollzugs freiheitsentziehender Maßnahmen gegen Gefährdungen durch diese Person, oder
9. zur Durchsetzung von im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen.

In den Fällen des Satzes 1 Nummer 1 und 9 oder auf ein Ersuchen einer zuständigen Stelle im Rahmen eines gesetzlich besonders geregelten Anfrageverfahrens ist der Militärische Abschirmdienst zu der Übermittlung verpflichtet.

(2) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten an eine inländische öffentliche Stelle zur Vorbereitung, Durchführung oder Überprüfung einer begünstigenden Maßnahme übermitteln, wenn dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter im Sinne des § 31 Absatz 3 erforderlich ist. Auf ein Ersuchen einer zuständigen Stelle ist der Militärische Abschirmdienst zu einer Übermittlung nach Satz 1 verpflichtet.

(3) § 31 Absatz 4 bleibt unberührt.

§ 33

Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden zur Strafverfolgung

(1) Der Militärische Abschirmdienst übermittelt personenbezogene Daten an eine zuständige inländische Strafverfolgungsbehörde, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht einer besonders schweren Straftat begründen und soweit die Daten zur Verfolgung dieser Straftat erforderlich sind.

(2) Eine besonders schwere Straftat nach Absatz 1 ist eine Straftat, die mit Freiheitsstrafe von mehr als 5 Jahren bedroht ist.

(3) Abweichend von Absatz 1 übermittelt der Militärische Abschirmdienst personenbezogene Daten, die er durch eine Maßnahme nach § 11 Absatz 1 Satz 1 erhoben hat, an eine im Einzelfall für die Strafverfolgung zuständige Behörde, wenn tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht einer Straftat nach § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung begründen und soweit die Daten zur Verfolgung dieser Straftat erforderlich sind. Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten, die der Militärische Abschirmdienst durch eine Maßnahme nach § 11 Absatz 1 Satz 2 erhoben hat, ist nicht zulässig.

§ 34

Übermittlung an inländische öffentliche Stellen ohne belastende Maßnahmen mit Außenwirkung

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten an eine inländische öffentliche Stelle übermitteln, wenn dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zur eigenen Aufklärung einer Bestrebung oder Tätigkeit, insbesondere zur Vorbereitung oder Konkretisierung eines Auskunftersuchens, erforderlich ist. Darf der Militärische Abschirmdienst eine besondere Befugnis nur unter den Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2

einsetzen, so darf er die durch den Einsatz dieser besonderen Befugnis erhobenen personenbezogenen Daten nach Satz 1 nur zur Aufklärung einer ebenso qualifizierten Bestrebung oder Tätigkeit übermitteln.

(2) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter im Sinne des § 31 Absatz 3 vor Bestrebungen oder Tätigkeiten für Aufgaben erforderlich ist, die die empfangende Stelle ohne unmittelbar außenwirksame Maßnahmen zu Lasten der betroffenen Person wahrnimmt. Liegen die Voraussetzungen nach den §§ 31 und 32 nicht vor, darf der Empfänger die übermittelten Daten nicht für Maßnahmen nutzen, die die betroffene Person mit unmittelbarer Außenwirkung belasten.

§ 35

Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen

(1) Eine Übermittlung personenbezogener Daten an inländische nichtöffentliche Stellen ist unzulässig, es sei denn, es bestehen im Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die Übermittlung zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter im Sinne des § 31 Absatz 3 erforderlich ist

1. zur Aufklärung einer Bestrebung oder Tätigkeit durch den Militärischen Abschirmdienst, insbesondere zur Vorbereitung oder Konkretisierung eines Auskunftersuchens,
2. zur Abwendung einer zumindest konkretisierten Gefahr für ein besonders wichtiges Rechtsgut,
3. zur Erreichung eines der folgenden Zwecke:
 - a) Schutz lebenswichtiger und verteidigungsrelevanter Einrichtungen und kritischer Infrastrukturen,
 - b) Schutz der Sicherheit in der Informationstechnik gegen erhebliche Gefährdungen,
 - c) Schutz rechtlich gewährleisteter Geheimnisse,
 - d) wissenschaftliche Erforschung und Bewertung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Absatz 1 Satz 1,
 - e) Schutz konkreter Präventions-, Ausstiegs- oder Deradikalisierungsprojekte, die finanziell oder organisatorisch mit öffentlichen Stellen kooperieren,
 - f) Schutz des Kindeswohls bei der Erbringung von Leistungen und Erfüllung der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe,
 - g) Schutz der gesetzlichen Erziehungs- und Bildungsziele der Schulen und der Einrichtungen der Kindertagesbetreuung,
 - h) Schutz der zweckgemäßen Verwendung öffentlicher Fördermittel oder sonstiger öffentlicher Vorteilszuwendungen.

(2) Eine nichtöffentliche Stelle, die personenbezogene Daten nach Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a bis g erhalten hat, darf diese Daten für Handlungen, die für die betroffene Person eine nachteilige rechtliche Wirkung entfalten oder diese Person in anderer Weise erheblich beeinträchtigen, nur verwenden, wenn dies zur Abwendung einer

zumindest konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut im Sinne des § 31 Absatz 3 erforderlich ist und der Militärische Abschirmdienst zustimmt. Bei einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr ist die vorherige Zustimmung des Militärischen Abschirmdienstes entbehrlich. Die nichtöffentliche Stelle hat den Militärischen Abschirmdienst unverzüglich über ihre Handlungen und deren Anlass zu unterrichten.

§ 36

Minderjährigenschutz bei Inlandsübermittlungen

Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten, die sich auf das Verhalten Minderjähriger beziehen, nur übermitteln, wenn ausgeschlossen ist, dass die Daten für die Vorbereitung oder Durchführung belastender Maßnahmen mit unmittelbarer Außenwirkung für die betroffene Person weiterverarbeitet werden; bei einer Übermittlung nach § 35 Satz 1 Absatz 1 Nummer 3 beschränkt auf § 35 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe e, f und g. Im Übrigen darf er personenbezogene Daten von Minderjährigen, die mindestens 16 Jahre alt sind, nur in den folgenden Fällen übermitteln:

1. zur Abwehr einer Gefahr nach § 31 Absatz 1 Satz 1,
2. zum administrativen Rechtsgüterschutz nach § 32 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 8 oder
3. zur Verfolgung einer besonders schweren Straftat nach § 33.

§ 37

Weiterverarbeitung durch die empfangende Stelle

(1) Die empfangende Stelle prüft, ob die nach den §§ 31 bis 36 übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass die Daten nicht erforderlich sind, hat sie sie zu löschen. Die Löschung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. Die empfangende Stelle darf die Daten, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben nicht erforderlich sind, jedoch nicht nutzen.

(2) Die empfangende Stelle darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, nur verarbeiten

1. zu dem Zweck, zu dem sie ihr übermittelt wurden, oder
2. zu einem anderen Zweck, wenn sie ihr auch zu diesem Zweck übermittelt werden dürfen unter der Voraussetzung, dass der Militärische Abschirmdienst der Verarbeitung zu dem abgeänderten Zweck für den Einzelfall oder für eine Reihe gleichgelagerter Fälle zugestimmt hat.

Der Militärische Abschirmdienst hat die empfangende Stelle auf den Zweck der Übermittlung und die Zweckbindung nach Satz 1 hinzuweisen. Dies gilt nicht für Übermittlungen im Rahmen verdeckter Ermittlungen. Die empfangende Stelle ist verpflichtet, dem Militärischen Abschirmdienst auf dessen Verlangen Auskunft über die weitere Verarbeitung der übermittelten personenbezogenen Daten zu geben.

(3) Hat die Übermittlung personenbezogener Daten in einem Verfahren zur vorbeugenden Personenüberprüfung nachteilige Folgen für die betroffene Person, so schließt das Auskunftsrecht der betroffenen Person auch das Recht auf Auskunft ein, dass die Folge durch eine Übermittlung des Militärischen Abschirmdienstes veranlasst ist.

§ 38

Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen zur Weiterverarbeitung ohne Folgemaßnahmen mit unmittelbarer Außenwirkung übermitteln, wenn dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter im Sinne des § 31 Absatz 3 oder zum Schutz der Sicherheit eines anderen Staates oder einer über- und zwischenstaatlichen Einrichtung erforderlich ist. Eine Übermittlung zum Schutz eines anderen Staates oder zur Aufklärung von Staatsschutzdelikten, die gegen einen anderen Staat begangen worden sind, ist unbeschadet des Absatzes 2 nur zulässig, wenn in dem anderen Staat die grundlegenden demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien sowie die elementaren Menschenrechte gewährleistet sind.

(2) Die Übermittlung unterbleibt, wenn folgende Belange entgegenstehen:

1. besondere gesetzliche Regelungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten oder eine fehlende Verfügungsberechtigung des Militärischen Abschirmdienstes über die zu übermittelnden Daten,
2. wesentliche auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder
3. überwiegende schutzwürdige Interessen einer Person.

Überwiegende schutzwürdige Interessen stehen insbesondere entgegen, wenn Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder sonstige elementare Menschenrechte gefährdet würden oder Verletzungen von elementaren rechtsstaatlichen Grundsätzen drohen. Bei der Prüfung, ob eine Übermittlung zu unterbleiben hat, berücksichtigt der Militärische Abschirmdienst insbesondere den bisherigen Umgang des Empfängers mit übermittelten Daten und die Gewährleistung eines zum Schutz der Menschenrechte angemessenen Datenschutzes. Ein die elementaren Menschenrechte wahrer Umgang mit den übermittelten Daten ist insbesondere dann nicht gewährleistet, wenn zu besorgen ist, dass die Daten zu politischer Verfolgung oder zu unmenschlicher oder erniedrigender Bestrafung oder Behandlung verwendet werden. Verbleiben aufgrund der Einschätzung Zweifel an der Vereinbarkeit der Übermittlung mit den Anforderungen nach Satz 1 Nummer 3, so dürfen die Daten nur auf der Grundlage einer belastbaren verbindlichen Zusicherung des Empfängers und nur mit Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung übermittelt werden.

(3) Die übermittelten personenbezogenen Daten dürfen nur zu dem Zweck weiterverarbeitet werden, zu dem sie übermittelt wurden. Unbeschadet des Absatzes 4 dürfen die übermittelten personenbezogenen Daten nicht für Folgemaßnahmen mit unmittelbarer Außenwirkung zu Lasten der betroffenen Person weiterverarbeitet werden. Der Militärische Abschirmdienst hat den Empfänger hierauf hinzuweisen. Er hat ihn ferner darauf hinzuweisen, dass er sich vorbehält, um Auskunft über die erfolgte Verwendung der Daten zu bitten.

(4) Der Militärische Abschirmdienst darf einer Verwendung der personenbezogenen Daten für Maßnahmen mit unmittelbarer Außenwirkung zu Lasten der betroffenen Person zustimmen

1. zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für ein Schutzgut, dessen Gewicht besonders gewichtigen Rechtsgütern im Sinne des § 31 Absatz 3 entspricht,
2. zum administrativen Rechtsgüterschutz in Verfahren, die den in § 32 Absatz 1 benannten entsprechen,
3. aufgrund eines durch tatsächliche Anhaltspunkte begründeten Verdachts zur Verfolgung einer Straftat, deren Gewicht besonders schweren Straftaten entspricht.

(5) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten, die sich auf das Verhalten Minderjähriger beziehen, vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 nicht übermitteln. Personenbezogene Daten einer minderjährigen Person, die mindestens 16 Jahre alt ist, darf der Militärische Abschirmdienst nur unter den Voraussetzungen des § 36 Satz 3 Nummer 1 und 3 übermitteln, zur Strafverfolgung jedoch nur bei dringendem Tatverdacht. Bei einer Übermittlung an einen Staat, der unmittelbar an die Bundesrepublik Deutschland angrenzt oder Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Nordatlantikvertrages ist, ist § 36 entsprechend anzuwenden.

(6) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten an eine nichtöffentliche Stelle im Ausland übermitteln, wenn dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Abwehr einer dringenden Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut nach § 31 Absatz 3 Nummer 4 unerlässlich ist und überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 nicht entgegenstehen.

(7) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten auch an inländische Stellen übermitteln, wenn dies zur Vorbereitung einer Übermittlung nach den vorstehenden Absätzen erforderlich ist. § 37 Absatz 2 ist anzuwenden.

§ 39

Übermittlung zum Schutz der betroffenen Person

Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten auch übermitteln, wenn offensichtlich ist, dass die Übermittlung im Interesse der betroffenen Person liegt, die Einwilligung der betroffenen Person nicht oder nicht rechtzeitig eingeholt werden kann und kein Grund zu der Annahme besteht, dass die betroffene Person in Kenntnis der Übermittlung ihre Einwilligung verweigern würde.

§ 40

Weitere Verfahrensregelungen

(1) Der Militärische Abschirmdienst protokolliert den Empfänger, die Rechtsgrundlage sowie den Zeitpunkt der Übermittlung. Die Protokolldaten müssen danach auswertbar sein, ob die Übermittlung nach § 31, § 32, § 33, § 34, § 35 oder § 38 erfolgt ist. Der Militärische Abschirmdienst darf Protokolldaten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle gespeichert werden, nur für diesen Zweck verarbeiten. Die Protokolldaten sind bis zum Ablauf des zweiten Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr der Protokollierung folgt, aufzubewahren und nach Ablauf dieser Aufbewahrungsfrist unverzüglich zu löschen.

(2) Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten der betroffenen Person oder Dritter so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser weiteren Daten zulässig, soweit nicht berechnete Interessen der betroffenen Person oder Dritter an der

Geheimhaltung offensichtlich überwiegen. Der Empfänger darf diese weiteren Daten nicht nutzen.

(3) Eine Übermittlung an nichtöffentliche Stellen bedarf der Zustimmung der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes. Für Übermittlungen an inländische nichtöffentliche Stellen kann die Zustimmung auch allgemein für gleichgelagerte Fälle erfolgen. Die Übermittlung ist der betroffenen Person durch den Militärischen Abschirmdienst mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Mitteilung nicht zu besorgen ist.

(4) Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so hat der Militärische Abschirmdienst unverzüglich der empfangenden Stelle, der er diese personenbezogenen Daten übermittelt hat, die vervollständigten oder berichtigten Daten zu übermitteln. Auf die Übermittlung der vervollständigten oder berichtigten Daten kann verzichtet werden, wenn dies für die Beurteilung eines Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist und keine Auswirkungen auf andere Sachverhalte erkennbar sind.

§ 41

Übermittlung von personenbezogenen Daten aus allgemein zugänglichen Quellen

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten, die er aus allgemein zugänglichen Quellen erhoben hat, einer anderen Stelle übermitteln, wenn dies erforderlich ist

1. zur Erfüllung seiner Aufgaben oder
2. zur Erfüllung der Aufgaben der empfangenden Stelle.

Eine automatisierte Übermittlung ist zulässig.

(2) Absatz 1 gilt nicht für personenbezogene Daten, die aus allgemein zugänglichen Quellen systematisch erhoben oder zusammengeführt wurden. Die Übermittlung richtet sich in diesen Fällen nach den §§ 31 bis 40.

§ 42

Übermittlungen von Informationen an den Militärischen Abschirmdienst

(1) Die Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts unterrichten von sich aus den Militärischen Abschirmdienst über die ihnen bekanntgewordenen Tatsachen, die Bestrebungen oder Tätigkeiten erkennen lassen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Unterrichtung zur Erfüllung der Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes erforderlich sein könnte. Gleiches gilt für Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, für Polizeien, die Behörden des Zollfahndungsdienstes sowie andere Zolldienststellen, soweit diese Aufgaben nach dem Bundespolizeigesetz wahrnehmen.

(2) Der Militärische Abschirmdienst überprüft die übermittelten Informationen nach ihrem Eingang unverzüglich darauf, ob sie für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass die Informationen nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich zu löschen. Die Löschung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand erfolgen kann; die nicht erforderlichen Informationen dürfen nicht verwendet werden.

(3) Übermittlungsvorschriften anderer Gesetze bleiben unberührt.

Teil 4

Kontrolle und allgemeiner Datenschutz

§ 43

Exekutivkontrolle

(1) Die Tätigkeit des Militärischen Abschirmdienstes unterliegt der Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Verteidigung. Es kann gegenüber dem Militärischen Abschirmdienst Weisungen erteilen.

(2) Dienstvorschriften des Militärischen Abschirmdienstes bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung.

§ 44

Parlamentarische Kontrolle

(1) Die Bundesregierung trägt dem Parlamentarischen Kontrollgremium mindestens einmal im Jahr einen Lagebericht zum Einsatz von Vertrauenspersonen durch die Nachrichtendienste vor.

(2) Das Bundesministerium der Verteidigung unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium über den Erlass und die Änderung der Dienstvorschrift nach § 8 Absatz 1 Satz 2.

(3) Das Bundesministerium der Verteidigung unterrichtet im Abstand von höchstens 6 Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium über

1. Ausschreibungen nach § 4 Absatz 6,
2. Anordnungen zu besonderen Auskunftsverlangen zu sonstigen Daten nach § 20 Absatz 1 und
3. Anordnungen zu besonderen Auskunftsverlangen bei informationstechnischen Angriffen fremder Mächte nach § 21 Absatz 1.

Dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Auskunftsverlangen zu geben.

§ 45

Gerichtliche Kontrolle

(1) Das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Militärische Abschirmdienst seinen Sitz hat, ist zuständig für

1. die Anordnung nach § 22 Absatz 1 Satz 1,

2. die Bestätigung nach § 22 Absatz 2 Satz 2,
3. die Zustimmung nach § 23 Absatz 3 und 4 und
4. die Überprüfung nach § 28 Absatz 6.

Soweit nicht durch dieses Gesetz anderes bestimmt ist, gelten für das Verfahren die Vorschriften des Buches 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der §§ 23 Absatz 2, 37 Absatz 2 und 41 entsprechend. Die gerichtliche Entscheidung ergeht ohne Anhörung der betroffenen Person und wird mit Erlass wirksam. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung ist nicht statthaft.

(2) Geheimschutzbelangen des Militärischen Abschirmdienstes sind im gerichtlichen Verfahren Rechnung zu tragen. Der Militärische Abschirmdienst hat dem Gericht die für seine unabhängige Kontrolle notwendige personelle und sachliche Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Entscheidungen nach Absatz 1 und entscheidungsvorbereitende Unterlagen werden nur beim Militärischen Abschirmdienst verwahrt; eine Speicherung oder Verwahrung in den Akten des Gerichts ist unzulässig.

§ 46

Unabhängige Datenschutzkontrolle

(1) Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit kontrolliert beim Militärischen Abschirmdienst die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Soweit die Einhaltung von Vorschriften der Kontrolle durch die G 10-Kommission unterliegt, unterliegt sie nicht der Kontrolle durch die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, es sei denn die G 10-Kommission ersucht die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz bei bestimmten Vorgängen oder in bestimmten Bereichen zu kontrollieren und ausschließlich ihr darüber zu berichten.

(2) Der Militärische Abschirmdienst ist verpflichtet, die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und ihre oder seine schriftlich besonders Beauftragten bei der Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben zu unterstützen. Den in Satz 1 genannten Personen ist dabei insbesondere

1. Auskunft zu ihren Fragen sowie Einsicht in alle Unterlagen, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme, zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Kontrolle nach Absatz 1 stehen, und
2. jederzeit Zutritt in alle Diensträume zu gewähren.

Dies gilt nicht, soweit das Bundesministerium der Verteidigung im Einzelfall feststellt, dass die Auskunft oder Einsicht die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden würde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten ohne Beschränkung auf die Erfüllung der Aufgaben nach § 2. Sie gelten entsprechend für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch andere Stellen, wenn diese der Erfüllung der Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes nach § 2 dient. § 16 Absatz 1 und 4 des Bundesdatenschutzgesetzes findet keine Anwendung.

§ 47

Weiterverarbeitung personenbezogener Daten

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten weiterverarbeiten. Eine Weiterverarbeitung ist auch zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat.

(2) Sind mit personenbezogenen Daten, die nach Absatz 1 weiterverarbeitet werden dürfen, weitere personenbezogene Daten von Unbeteiligten oder Dritten dergestalt verbunden, dass sie nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand getrennt werden können, dürfen sie gemeinsam mit den personenbezogenen Daten nach Absatz 1 gespeichert werden; sie sind nach Maßgabe von § 48 Absatz 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken.

(3) Das Speichern von personenbezogenen Daten über Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in zu ihnen geführten Akten und Dateien ist unzulässig.

§ 48

Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten

(1) Der Militärische Abschirmdienst hat personenbezogene Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind. Er hat sie zu ergänzen, wenn sie unvollständig sind und dadurch schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt sein können.

(2) Der Militärische Abschirmdienst hat personenbezogene Daten zu löschen, wenn ihre Verwendung unzulässig ist oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden; insoweit sind die betreffenden personenbezogenen Daten nach Maßgabe von Absatz 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken.

(3) In ihrer Verarbeitung eingeschränkte personenbezogene Daten sind mit einem Vermerk über die Einschränkung der Verarbeitung zu versehen. Im Fall einer automatisierten Verarbeitung ist die Einschränkung der Verarbeitung durch zusätzliche technische Maßnahmen zu gewährleisten. In ihrer Verarbeitung eingeschränkte personenbezogene Daten darf der Militärische Abschirmdienst nur in behördlichen und gerichtlichen Verfahren, mit denen eine Person ein schutzwürdiges Interesse nach Absatz 2 verfolgt, oder mit Einwilligung der betroffenen Person verarbeiten.

(4) Der Militärische Abschirmdienst prüft spätestens nach jeweils 5 Jahren, ob personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu ergänzen, zu löschen oder nach Absatz 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken sind.

(5) In Dateien gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen sind spätestens 10 Jahre nach der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn zwingende Gründe des Gemeinwohls gebieten die weitere Speicherung; die Ausnahmeentscheidung ist zu begründen und zu dokumentieren. Vor der Löschung sind die Daten dem Bundesarchiv nach § 5 des Bundesarchivgesetzes zur Übernahme anzubieten. Für in Akten vorgehaltene personenbezogene Daten gilt Satz 1 mit der Maßgabe entsprechend, dass die Akte zu vernichten ist, sofern nicht die Regelungen des Bundesarchivgesetzes entgegenstehen.

Dateianordnungen

(1) Für jede automatisierte Datei des Militärischen Abschirmdienstes sind in einer Dateianordnung, die der Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Arten der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen,
7. Speicherdauer,
8. Protokollierung und
9. die technischen Schutzvorkehrungen.

(2) Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ist vor dem Erlass und der Änderung einer Dateianordnung anzuhören.

(3) Der Militärische Abschirmdienst führt ein Verzeichnis der geltenden Dateianordnungen.

(4) Die Speicherung personenbezogener Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken. In Abständen von mindestens 5 Jahren ist die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

(5) Ist im Hinblick auf die Dringlichkeit der Aufgabenerfüllung die vorherige Mitwirkung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Stellen an einer Dateianordnung nicht möglich, so kann der Militärische Abschirmdienst eine Sofortanordnung treffen. Das Verfahren nach den Absätzen 1 und 2 ist unverzüglich nachzuholen. Wird die Zustimmung nach Absatz 1 nicht erteilt, ist die Dateianordnung zu löschen.

Auskunft an die betroffene Person

(1) Der Militärische Abschirmdienst erteilt einer betroffenen Person über die zu ihr gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft, soweit die Person hierzu auf einen konkreten Sachverhalt verweist und ein besonderes Interesse an einer Auskunft darlegt. Zu personenbezogenen Daten in Akten erstreckt sich die Auskunft auf alle Daten, die strukturiert in automatisierten Dateien gespeichert sind. Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(2) § 30 gilt entsprechend.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung. Sie muss einen Hinweis auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf enthalten, dass sich die betroffene Person an die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden kann. Der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ist auf Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Bundesministerium der Verteidigung im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen der oder des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit an die betroffene Person dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Militärischen Abschirmdienstes zulassen, sofern der Militärische Abschirmdienst nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

§ 51

Anwendbarkeit des allgemeinen Datenschutzrechts

Bei der Erfüllung der Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes findet das Bundesdatenschutzgesetz wie folgt Anwendung:

1. § 1 Absatz 8, die §§ 4, 16 Absatz 1 und 4 und die §§ 17 bis 21 sowie § 85 finden keine Anwendung,
2. die §§ 46, 51 Absatz 1 bis 4 und die §§ 52 bis 54, 62, 64, 83, 84 sind entsprechend anzuwenden.

Teil 5

Landes- und Bündnisverteidigung

§ 52

Spannungs- und Verteidigungsfall

(1) Im Spannungsfall (Artikel 80a des Grundgesetzes) und im Verteidigungsfall (Artikel 115a des Grundgesetzes)

1. findet § 2 Absatz 1 Satz 1 mit der Maßgabe Anwendung, dass der Militärische Abschirmdienst für die Erfüllung der dort genannten Aufgaben zuständig ist, sofern sich Bestrebungen oder Tätigkeiten gegen Personen, Dienststellen oder Einrichtungen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung richten können,
2. finden die Herausgabefristen für Systeme der Informationstechnik nach § 26 Absatz 5 Satz 3 und 4 keine Anwendung,
3. findet die Übermittlung von personenbezogenen Daten nach § 31 Absatz 1 Satz 1 mit der Maßgabe Anwendung, dass das Vorliegen einer konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut vermutet wird und
4. finden die Mitteilungspflichten nach § 23 Absatz 1 und das Auskunftsrecht nach § 50 Absatz 1 Satz 1 mit der Maßgabe Anwendung, dass eine Mitteilung oder Auskunftserteilung nicht vor Beendigung des Spannungs- und Verteidigungsfalls erfolgen muss.

(2) Soweit im Spannungs- und im Verteidigungsfall die Bundesregierung mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums festgestellt hat, dass dies aus Gründen der Verteidigung zwingend notwendig ist,

1. findet die Vorschrift des § 22 Absatz 1 über die Anordnung von besonderen Befugnissen mit der Maßgabe Anwendung, dass eine gerichtliche Anordnung nur in den Fällen des § 11 erforderlich ist, und
2. finden die Vorschriften über die Unabhängige Datenschutzkontrolle nach § 46 Absatz 1 und 2 keine Anwendung.

Die Bundesregierung hat die Feststellung aufzuheben, wenn die Voraussetzungen hierfür entfallen sind oder wenn der Bundestag es verlangt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für den Fall, dass der Spannungs- und der Verteidigungsfall unmittelbar bevorsteht und die Bundesregierung mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums festgestellt hat, dass dies aus Gründen der Verteidigung zwingend notwendig ist. Die Bundesregierung hat die Feststellung aufzuheben, wenn die Voraussetzungen hierfür entfallen sind oder wenn der Bundestag es verlangt.

Teil 6

Schlussvorschriften

§ 53

Verfassungsschutz durch Aufklärung der Öffentlichkeit

(1) Der Militärische Abschirmdienst informiert die Öffentlichkeit jährlich zu aktuellen Entwicklungen, insbesondere über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Absatz 1 Satz 1, soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte hierfür vorliegen. In dem Bericht ist der Zuschuss des Bundeshaushalts an den Militärischen Abschirmdienst sowie die Gesamtzahl der Bediensteten anzugeben.

(2) Bei der Information nach Absatz 1 dürfen auch personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis des Zusammenhangs oder der Darstellung von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Personen überwiegen.

§ 54

Strafvorschriften

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 19 Absatz 5 Satz 2, auch in Verbindung mit § 20 Absatz 3 oder § 21 Absatz 3, eine Mitteilung macht.

§ 55

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, § 20 Absatz 1 Satz 1 oder § 21 Absatz 1 Satz 1 zuwiderhandelt, oder
2. entgegen § 19 Absatz 5 Satz 1, auch in Verbindung mit § 20 Absatz 3 oder § 21 Absatz 3, Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Bundesministerium der Verteidigung.

§ 56

Einschränkung von Grundrechten

Die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes), der Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes), der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Absatz 2 des Grundgesetzes), des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Absatz 1 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt.

§ 57

Übergangsvorschriften

(1) Maßnahmen nach den §§ 4 und 4a des MAD-Gesetzes in der bis zum... [einsetzen: Datum des Tages, der vor dem Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 16 Absatz 1 liegt] geltenden Fassung in Verbindung mit § 8 Absatz 2, 4 und 5 und den §§ 8a und 8b des Bundesverfassungsschutzgesetzes, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 16 Absatz 1] begonnen wurden, dürfen vorbehaltlich von Satz 2 längstens bis zum ... [einsetzen: Datum 3 Monate nach dem Tag des Inkrafttretens nach Artikel 16 Absatz 1] fortgeführt werden. Ist die Maßnahme nach Satz 1 befristet und endet die Befristung vor dem ... [einsetzen: Datum 3 Monate nach dem Tag des Inkrafttretens nach Artikel 16 Absatz 1], so darf diese bis zum Zeitpunkt des Befristungsendes fortgeführt werden. Soll eine Maßnahme nach Satz 1 oder Satz 2 über die jeweils dort genannten Zeitpunkte hinaus verlängert werden, so richtet sich die Verlängerung nach den Vorschriften dieses Gesetzes.

(2) Für Maßnahmen nach § 4a des MAD-Gesetzes in der bis zum ... [einsetzen: Datum des Tages, der vor dem Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 16 Absatz 1 liegt] geltenden Fassung in Verbindung mit den §§ 8a und 8b des Bundesverfassungsschutzgesetzes, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Tages, der vor dem Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 16 Absatz 1 liegt] angeordnet wurden und die nach Ablauf der Anordnungsdauer nicht verlängert werden, ist § 4a des MAD-Gesetzes in der bis zum ... [einsetzen: Datum des Tages, der vor dem Datum des Inkrafttretens dieses

Gesetzes nach Artikel 16 Absatz 1 liegt] in Verbindung mit § 8b Absatz 7 des Bundesverfassungsschutzgesetzes und § 12 des Artikel-10 Gesetzes weiterhin anzuwenden.

Artikel 2

Gesetz zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr

(Bundeswehr-Schutz-Gesetz – BwSchutzG)

Abschnitt 1

Stärkung des personellen Schutzes

Unterabschnitt 1

Personenüberprüfung

Titel 1

Unterstützte Verfassungstreueprüfung

§ 1

Personenkreis

(1) Für Personen, die auf Grund freiwilliger Verpflichtung erstmalig in ein Wehrdienstverhältnis berufen werden sollen, ist vor dem Beginn des Wehrdienstverhältnisses eine unterstützte Verfassungstreueprüfung durchzuführen.

(2) Für Personen, die erneut in ein Wehrdienstverhältnis berufen werden sollen, ist eine unterstützte Verfassungstreueprüfung durchzuführen, sofern zwischen dem letzten aktiven Wehrdienstverhältnis und dem vorgesehenen erneuten Dienstantritt mehr als 5 Jahre liegen.

(3) Die unterstützte Verfassungstreueprüfung kann unterbleiben, wenn

1. hierfür ein dienstliches Bedürfnis besteht oder
2. für die Person nach Absatz 1 oder 2 (betroffene Person) bereits vor weniger als 5 Jahren vor dem vorgesehenen Dienstantritt eine Sicherheitsüberprüfung abgeschlossen wurde, ohne dass ein Sicherheitsrisiko festgestellt worden ist.

§ 2

Inhalt der unterstützten Verfassungstreueprüfung

Im Rahmen der unterstützten Verfassungstreueprüfung werden Informationen zur Bewertung herangezogen, ob die betroffene Person Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten.

§ 3

Zuständigkeiten

(1) Zuständig für Sammlung und Auswertung der Informationen ist der Militärische Abschirmdienst.

(2) Zuständig für die Bewertung nach § 2 ist die für die Ernennung oder Heranziehung zuständige Stelle.

§ 4

Durchführung

(1) Die betroffene Person hat

1. ihre Beziehungen zu verfassungsfeindlichen Organisationen zu erklären,
2. die Adressen sämtlicher eigener Internetseiten sowie die Mitgliedschaften in sozialen Netzwerken im Internet einschließlich der verwendeten Benutzernamen mitzuteilen sowie
3. eine Ablichtung eines amtlichen Identitätsdokuments zu überlassen.

(2) Die für die Ernennung oder Heranziehung zuständige Stelle übermittelt dem Militärischen Abschirmdienst die folgenden Angaben und Dokumente zu der betroffenen Person:

1. den oder die Namen, auch frühere,
2. den oder die Vornamen, auch frühere,
3. den oder die Geburtsnamen,
4. das Geburtsdatum,
5. den Geburtsort,
6. den Geschlechtseintrag,
7. die Staatsangehörigkeiten, auch frühere,
8. den Wohnsitz,
9. die Adressen eigener Internetseiten und die Mitgliedschaften in sozialen Netzwerken im Internet, einschließlich der verwendeten Benutzernamen,

10. eine Ablichtung eines amtlichen Identitätsdokuments.

(3) Der Militärische Abschirmdienst darf zur Unterstützung der für die Ernennung und Heranziehung zuständigen Stelle:

1. Auskünfte bei den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder und dem Bundesnachrichtendienst einholen,
2. eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister einholen sowie
3. personenbezogene Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen systematisch erheben oder zusammenführen und dazu auch auf allen öffentlich zugänglichen Internetplattformen und in allen öffentlich zugänglichen sozialen Netzwerken in erforderlichem Maße recherchieren.

(4) Der Militärische Abschirmdienst wertet die nach Absatz 3 erlangten Informationen aus und übermittelt der für die Ernennung oder Heranziehung zuständigen Stelle zur Bewertung nach § 2 ausgewertete entscheidungserhebliche Erkenntnisse.

(5) Der Militärische Abschirmdienst darf die ihm nach Absatz 2 übermittelten Angaben und Dokumente nur für die Sammlung und Auswertung von Informationen nach § 2 verarbeiten. Die für die Ernennung oder Heranziehung zuständige Stelle darf die vom Militärischen Abschirmdienst übermittelten ausgewerteten entscheidungserheblichen Informationen und Erkenntnisse nur für das Verfahren zur Begründung eines Wehrdienstverhältnisses oder zur Heranziehung verarbeiten. Alle übermittelten Informationen und Erkenntnisse sind nach Begründung des Wehrdienstverhältnisses oder nach Heranziehung oder nach unanfechtbarer Ablehnung der Begründung des Wehrdienstverhältnisses oder der Heranziehung unverzüglich zu löschen.

(6) Die für die Ernennung oder Heranziehung zuständige Stelle unterrichtet die betroffene Person vor Durchführung der unterstützten Verfassungstreueprüfung über die beabsichtigte Datenverarbeitung nach Absatz 5 sowie über den Umfang und die Dauer der anschließenden Datenverarbeitung.

Titel 2

Intensivierte erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen

§ 5

Personenkreis; Verordnungsermächtigung

(1) Für eine Soldatin oder einen Soldat, die oder der in einer Verwendung mit besonders hohen Sicherheitsanforderungen eingesetzt werden soll (zu überprüfende Person), ist vor dieser Verwendung einer intensivierten erweiterten Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen durchzuführen.

(2) Das Bundesministerium der Verteidigung legt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern die Verwendungen mit besonders hohen Sicherheitsanforderungen durch Rechtsverordnung fest, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

(3) § 1 Absatz 3 Nummer 1 gilt entsprechend.

Durchführung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz

Für die intensivierte erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen ist das Sicherheitsüberprüfungsgesetz mit der Maßgabe anzuwenden, dass

1. abweichend von § 11 Absatz 2 und § 12 Absatz 5 Satz 1 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes in jedem Fall Einsicht genommen wird in
 - a) öffentlich zugängliche Internetseiten und
 - b) den Teil ihres Profils in einem sozialen Netzwerk, der für alle Mitglieder des Netzwerks sichtbar ist,
2. abweichend von § 12 Absatz 5 Satz 1 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes die mitwirkende Behörde die zu überprüfende Person auch dann selbst befragt, wenn eine sicherheitserhebliche Erkenntnis für das Erfordernis einer solchen Befragung nicht vorliegt,
3. zusätzlich zu den Angaben nach § 13 Absatz 1 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes die betroffene Person in der Sicherheitserklärung anzugeben hat,
 - a) welche sozialen Netzwerke sie derzeit nutzt,
 - b) unter welchem Benutzernamen sie dort angemeldet ist,
4. die betroffene Person der Sicherheitserklärung zwei aktuelle Lichtbilder mit der Angabe des Jahres der Aufnahme beizufügen hat, wobei die Lichtbilder in elektronischer Form verlangt werden können; sie dürfen nicht für einen automatisierten Abgleich mit Datenbanken genutzt werden; die Kosten der Lichtbilder trägt der Bund,
5. abweichend von § 17 Absatz 1 Satz 1 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes der zu überprüfenden Person bereits nach 30 Monaten ihre Sicherheitserklärung zur Aktualisierung zugeleitet wird,
6. abweichend von § 17 Absatz 1 Satz 3 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes anlässlich der Aktualisierung der Sicherheitserklärung zusätzlich durchgeführt werden:
 - a) bei der zu überprüfenden Person nur
 - aa) die Einsichtnahme nach Nummer 2,
 - bb) die Maßnahmen nach § 12 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und
 - cc) die Maßnahmen nach § 12 Absatz 2 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes sowie
7. bei der mitbetroffenen Person im Sinne des § 2 Absatz 2 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes die Maßnahmen nach Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb und cc,
8. Wiederholungsüberprüfungen abweichend von § 17 Absatz 2 Satz 1 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes bereits nach 5 Jahren eingeleitet werden und
9. die Aktualisierung der Sicherheitserklärung mit den Maßnahmen der Wiederholungsüberprüfung nach Nummer 3 nicht eingeleitet wird, solange

- a) die Wiederholungsüberprüfung noch nicht abgeschlossen ist oder
- b) nach dem Abschluss der letzten Wiederholungsüberprüfung noch nicht 30 Monate vergangen sind.

Unterabschnitt 2

Reisebeschränkungen

§ 7

Personenkreis

Die Regelungen dieses Unterabschnitts gelten für alle Beschäftigten des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung.

§ 8

Reiseanzeigen, Zustimmungsvorbehalt, Reiseverbot

(1) Beschäftigte des Bundesministeriums der Verteidigung können verpflichtet werden, Privatreisen in und durch Regionen oder Staaten, für die eine Gefährdungslage besteht, rechtzeitig vorher anzuzeigen.

(2) Privatreisen in und durch Regionen oder Staaten, für die eine erhebliche Gefährdungslage besteht, können unter einen Zustimmungsvorbehalt gestellt werden.

(3) Privatreisen in und durch Regionen oder Staaten, für die eine besonders erhebliche Gefährdungslage besteht, können verboten werden.

§ 9

Anzeige eines Vorkommnisses

Ergeben sich für Personen nach § 7 in Zusammenhang mit einer Reise in oder durch Regionen oder Staaten, für die mindestens eine Gefährdungslage nach § 8 Absatz 1 besteht, Anhaltspunkte, die auf einen Anbahnungs- oder Werbungsversuch ausländischer Nachrichtendienste hindeuten können, so hat die Person dies unverzüglich, spätestens nach ihrer Rückkehr, anzuzeigen.

§ 10

Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium der Verteidigung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Nähere zu Reisebeschränkungen nach § 8 zu bestimmen. In der Rechtsverordnung nach Satz 1 ist insbesondere festzulegen

1. für welche Regionen oder Staaten Gefährdungslagen, erhebliche Gefährdungslagen und besonders erhebliche Gefährdungslagen bestehen,
2. für welche Regionen oder Staaten eine Anzeigepflicht, ein grundsätzlicher Zustimmungsvorbehalt oder ein grundsätzliches Reiseverbot besteht,
3. welcher Stelle die Reise nach § 8 Absatz 1 anzuzeigen ist,
4. welche Stelle für die Zustimmung nach § 8 Absatz 2 zuständig ist,
5. unter welchen Voraussetzungen aufgrund einer besonderen Härte im Einzelfall eine Ausnahme des Reiseverbots nach § 8 Absatz 3 zuzulassen ist und welche Stelle für die Entscheidung über das Vorliegen eines Härtefalls zuständig ist,
6. ob und welche Einschränkungen des betroffenen Personenkreises vorzunehmen sind und
7. welcher Stelle ein Vorkommnis nach § 9 anzuzeigen ist.

A b s c h n i t t 2

S c h l u s s b e s t i m m u n g e n

§ 11

Übergangsvorschriften

Vor dem ... [einsetzen: Datum des Tages des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 16 Absatz 1] nach § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes in der bis zum... [einsetzen: Datum des Tages, der vor dem Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 16 Absatz 1 liegt] geltenden Fassung eingeleitete einfache Sicherheitsüberprüfungen nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz sind noch nach dem bis zum ... [einsetzen: Datum des Tages, der vor dem Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 16 Absatz 1 liegt] geltenden Recht abzuschließen. § 1 Absatz 1 ist in diesen Fällen nicht anzuwenden.

Artikel 3

Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes

Das Bundesverfassungsschutzgesetz vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 332) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 16 Absatz 2 wird durch folgenden Absatz 2 ersetzt:

„(2) Das Bundesministerium des Innern informiert die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1, soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte hierfür vorliegen, mindestens einmal jährlich in einem zusammenfassenden Bericht insbesondere zu aktuellen Entwicklungen. In dem Bericht sind die Zuschüsse des Bundeshaushaltes an das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie die Gesamtzahl seiner Bediensteten anzugeben.“

Artikel 4

Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes

Das Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 413) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 36 Absatz 2 wird durch folgenden Absatz 2 ersetzt:

„(2) Zudem sind anzuwenden:

1. die Vorschriften des Ersten Abschnitts und die §§ 14 und 23 Absatz 1 Satz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes,
2. § 2 sowie § 24 Absatz 1 und die §§ 30, 36, 37, 40 und 49 des MAD-Gesetzes und
3. § 8 sowie § 9e Absatz 1 Satz 2 des BND-Gesetzes.“

Artikel 5

Änderung des Soldatengesetzes

Das Soldatengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 72) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 3a gestrichen.
2. § 3a wird gestrichen.
3. § 37 Absatz 3 wird gestrichen.
4. § 59 Absatz 3 Satz 2 wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„§ 9 Absatz 2 gilt entsprechend.“

5. § 93 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 4 wird gestrichen.
 - b) Der bisherige Absatz 5 wird zu Absatz 4.

Artikel 6

Änderung der Soldatensicherheitsüberprüfungsverordnung

Die Soldatensicherheitsüberprüfungsverordnung vom 26. April 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 141) vom 26. April 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 141) wird wie folgt geändert:

In § 1 wird die Angabe vor Nummer 1 durch die folgende Angabe ersetzt:

„Der intensivierte erweiterte Sicherheitsüberprüfung für Verwendungen mit besonders hohen Sicherheitsanforderungen nach § 5 Absatz 2 des Bundeswehr-Schutz-Gesetzes ist bei sich Soldatinnen und Soldaten durchzuführen, die“.

Artikel 7

Änderung des Reservistengesetzes

Das Reservistengesetz vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1583, 1588), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 392) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 3a wird gestrichen.

Artikel 8

Änderung der Wehrdisziplinarordnung

Die Wehrdisziplinarordnung vom 17. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 424) wird wie folgt geändert:

§ 32 Absatz 2 wird durch folgenden Absatz 2 ersetzt:

„(2) Die Aufklärung des Sachverhalts kann einer Offizierin oder einem Offizier übertragen werden. Eine Feldjägeroffizierin oder ein Feldjägeroffizier kann im Rahmen der ihr oder ihm übertragenen Aufklärung des Sachverhalts auch einen Feldjägerfeldwebel mit Vernehmungen beauftragen. In Fällen von geringerer Bedeutung kann die oder der Disziplinarvorgesetzte auch den Kompaniefeldwebel oder eine Unteroffizierin oder einen Unteroffizier in entsprechender Dienststellung mit der Vernehmung von Zeuginnen und Zeugen beauftragen, soweit es sich um Mannschaften oder um Unteroffizierinnen ohne Portepée oder Unteroffiziere ohne Portepée handelt.“

Artikel 9

Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen

Das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen vom 12. August 1965 (BGBl. I S. 796), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3198) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Bezeichnung wird durch die folgende Bezeichnung ersetzt:

„Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie durch zivile Wachpersonen (UZwGBw)“.

2. § 1 wird durch den folgenden § 1 ersetzt:

„§ 1

Berechtigte Personen

(1) Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, denen militärische Wach- oder Sicherheitsaufgaben übertragen sind, sind befugt, in rechtmäßiger Erfüllung dieser Aufgaben nach den Vorschriften dieses Gesetzes

1. Personen anzuhalten, zu überprüfen, vorläufig festzunehmen und zu durchsuchen,
2. Sachen sicherzustellen und zu beschlagnahmen und
3. unmittelbaren Zwang gegen Personen und Sachen anzuwenden.

(2) Soldatinnen und Soldaten verbündeter Streitkräfte, die im Einzelfall mit der Wahrnehmung militärischer Wach- oder Sicherheitsaufgaben betraut werden können, unterstehen den von der Bundesministerin oder von dem Bundesminister der Verteidigung bestimmten und dieser oder diesem für die Wahrnehmung des Wach- oder Sicherheitsdienstes verantwortlichen Vorgesetzten; Soldatinnen und Soldaten verbündeter Streitkräfte können dann die Befugnisse nach diesem Gesetz ausüben.

(3) Wer, ohne Soldatin oder Soldat zu sein, mit militärischen Wachaufgaben der Bundeswehr beauftragt ist (zivile Wachperson), hat in rechtmäßiger Erfüllung dieser Aufgaben die Befugnisse nach diesem Gesetz, soweit sie ihm durch das Bundesministerium der Verteidigung oder durch eine von diesem bestimmte Stelle übertragen werden. Zivile Wachpersonen, denen Befugnisse nach diesem Gesetz übertragen werden, müssen daraufhin überprüft werden, ob sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

1. persönliche Zuverlässigkeit,
2. körperliche Eignung,
3. ausreichende Vorbildung im Wachdienst und
4. gute Kenntnisse der Befugnisse nach diesem Gesetz.

Sie müssen zudem das 18. Lebensjahr vollendet und sollen das 67. Lebensjahr nicht überschritten haben.“

3. § 3 Absatz 2 wird durch die folgenden Absätze 2 und 3 ersetzt:

„(2) Angehörige der verbündeten Streitkräfte im Sinne des Absatzes 1 sind Soldatinnen und Soldaten sowie Beamtinnen und Beamte und mit militärischen Aufgaben, insbesondere mit Wach- oder Sicherheitsaufgaben beauftragte sonstige Zivilbedienstete der verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland.

(3) Verbündete Streitkräfte sind die Streitkräfte solcher Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland zum Zwecke der Landes- und Bündnisverteidigung sowie

im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen eine Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand oder zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung im Falle eines bevorstehenden oder bereits erfolgten bewaffneten Angriffs auf einen der Partner eingegangen ist. Hierzu zählen insbesondere die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages.“

4. In § 4 wird die Überschrift durch die folgende Überschrift ersetzt:

„§ 4

Anhalten und Überprüfen von Personen im militärischen Sicherheitsbereich“.

5. Nach § 7 Absatz 1 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„§ 8a Absatz 5 gilt entsprechend.“

6. Nach § 8 wird der folgende § 8a eingefügt:

„§ 8a

Identitätsfeststellung außerhalb eines militärischen Sicherheitsbereiches

(1) Die Feststellung der Identität einer Person und ihrer Berechtigung zum Aufenthalt in einem militärischen Bereich nach § 2 Absatz 1 kann erfolgen, wenn sich die Person

1. in einem solchen Bereich aufhält oder
2. einen solchen Bereich betreten oder verlassen will.

(2) Die Feststellung der Identität einer Person im nahen Umfeld eines militärischen Sicherheitsbereiches nach § 2 Absatz 2 kann erfolgen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch das Verhalten der Person die Einsatzbereitschaft, Schlagkraft oder Sicherheit der Truppe gefährdet werden könnte und die Person

1. den militärischen Sicherheitsbereich oder militärische Aktivitäten in oder an dem militärischen Sicherheitsbereich mit oder ohne Hilfsmittel beobachtet oder
2. mit Gegenständen umgeht, die geeignet sind eine solche Gefährdung herbeizuführen, insbesondere mit
 - a) Waffen und ähnlich gefährlichen Gegenständen,
 - b) Einbruchswerkzeugen,
 - c) Beobachtungshilfen oder
 - d) unbemannten Luftfahrzeugen und Geräten zu deren Steuerung.

Im nahen Umfeld eines militärischen Sicherheitsbereiches befindet sich, wer sich in Sicht- und Rufweite dieses Bereiches aufhält. § 4 Absatz 2 bleibt unberührt.

(3) Die Feststellung der Identität einer Person außerhalb eines militärischen Bereiches nach § 2 Absatz 1 kann durch Soldatinnen und Soldaten mit Sicherheitsaufgaben erfolgen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch das

Verhalten der Person die Einsatzbereitschaft, Schlagkraft oder Sicherheit der Truppe gefährdet werden könnte und die Person

1. militärische Aktivitäten mit oder ohne Hilfsmittel beobachtet oder
2. im nahen Umfeld militärischer Aktivitäten mit Gegenständen umgeht, die geeignet sind, eine solche Gefährdung herbeizuführen, insbesondere mit
 - a) Waffen und ähnlich gefährlichen Gegenständen,
 - b) Einbruchswerkzeugen,
 - c) Beobachtungshilfen oder
 - d) unbemannten Luftfahrzeugen und Geräten zu deren Steuerung.

Militärische Aktivitäten sind alle dienstlichen Tätigkeiten der Streitkräfte im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

(4) Zur Feststellung der Identität nach den Absätzen 1 bis 3 können die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Insbesondere kann die betroffene Person angehalten, nach ihren Personalien befragt und von ihr verlangt werden, dass sie Angaben zur Feststellung ihrer Identität macht und mitgeführte Ausweispapiere zur Prüfung aushändigt. Die betroffene Person kann festgehalten und zur nächstgelegenen Dienststelle der Bundeswehr oder der Polizei gebracht werden, wenn die Identität auf andere Weise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten festgestellt werden kann. § 5 Absatz 2 sowie § 6 gelten entsprechend.

(5) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 4 Satz 3 können die betroffene Person sowie die von ihr mitgeführten Gegenstände durchsucht werden. Personen dürfen nur von Personen gleichen Geschlechts oder Ärzten durchsucht werden. Bei der Durchsuchung von Sachen hat der Inhaber der tatsächlichen Gewalt das Recht, anwesend zu sein.“

7. § 10 Absatz 4 wird durch den folgenden Absatz 4 ersetzt:

„(4) Waffen sind die dienstlich zugelassenen Hieb- und Schusswaffen, Distanz-Elektroimpulsgeräte, Reizstoffe und Explosivmittel.“

8. § 20 Absatz 2 wird durch den folgenden Absatz 2 ersetzt:

„(2) Für die Entschädigung nach Absatz 1 gelten § 23 Absatz 4, die §§ 29 und 32 Absatz 2 sowie die §§ 34, 49, 58, 62, 64 und 65 des Bundesleistungsgesetzes entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Anforderungsbehörde das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr tritt.“

9. Nach § 20 wird der folgende § 20a eingefügt:

„§ 20a

Datenverarbeitung und Datenübermittlung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur offen und bei der betroffenen Person durch den in § 1 benannten Personenkreis zulässig, wenn dies zur Erfüllung der durch dieses Gesetz übertragenen Befugnisse erforderlich ist.“

Artikel 10

Änderung des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes

Das Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz vom 23. Juni 2021 (BGBl. I S. 1982; 2022 I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 44 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 Nummer 7 wird durch die folgende Nummer 7 ersetzt:

„7. den Militärischen Abschirmdienst, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1, 4 oder 5 des MAD-Gesetzes erforderlich ist,“.

b) Absatz 4 Nummer 7 wird durch die folgende Nummer 7 ersetzt:

„7. den Militärischen Abschirmdienst, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1, 4 oder 5 des MAD-Gesetzes erforderlich ist,“.

2. § 24 Absatz 3 Nummer 6 wird durch die folgende Nummer 6 ersetzt:

„6. den Militärischen Abschirmdienst, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1, 4 oder 5 des MAD-Gesetzes erforderlich ist,“.

Artikel 11

Änderung der Telekommunikations-Überwachungsverordnung

Die Telekommunikations-Überwachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 2017 (BGBl. I S. 2316), die zuletzt durch Artikel 33 des Gesetzes vom 6. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 149) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 2 wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe b wird die Angabe „§ 8a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auch in Verbindung mit § 4a des MAD-Gesetzes oder § 3 des BND-Gesetzes,“ durch die Angabe „§ 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des MAD-Gesetzes, § 8a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auch in Verbindung mit § 3 des BND-Gesetzes“ ersetzt.
2. In Nummer 3 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa wird die Angabe „§ 8a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auch in Verbindung mit § 4a des MAD-Gesetzes oder § 3 des BND-Gesetzes“ durch die Angabe „§ 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des MAD-Gesetzes, § 8a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auch in Verbindung mit § 3 des BND-Gesetzes“ ersetzt.

Artikel 12

Änderung des Telekommunikationsgesetzes

Das Telekommunikationsgesetz vom 23. Juni 2021 (BGBl. I S. 1858), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 181) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 171 Satz 1 wird die Angabe „§ 9 Absatz 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auch in Verbindung mit § 5 des MAD-Gesetzes und § 5 des BND-Gesetzes,“ durch die Angabe „§ 12 Absatz 1 des MAD-Gesetzes, § 9 Absatz 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auch in Verbindung mit § 5 des BND-Gesetzes,“ ersetzt.
2. § 174 Absatz 3 Nummer 6 wird durch die folgende Nummer 6 ersetzt:

„6. an den Militärischen Abschirmdienst, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1, 4 oder 5 des MAD-Gesetzes erforderlich ist,“.
3. § 174 Absatz 5 Nummer 6 wird durch die folgende Nummer 6 ersetzt:

„6. an den Militärischen Abschirmdienst, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1, 4 oder 5 des MAD-Gesetzes erforderlich ist,“.

Artikel 13

Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes

Das Bundespersonalvertretungsgesetz vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1614), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 389) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Nach § 117 Absatz 5 wird der folgende Absatz 6 eingefügt:

„(6) Die Mitgliedschaft in einem Personalrat beim Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst ruht bei Personen, die zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit nicht zugelassen sind.“

Artikel 14

Grundrechtseinschränkungen

Durch Artikel 9 Nummer 6 und 7 wird das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes) und das Grundrecht auf Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes) eingeschränkt.

Artikel 15

Außerkrafttreten

Das MAD-Gesetz vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2977), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 149) geändert worden ist, tritt am ... [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung dieses Gesetzes] außer Kraft.

Artikel 16

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am ... [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung dieses Gesetzes] in Kraft.

(2) Artikel 2 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Titel 1 sowie die Artikel 5 bis 7 treten am 1. Juli 2026 in Kraft.

EU-Rechtsakte:

Verordnung (EU) 2018/1862 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses 2007/533/JI des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und des Beschlusses 2010/261/EU der Kommission (ABl. L 312 vom 7.12.2018, S. 56; ber. ABl. 2019 L 316 I S. 4, ABl. 2021 L 336 S. 51, ber. 2022 ABl. L 181 S. 37), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/1190 vom 6.7.2022 (ABl. L 185 S.1) geändert worden ist.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Die Bundeswehr steht heute mehr denn je im Zeichen erheblicher sicherheitspolitischer Herausforderungen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine wird fortgesetzt. Die Auswirkungen auch auf die Bundeswehr haben zugenommen; sie sind unverkennbar und gravierend. Von Russland staatlich gelenkte Desinformation zielt unvermindert darauf ab, unsere Demokratie und die freiheitliche Gesellschaftsordnung zu destabilisieren. Dies wirkt sich auch auf die militärische Ordnung und damit die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr aus. Hinzu kommt eine gewachsene Bedrohung aus dem digitalen Cyberraum, von der Gefahren für unsere sensiblen Datennetze und die kritische Infrastruktur der Bundeswehr ausgehen. Dies zeigt sich in einer deutlich gestiegenen Anzahl von Sabotageverdachtsfällen. Mit dem aktuellen Konflikt im Nahen Osten geht eine (neue) Welle des Antisemitismus einher. Dies alles sind Entwicklungen, die insbesondere Rechtsextremisten, sogenannten Reichsbürgern und Delegitimieren in die Hände spielen. Sie alle wännen in Krisen und Konflikten eine Chance, Ängste zu schüren und den Staat sowie seine Repräsentantinnen und Repräsentanten zu diskreditieren, um letztlich in der demokratischen Mitte Fuß zu fassen. Dabei bedienen sich nicht nur der Rechtsextremismus, sondern auch der Islamismus antisemitischer Narrative mit dem Ziel gesellschaftlicher Spaltung. Dies ist innerhalb der Bundeswehr nicht zu tolerieren, da Staat und Gesellschaft zurecht hohe Anforderungen an die Bundeswehr stellen. Daher muss die Militärische Sicherheit gestärkt werden. In Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wird ein anwenderfreundliches Gesetz geschaffen, das dem Militärischen Abschirmdienst rechtssicher die zur effektiven Aufgabenerfüllung erforderlichen zeitgemäßen rechtlichen Befugnisse einräumt und zugleich erforderliche Kontrollmechanismen einzieht. Das Gesetz sieht neben der Exekutivkontrolle und der parlamentarischen Kontrolle nunmehr auch eine unabhängige gerichtliche Kontrolle erheblich eingreifender Maßnahmen vor. Die Stärkung der Kontrolle schafft Transparenz und steigert das Vertrauen in die Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes.

An die Bundeswehr und ihre Angehörigen werden besondere Anforderungen gestellt. Dies gilt in besonderem Maße für Soldatinnen und Soldaten, die an Waffen ausgebildet werden und die Zugang zu diesen haben werden. Sie dürfen nur berufen oder als Reservist herangezogen werden, wenn sie Gewähr dafür bieten, sich jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzusetzen (vgl. § 37 Absatz 1 Nummer des Soldatengesetzes). Um Sicherheitsbedenken gerecht zu werden, aber um auch gleichzeitig den notwendigen personellen Aufwuchs der Bundeswehr nicht zu beschränken wird die 2017 eingeführte Soldateneinstellungsüberprüfung durch eine unterstützte Verfassungstreueprüfung ersetzt.

Zudem liegen nachrichtendienstliche Erkenntnisse vor, dass Bundeswehrangehörige bei Reisen in Länder mit besonderen Gefährdungslagen besonderen Bedrohungen ausgesetzt sind. Hier reichen die Möglichkeiten, Reisebeschränkungen nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz anzuordnen nicht aus, um den Belangen der Bundeswehr gerecht zu werden. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass das Sicherheitsüberprüfungsgesetz als Merkmal sicherheitsempfindliche Tätigkeiten voraussetzt. Die Bedrohung der Bundeswehrangehörigen ist jedoch unabhängig von diesem Kriterium präsent.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Kern des Gesetzentwurfs ist die Neufassung des Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst und die Einführung eines Gesetzes zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr. Flankiert wird der Entwurf zur Stärkung der Militärischen Sicherheit mit punktuellen Anpassungen der Befugnisse der Feldjäger und besonders berechtigten Personen sowie Folgeänderungen.

1. Schaffung eines eigenständigen Gesetzes

Das bisherige MAD-Gesetz zeichnet sich durch eine Normenabhängigkeit vom Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) aus, in das es in erheblichem Umfang verweist. Diese Verweisungstechnik stößt in Verbindung mit weiteren Verweisungen innerhalb des BVerfSchG auf Bedenken hinsichtlich des Grundsatzes der Normenklarheit. Zudem wird die Verweisung in das BVerfSchG dem Zweck und den Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes nicht umfassend gerecht. Der Militärische Abschirmdienst zeichnet sich durch eine Vielzahl an Unterschieden zu den zivilen Verfassungsschutzbehörden aus, die gesetzlich nicht hinreichend deutlich werden. Ergebnis hiervon ist Rechtsunsicherheit durch Regelungslücken. Das novellierte MAD-Gesetz wird daher in seiner Eigenständigkeit entsprechend stärker ausgeprägt und insgesamt unter Verzicht auf Verweisungen in das BVerfSchG und damit inhaltlich bestimmter und klarer formuliert.

2. Anpassung des MAD-Gesetzes an die Einsatzrealität der Bundeswehr

Während das bisherige MAD-Gesetz in § 14 auf das internationale Krisenmanagement mit besonderen Auslandsverwendungen im Sinne des § 62 Absatz 1 des Soldatengesetzes oder bei humanitären Maßnahmen konzentriert war, hat sich die Einsatzrealität der Bundeswehr geändert. Fokussiert wird nunmehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung. Dieser Fokussierung wird der Gesetzentwurf gerecht und ermöglicht damit z.B. eine verbesserte Abschirmung der Brigade in Litauen.

3. Schaffung von modifizierten Eingriffsschwellen

In Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17) werden modifizierte Eingriffsschwellen für die dem Militärischen Abschirmdienst zustehenden Überwachungsbefugnisse geschaffen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass Überwachungsmaßnahmen von Verfassungsschutzbehörden an Eingriffsvoraussetzungen zu binden sind, welche die Verhältnismäßigkeit des Grundrechtseingriffs gemessen an der jeweiligen Eingriffsintensität und dem verfolgten Zweck sichern. Sie müssen durch einen hinreichenden Grund, die sogenannte Eingriffsschwelle, veranlasst sein und dem Schutz von hinreichend gewichtigen Rechtsgütern dienen.

4. Befugniserweiterungen

Der Spionage und der Sabotage sowie politisch motiviertem Extremismus und Terrorismus mit allen zulässigen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats entgegenzutreten und dabei die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr zu schützen, gelingt nur mit erforderlichen und zeitgemäßen Befugnissen für den Militärischen Abschirmdienst. Der Militärische Abschirmdienst muss in der Lage sein, seine Aufgaben mittels wirksamer Befugnisse effektiv und zuverlässig erfüllen zu können. Der Gesetzentwurf ergänzt bisherige Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes um das Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe fremde Mächte und besondere Auskunftsverlangen wie zum Beispiel gegenüber Anbietern von Leistungen im Personenverkehr, Kraftfahrzeugherstellern, die aktive Fahrzeugnetzwerke anbieten und erweitert den Verpflichtetenkreis der Finanzauskunft.

5. Unabhängige Kontrolle durch das Amtsgericht Köln

In Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17) schafft der Entwurf eine unabhängige Kontrolle bei verschiedenen eingriffsintensiven Maßnahmen, soweit diese bislang noch nicht etabliert ist. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass je nach Eingriffsintensität einer Maßnahme sich aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne auch die Notwendigkeit ergäbe, die Maßnahme vor ihrer Durchführung einer Kontrolle durch eine unabhängige Stelle, etwa in Form einer richterlichen Anordnung, zu unterziehen. Zur Stärkung der richterlichen Kontrolle und zur Beachtung der Bedenken des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 8. Oktober 2024 – 1 BvR 1743/16, 1 BvR 2539/16) in Bezug auf die G 10-Kommission erfolgt die Kontrolle über Auskunftsverlangen, die in das Recht aus Artikel 10 eingreifen nunmehr auch durch das Amtsgericht Köln. Dort wird durch den Gesetzentwurf die Kontrolle über Maßnahmen des Militärischen Abschirmdienstes konzentriert.

6. Spannungs- und Verteidigungsfall

Der Gesetzentwurf schafft erstmalig Regelungen, die während des Spannungs- und des Verteidigungsfalls vom Frieden abweichende Vorgaben machen. Er enthält vom Normalfall abweichende Sondervorschriften, die den Notwendigkeiten einer mit einem Spannungs- und einem Verteidigungsfall einhergehenden Ausnahmesituation angemessen gerecht werden. Besondere Berücksichtigung findet dabei der Beschleunigungsgedanke. Schließlich wäre es angesichts einer fortlaufenden militärischen Eskalation und unmittelbar drohenden Schadens bei gleichzeitig gesteigerter Aufgabenlast nicht angemessen, ressourcenintensive Verfahren unterschiedslos fortzuführen. Durch den Wegfall von Vorgaben soll neben der Verfahrensbeschleunigung in erheblichem Maße Personal für zwingende Aufgaben der Verteidigung verfügbar gemacht werden. Allerdings sollte trotz einer zugunsten der Exekutive statuierten Machtverschiebung die Steuerungsfähigkeit der Legislative bestmöglich erhalten bleiben.

7. Strafbewehrung

Der Gesetzentwurf nimmt den bislang im BND-Gesetz verankerten Gedanken einer Strafbewehrung bei Verstößen gegen Mitteilungsverboten auf.

8. Unterstützte Verfassungstreueprüfung

Die im Jahr 2017 in § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes eingeführte Soldateneinstellungsüberprüfung wird durch eine unterstützte Verfassungstreueprüfung ersetzt. Die erwarteten Synergieeffekte bei Anwendung des § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes blieben aus und hindern den notwendigen personellen Aufwuchs der Bundeswehr. Die Einstellungs- bzw. Heranziehungsbehörde wird zukünftig bei der Prüfung der Verfassungstreue durch den Militärischen Abschirmdienst unterstützt, ohne an die Regelungen und Verfahren des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes gebunden zu sein.

9. Möglichkeit von Reisebeschränkungen

Bundeswehrangehörige sind bei Einreisen in bestimmte Regionen oder Staaten einem gesteigerten Risiko ausgesetzt. Die Erkenntnisse der Spionageabwehr zeigen, dass Anbahnungsversuche vorzugsweise unternommen werden, wenn die Zielperson sich auf dem Territorium des nachrichtendienstlichen Gegners aufhält. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich bei dem Bundeswehrangehörigen um einen Geheimnisträger handelt und er in einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit eingesetzt wird. Auf dieses gesteigerte Risiko reagiert der Gesetzentwurf zum Schutz der Bundeswehrangehörigen und schafft die Grundlage, Reisebeschränkungen zu ermöglichen.

10. Punktuelle Stärkung der Befugnisse der Feldjäger und anderer berechtigter Personen

Der gesteigerten Bedrohungslage für die Bundeswehr wird in dem Entwurf auch dadurch Rechnung getragen, dass den Feldjägern punktuell weitere Befugnisse eingeräumt werden.

Dies gilt auch für andere berechnigte Personen. So werden die Möglichkeiten zum Schutz militärischer Liegenschaften vor Sabotage und Ausspähung an neue hybride Bedrohungen, wie z.B. Drohnen, angepasst. Die Änderungen im Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivilen Wachpersonen dienen im Wesentlichen die Einführung einer Möglichkeit zur Feststellung der Identität von Personen in militärischen Bereichen sowie im nahen Umfeld militärischer Sicherheitsbereiche.

III. Alternativen

Alternativen zur vollständigen Neufassung des Gesetzes über den Militärischen Abschilderndienst wurden geprüft. Die Fortgeltung des bisherigen Gesetzes wurde als unzureichend beurteilt, da sie der Bedrohungslage und den aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht genügt. Eine gänzliche Nichtregelung wurde verworfen, da sie den bestehenden Handlungsbedarf unberücksichtigt ließe und die Regelungslücken zu Rechtsunsicherheiten führen. Auch punktuelle Änderungen am bestehenden MAD-Gesetz würden ebenfalls nicht ausreichen. Nur eine vollständige Neufassung ermöglicht eine verfassungskonforme Regelung.

Eine Implementierung der Regelung des Gesetzes zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr in andere Stammgesetze wurde geprüft. Da hier jedoch ausschließlich Angehörige der Bundeswehr betroffen sind, wird ein neues Stammgesetz geschaffen. Dieses stellt sicher, dass der Militärische Abschilderndienst seine Aufgaben effizient, rechtsstaatlich abgesichert und den aktuellen Bedrohungslagen angemessen wahrnehmen kann.

Die Schaffung eines eigenständigen Feldjägergesetzes anstelle der punktuellen Änderungen des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen (UZwGBw) wurde zunächst aufgrund der kurzfristigen Zeitlinien verworfen.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ergibt sich im Schwerpunkt aus Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 (Verteidigung), Nummer 8 (Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen) und Nummer 10 Buchstabe b (Verfassungsschutz) des Grundgesetzes:

- Neufassung MAD-Gesetz: Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 (Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten) und Nummer 10 Buchstabe b sowie Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 (gerichtliches Verfahren) des Grundgesetzes,
- Gesetz zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr: Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes,
- Änderung Bundesverfassungsschutzgesetz: Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 (Verteidigung) des Grundgesetzes,
- Änderung des Soldatengesetzes sowie die begleitende Änderung der Soldatensicherheitsüberprüfungsverordnung: Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 (Verteidigung) des Grundgesetzes,
- Änderung des Reservistengesetzes: Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 (Verteidigung) des Grundgesetzes,

- Änderung der Wehrdisziplinarordnung: Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 (Verteidigung) und Nummer 8 des Grundgesetzes,
- Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen: Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 (Verteidigung) des Grundgesetzes,
- Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes: Artikel 73 Absatz 1 Nummer 8 des Grundgesetzes.

Begleitende Straf- und Bußgeldvorschriften sind gestützt auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes (Strafrecht).

Für die Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes folgt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus der Natur der Sache, die Änderung des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes, der Telekommunikation-Überwachungs-Verordnung und des Telekommunikationsgesetzes ist gestützt auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 73 Absatz 1 Nummer 7 des Grundgesetzes (Telekommunikation).

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Die Regelungen betreffen die nationale Sicherheit, die in die ausschließliche Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union fällt (Artikel 4 Absatz 2 EUV). Der Entwurf steht im Einklang mit dem Unionsrecht und den völkerrechtlichen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland.

VI. Gesetzesfolgen

Die gesetzliche Normierung der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Verhältnismäßigkeitsmaßgaben führt zu zusätzlichen Verfahren der gerichtlichen Kontrolle und erweiterten Mitteilungen an eine Zielperson nachrichtendienstlicher Maßnahmen.

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Gesetzesentwurf bezweckt die Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Vorgaben. Damit entfaltet die Systematisierung der materiellen Befugnisse eine vereinheitlichte Wirkung, die mittelbar auch zur Verwaltungsvereinfachung beiträgt. Mit dem Gesetzesentwurf wird das Ziel verfolgt, bestehende rechtliche Vorgaben zu vereinfachen und verwaltungsseitig effizienter zu gestalten. Die derzeit geltenden Bestimmungen weisen Regelungslücken auf, welche zur Rechtsunsicherheit führen. Durch die Neufassung wird die Rechtslage klarer strukturiert und rechtssicher ausgestaltet. Gleichzeitig werden Zuständigkeiten eindeutiger zugewiesen, sodass eine Vermischung von Aufgaben und Befugnissen vermieden wird.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Gesetzesentwurf bezweckt die Stärkung der Militärischen Sicherheit in der Bundeswehr. Nachhaltigkeitsaspekte sind nicht berührt.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es entstehen keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

4. Erfüllungsaufwand

Für Bürgerinnen und Bürger: keine direkten Auswirkungen.

Für die Wirtschaft: keine unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen.

Für die Verwaltung:

Es ist ein zusätzlicher personeller sowie sachlicher Mehraufwand beim Militärischen Abschirmdienst aufgrund der gerichtlichen Anordnung von Maßnahmen des Militärischen Abschirmdienstes sowie der Unterstützung der Richterinnen und Richter des Amtsgerichtes Köln zu erwarten. Durch die Regelung des § 45 Absatz 2 Satz 2 und 3 des MAD-Gesetzes, nach welcher der Militärische Abschirmdienst dem Gericht die für seine Kontrolle notwendige personelle und sachliche Ausstattung zur Verfügung zu stellen und die Entscheidungen zu verwahren hat, wird auf der sachlichen Ebene die Einrichtung von zwei Büroräumen im Militärischen Abschirmdienst inklusiv entsprechender Ausstattung notwendig sein. Darüber hinaus dürfte sich ein personeller Mehraufwand von maximal 3 Dienstposten im Tätigkeitsbereich Geschäftszimmer auf der Ebene gehobener Dienst bzw. vergleichbaren Tarifbeschäftigten für den Militärischen Abschirmdienst ergeben, um die mit der Kontrolle des Militärischen Abschirmdienst betrauten Richterinnen und Richter des Amtsgerichts Köln zu unterstützen. Darüber hinaus ist für die Vorbereitung der gerichtlichen Anordnung ein zusätzlicher Dienstpostenmehrbedarf von zwei Dienstposten im nichttechnischen höheren Dienst zu erwarten. Insgesamt ist mit einem personellen Mehraufwand von maximal 5 neu zu besetzenden Dienstposten zu rechnen.

Der sachliche Mehraufwand durch die zur Verfügungstellung von zwei Büroräumen nebst Ausstattung ist als geringfügig anzusehen und kann im Rahmen einer internen Raumänderung erfolgen. Der personelle Mehraufwand durch die neuen Anforderungen wird durch die Entlastungen, insbesondere durch die vereinfachte Rechtslage sowie durch den Wegfall der Beordnungs- und Heranziehungsüberprüfung, teilweise ausgeglichen, sodass der Mehraufwand insgesamt verhältnismäßig gering ist. Dadurch entsteht eine Balance zwischen zusätzlichem Aufwand und Effizienzgewinnen. Der personelle Mehraufwand des Militärischen Abschirmdienstes kann im Rahmen des bestehenden Haushaltes bewältigt werden und langfristig durch Effizienzsteigerung kompensiert werden kann.

Bei einer zugrunde gelegten Anzahl von 5 neu einzurichtenden Dienstposten im Militärischen Abschirmdienst ist mit einem Erfüllungsaufwand von maximal 425.000 € zu rechnen.

Für die Berechnung wurden folgende Parameter herangezogen:

Ausgehend von zwei zusätzlichen Dienstposten im höheren nichttechnischen Dienst wird der Erfüllungsaufwand von 100.000 € pro Dienstposten prognostiziert. Dabei wurde von einem Mittelwert des monatlichen Bruttogehaltes einer A 13 Besoldung ausgegangen.

Hinsichtlich der 3 zusätzlich erforderlichen Dienstposten im gehobenen Dienst (A 10/ A 11) wird ausgehend von einem Mittelwert des Bruttogehaltes ein Erfüllungsaufwand von 75.000 € pro Dienstposten angenommen. Anzumerken ist, dass der errechnete Erfüllungsaufwand nicht allein den Brutto Monatsgehalt darstellt, sondern die vollständigen Personalkosten für den Dienstherren.

Durch die Erweiterung der Auskunftsverlangen wird ein weiterer Erfüllungsaufwand entstehen. Der der Wirtschaft entstehende Aufwand wird jedoch durch den Militärischen Abschirmdienst entschädigt werden, da der Entwurf entsprechende Entschädigungsregelungen vorsieht. Eine exakte Darstellung der Höhe der zu erwartenden Entschädigung ist aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes, der dem Staatswohl dient, nicht angezeigt.

Aus der Umsetzung der Änderungen des UZwGBw entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Die Wahrnehmung der Befugnisse erfolgt durch vorhandenes Personal und mit vorhandenen Mitteln.

5. Weitere Kosten

Keine weiteren Kosten sowie Auswirkungen auf Einzelpreise oder das allgemeine Preisniveau.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Das Gesetz hat keine gleichstellungspolitischen oder demografischen Auswirkungen. Ebenso sind die Wahrung und Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch das Gesetz nicht tangiert.

VII. Befristung; Evaluierung

Die Stärkung der Militärischen Sicherheit in der Bundeswehr bedarf weder einer Befristung noch einer Evaluierung.

VIII. Beitrag Dritter zum Entwurfsinhalt

[Vorbehaltlich etwaiger Folgerungen aus der ausstehenden Verbändebeteiligung] Weder Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter noch beauftragte Dritte haben wesentlich zum Inhalt des Gesetzentwurfs beigetragen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst)

Mit Artikel 1 wird das bisherige Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MAD-Gesetz) durch ein neues MAD-Gesetz ersetzt. Das bisherige Gesetz zeichnet sich durch eine Normenabhängigkeit vom BVerfSchG aus, in das es in erheblichem Umfang verweist. Diese Verweisungstechnik stößt in Verbindung mit weiteren Verweisungen innerhalb des BVerfSchG auf Bedenken hinsichtlich des Grundsatzes der Normenklarheit. Zudem wird die Verweisung in das BVerfSchG dem Zweck und den Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes nicht umfassend gerecht. Der Militärische Abschirmdienst zeichnet sich durch eine Vielzahl an Unterschieden zu den zivilen Verfassungsschutzbehörden aus, die gesetzlich nicht hinreichend deutlich werden. Ergebnis hiervon ist Rechtsunsicherheit durch Regelungslücken; diese sollen nunmehr durch ein eigenständiges Gesetz geschlossen werden.

Zu Teil 1 (Organisation und Aufgaben)

Der erste Teil enthält Regelungen zur Organisation und zu den Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes. Zudem regelt er die Zusammenarbeit des Militärischen Abschirmdienstes mit anderen Sicherheitsbehörden. Dadurch wird die Vermischung von Aufgaben und Befugnissen im bisherigen MAD-Gesetz durch eine klare Struktur des Gesetzes abgelöst.

Zu § 1 (Organisation des Militärischen Abschirmdienstes)

§ 1 beschreibt die Organisation des Militärischen Abschirmdienstes.

Zu Absatz 1

Absatz 1 führt eine dem § 2 Absatz 1 BVerfSchG entsprechende Regelung ein. Der Militärische Abschirmdienst ist der interne Verfassungsschutz der Bundeswehr (Löffelmann/Zöllner, Nachrichtendienstrecht, 2. Auflage 2024, Rn. D 1). Die Eigenart des militärischen Dienstes und die Erkenntnis, dass die Bundeswehr ein Hauptangriffsziel gegnerischer Sicherheitsdienste ist, rechtfertigen die Notwendigkeit, im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung einen eigenen Verfassungsschutz zu etablieren. Insbesondere die eigenständigen organisatorischen Gliederungsformen der Bundeswehr, ihre Zugehörigkeit zum Nordatlantikvertrag und die damit verbundenen organisatorischen und personellen Verflechtungen einschließlich der besonderen Sicherheitserfordernisse integrierter Bereiche schaffen für die Erfüllung des nachrichtendienstlichen Auftrages Bedingungen, die von denen eines zivilen Nachrichtendienstes erheblich abweichen (vgl. Bundestagsdrucksache 11/4306 S. 66). Darüber hinaus nimmt der Militärische Abschirmdienst, insbesondere im Ausland, die Funktion eines die Truppe vor Gefahren für die Einsatzbereitschaft abwehrenden Nachrichtendienstes wahr. Satz 1 ist dabei die Aufstellungsnorm. Die Kompetenz zur Errichtung des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst ruht auf Artikel 87 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes (Löffelmann/Zöllner, Nachrichtendienstrecht, 2. Auflage 2024, D 1). Dabei macht Satz 1 deutlich, dass das Bundesamt für den militärischen Abschirmdienst der Militärische Abschirmdienst ist und als zivile Bundesoberbehörde dem Bundesministerium der Verteidigung untersteht. Die „Stellen“ des Militärischen Abschirmdienstes sind kein Verwaltungsunterbau, insbesondere keine Mittelbehörden. Vielmehr sind sie nach Satz 2 Außenstellen des Militärischen Abschirmdienstes ohne eigene Dienststellenqualität. Ziel der Außenstellen ist es, eine Flächenpräsenz des Militärischen Abschirmdienstes für die Bundeswehr zu gewährleisten. Dies schließt auch eine Stärkung der Präsenz des Militärischen Abschirmdienstes in Berlin mit ein.

Zu Absatz 2

Absatz 2 übernimmt den bisherigen § 1 Absatz 4 MAD-Gesetz.

Zu § 2 (Aufgaben)

§ 2 fasst die bisher im MAD-Gesetz verstreuten Aufgaben an zentraler Stelle zusammen und legt Zuständigkeiten fest, ohne eine Rangfolge festzulegen. Die Vorschrift beschränkt sich dabei ausschließlich auf die Beschreibung und Zuweisung der Aufgaben und Zuständigkeiten, ohne einzelne Befugnisse zu gewähren. Der Befugniskatalog des Militärischen Abschirmdienstes wird an späterer Stelle aufgabenbezogen aufgeführt. Auch hierdurch wird die bisherige Vermischung von Aufgaben und Befugnissen durch eine klare Struktur des Gesetzes vermieden.

Zu Absatz 1

Absatz 1 beschreibt die bisherigen Aufgaben der Extremismusabwehr, der Abwehr des internationalen Extremismus und Terrorismus sowie der Sabotage- und Spionageabwehr. Die Aufgabe der Extremismus- und Sabotage- bzw. Spionageabwehr wird um den Schutz der sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhaltenden verbündeten Truppen, insbesondere der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages, ergänzt. Die Neuregelung betont dabei weiterhin, dass die Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von personenbezogenen Daten, ist. Die Regelung unterscheidet dabei nicht, ob diese Aufgaben realweltlich oder im Cyberraum wahrgenommen werden. Der Begriff Informationen ist als Oberbegriff für alle sach- und personenbezogenen Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen sowie sonstigen Daten zu verstehen, die irgendeinen für die Aufgabenerfüllung des Militärischen Abschirmdienstes bedeutsamen Aussagegehalt haben oder haben können. Personenbezogene Daten sind nach dem nach § 51 entsprechend anwendbaren § 46 Nummer 1 des Bundesdatenschutzgesetzes alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare

natürliche Person beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser Person sind, identifiziert werden kann (vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, 2. Auflage 2019, BVerfSchG § 8 Rn. 5). Die in Satz 1 Nummer 1 und 2 genannten Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes decken sich mit den Aufgaben der anderen Verfassungsschutzbehörden und führen zur sprachlichen Vereinfachung eine Legaldefinition der Begriffe Bestrebungen und Tätigkeiten ein. Satz 1 führt zudem aus, dass die Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienstes für die Aufgaben der Extremismusabwehr, Spionage-/Sabotageabwehr, Terrorismusabwehr und der Abwehr des internationalen Extremismus nur gegeben ist, sofern die Bestrebungen oder Tätigkeiten von Personen ausgehen oder ausgehen sollen, die dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind. Mit dieser Regelung wird weiterhin vor allem von der vermuteten Täterseite her eine Abgrenzung der Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienstes gegenüber den Verfassungsschutzbehörden vorgenommen. Der Militärische Abschirmdienst darf nur dann eine Sachaufklärung betreiben, wenn der Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung vom vermuteten Täterkreis her betroffen ist. Die bisher geforderte finale objektbezogene Betroffenheit des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung wird nunmehr weiter gefasst. War bislang Tatbestandsvoraussetzung, dass sich die Bestrebungen oder Tätigkeiten final gegen Personen, Dienststellen oder Einrichtungen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung richten, ist es nunmehr ausreichend, dass sie sich hiergegen richten können. Die Erfahrungen aus der Praxis haben gezeigt, dass zu Beginn einer Verdachtsfallbearbeitung noch nicht feststellbar ist, welches Ziel Bestrebungen oder Tätigkeiten final verfolgen. Dies ist oft erst Ergebnis einer Verdachtsfallbearbeitung. An die Voraussetzungen der objektbezogenen Betroffenheit des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung dürfen im Übrigen keine zu hohen Anforderungen gestellt werden. Sofern Geschäftsbereichsangehörige des Bundesministeriums der Verteidigung verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen oder sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht ausüben, ist im Regelfall immer auch objektbezogen der Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung betroffen. Diese Erweiterung der bislang eng gefassten zuständigkeitsbegründenden Tatbestandsvoraussetzungen hat in der Praxis kaum Auswirkungen. Die Erfahrungen in der operativen Bearbeitung haben gezeigt, dass die Eigenschaft Geschäftsbereichsangehöriger des Bundesministeriums der Verteidigung ausreichend ist, um eine Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienstes zu begründen. Als gesetzliches Korrektiv zur Erweiterung dieser Tatbestandsvoraussetzung gilt auch die Zusammenarbeitspflicht nach § 3 Absatz 1 zwischen dem Militärischen Abschirmdienst und den zivilen Verfassungsschutzbehörden, so dass eine doppelte Bearbeitung von Personen durch 2 oder mehrere Verfassungsschutzbehörden möglichst ausgeschlossen werden soll. Das bisherige Recht enthielt in § 3 Absatz 2 des MAD-Gesetzes eine besondere Regelung zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 3 Absatz 1 BVerfSchG durch die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern in Bezug auf Personen, die dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehören. Diese Regelung entfällt künftig, d.h. diese Aufgabenwahrnehmung unterliegt dann keinen speziellen Maßgaben mehr. Insoweit bleiben auch hier künftig die allgemeinen koordinativen Zusammenarbeitsanforderungen zu beachten, die bei operativen Berührungspunkten zu benachbarten Kräften wechselseitige Information und ggf. operative Abstimmung bedingen, ohne dass dies besondere gesetzliche Regelung erfordert. Diese Zusammenarbeitsanforderungen gelten auch für den Bereich der Aufgaben nach § 3 Absatz 1 BVerfSchG, der zugleich im Aufklärungsfeld des Militärischen Abschirmdienstes nach § 2 Absatz 1 liegt. Operative Flexibilität schöpft die Möglichkeiten wirksamer Gefährdungsabwehr auch hier besser aus, als starr abgrenzende Zuständigkeitsregelungen. Wenn beispielsweise ein Geschäftsbereichsangehöriger des Bundesministeriums der Verteidigung als Funktionär eines Personenzusammenschlusses tätig ist, der bundesweit als Verdachtsfall extremistische Bestrebungen verfolgt, liegt es nahe, einerseits bei Erforschung des Personenzusammenschlusses die Aufklärungsmöglichkeiten des

Bundesamtes für Verfassungsschutz auch im Rahmen eines personenbezogenen Aufklärungsansatzes einzusetzen wie auch andererseits die spezifischen Aufklärungsmöglichkeiten des Militärischen Abschirmdienstes im Geschäftsbereich zu nutzen. Die gewonnenen Informationen sind dann in beide Richtungen zu teilen, um gleichermaßen das Bedrohungspotenzial der Bestrebungen des Personenzusammenschlusses verbessert zu erfassen wie auch Erkenntnisse zur Person zu verdichten, um diese im Falle fehlender Verfassungstreue aus dem Dienst entfernen zu können. Satz 2 fasst die im bisherigen § 2 des MAD-Gesetzes geregelten Möglichkeiten der Befugnisenerweiterung im Aufgabenbereich der Extremismus-, Terrorismus- und Spionageabwehr nach Satz 1 zusammen und vereinfacht sie. Die bisherige Möglichkeit, Befugnisse gegenüber Dritten auszuüben, ist deutlich differenziert. Auf diese Differenzierung wird nunmehr verzichtet. Ziel dieser Regelung ist es, eine hohe Flexibilität für den Militärischen Abschirmdienst, aber auch die zivilen Verfassungsschutzbehörden zu schaffen. Insoweit wird auf einschränkende Tatbestandsvoraussetzungen, die eine Übertragung der Befugnisse auf Dritte ermöglichen, verzichtet. Gleichwohl wird in dieser Konstellation an der möglichen objektbezogenen Betroffenheit des Geschäftsbereichs festgehalten. Sofern es zur Wahrnehmung der fachlichen Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes notwendig ist, Befugnisse gegenüber Personen auszuüben, die nicht dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind, ermöglicht dies Satz 2. Um der Zusammenarbeitspflicht mit den zivilen Verfassungsschutzbehörden gerecht zu werden, bedarf es in diesen Fällen jedoch eines Benehmens. Das Herstellen von Benehmen geht über die bloße rechtzeitige vorherige und inhaltlich aussagekräftige Unterrichtung mit der Gelegenheit zur Stellungnahme und auch über die Verpflichtung zur Berücksichtigung der Stellungnahme der zuständigen Verfassungsschutzbehörden hinaus und schließt – im Konfliktfall – die Pflicht ein, den Versuch einer Einigung zu unternehmen. Wenn dies jedoch trotz bona fide unternommenem ernsthaftem Bemühen nicht gelingt, darf der Militärische Abschirmdienst unter Zurückstellung der von den zuständigen Verfassungsschutzbehörden geäußerte Einwände tätig werden (vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, 2. Auflage 2019, BVerfSchG § 5 Rn. 15). Um hierbei den Verwaltungsaufwand gering zu halten, ist es nach Satz 3 auch möglich, das Benehmen für eine Reihe gleichgelagerter Fälle herzustellen. Dies könnte zum Beispiel durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Militärischen Abschirmdienst und dem Bundesamt für Verfassungsschutz für die Fälle geregelt werden, in denen Verdachtspersonen sich für eine Einstellung in die Bundeswehr beworben haben und die Einstellung unmittelbar bevorsteht. Ein weiterer Anwendungsfall könnten die häufigen Zuständigkeitswechsel bei Reservistinnen und Reservisten sein. Für Personen mit Reservistenstatus ist bislang das Bundesamt für Verfassungsschutz zuständig; nur für den Zeitraum des aktiven Dienstverhältnisses von Reservisten ist der Militärische Abschirmdienst zuständig. Hier bietet es sich an, eine Verwaltungsvereinbarung zu schließen, wenn die sofortige Übernahme durch die andere Behörde nicht gesichert oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich wäre. Satz 4 weist dem Militärischen Abschirmdienst die Aufgabe zu, in den genannten Phänomenbereichen präventiv tätig zu werden. Die Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes sollen sich nicht in einem bloßen passiven Beobachten verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht erschöpfen. Der Militärische Abschirmdienst zeichnet sich vielmehr dadurch aus, dass er frühzeitig an der Vorsorge gegen das Entstehen verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht und an der Aufklärung der Geschäftsbereichsangehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung über sie mitwirkt. Somit ist die Prävention eine eigene gesetzliche Aufgabe. Die Wahrnehmung eines solchen präventiven Aufgabenspektrums ist dabei auch aus Gründen der Verhältnismäßigkeit geboten. Denn die Aufgabe des Beobachtens stellt keinen Selbstzweck dar, sondern zielt darauf, Bedrohungen durch verfassungsfeindliche Bestrebungen abzuwehren. Wenn ein in Grundrechte eingreifendes Beobachten durch Maßnahmen der Aufklärung und Vorsorge eingeschränkt oder darauf verzichtet werden kann, stellen solche Maßnahmen das weniger eingreifende Mittel dar. Mit Satz 5 wird aus Gründen der Transparenz eine eigene Aufgabe zur Übermittlung von personenbezogenen Daten an die disziplinarrechtlich und personalrechtlich zuständigen Stellen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung geschaffen. Die Erfüllung dieser Aufgabe umfasst alle

Informationen unabhängig davon, ob sie mit besonderen Befugnissen gewonnen wurden oder nicht. Diese Aufgabenzuweisung wird Besonderheiten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung gerecht. Im Gegensatz zu den zivilen Verfassungsschutzbehörden steht beim Militärischen Abschirmdienst eine Beobachtung von Personenzusammenschlüssen nicht im Fokus. Der Militärische Abschirmdienst verfolgt einen einzel-fallbezogenen Ansatz (Schenke/Graulich/Ruthig/Siems, 2. Auflage 2019, MADG § 5 Rn. 7). Er beobachtet Einzelpersonen und beobachtet somit grundsätzlich keine Personenzusammenschlüsse. Die Möglichkeit, Netzwerke innerhalb der Bundeswehr zu erkennen, wird dadurch nicht beeinträchtigt. Ein weiterer wesentlicher Unterschied besteht darin, dass eine längerfristige Beobachtung im Vergleich zu den zivilen Verfassungsschutzbehörden nicht stattfindet, da die zeitnahe Entfernung von Extremisten aus der Bundeswehr im Vordergrund steht und diese Prämisse nicht mit einer längerfristigen Beobachtung in Einklang zu bringen ist. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit des Staates und somit auch in die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr bezieht sich auch auf die Verfassungstreuepflicht des öffentlichen Dienstes. Kommen Personen dieser Verfassungstreuepflicht nicht nach, gefährden sie nicht nur die nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a und b zu schützenden Rechtsgüter, sondern stören diese bzw. schaden diesen. Eine besondere Gefahr entsteht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung dadurch, dass eine Vielzahl von Personen nicht nur an Waffen ausgebildet ist, sondern auch vereinfachten Zugang zu ihnen hat. Anspruch ist es somit, gegenüber allen Angehörigen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung, die nicht auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen (Null-Toleranz-Linie). Neben der Verhinderung von Statuswechseln, Dienstzeitverlängerungen und Förderungen bzw. Beförderungen dieser Personen liegt der Fokus insbesondere auf einer möglichen Entfernung aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren. Da dem Militärischen Abschirmdienst keine operativen Anschlussbefugnisse zustehen, ist er auf das Tätigwerden der in Satz 5 genannten Behörden angewiesen, um diesen Zweck erfüllen zu können und die Rechtsgüter des Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a und b zu schützen. Satz 5 dient somit dem Zweck, diese Besonderheiten des Militärischen Abschirmdienstes zu betonen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 weist dem Militärischen Abschirmdienst die Aufgabe zu, die Abschirmlage im In- und Ausland zu führen und zu bewerten. Dabei kommt es auf eine mittel- und langfristige Beobachtung von Lageentwicklungen und damit die Indikationsgewinnung und Vorhersage möglicher Gefährdungen von Bundeswehrangehörigen und Einrichtungen an. Die Abschirmlage ist ein Beitrag zur militärischen Sicherheitslage. Diese ist Voraussetzung für eine sachgerechte Arbeit in allen Aufgabenbereichen des Militärischen Abschirmdienstes im In- und Ausland. Die Abschirmlage umfasst insbesondere abstrakte Bedrohungen. Es ist zwischen der Abschirmlage Inland und der Abschirmlage Ausland zu unterscheiden. Die Abschirmlage Inland beinhaltet ausgewertete und beurteilte Informationen aus den Aufgabenbereichen Extremismus, Terrorismus und Spionage-/Sabotageabwehr, wenn sich Bestrebungen oder Tätigkeiten aus diesen Bereichen gegen Dienststellen oder Einrichtungen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung richten. Zu den Einflüssen im Bereich der Extremismusabwehr zählen beispielsweise allgemeine Informationen über eine erhöhte Gewaltbereitschaft bestimmter Gruppierungen, etwa durch Waffenbesitz, geplante Zerstörungen von Infrastruktur und Eigentum der Bundeswehr, durch Protestaktionen oder sonstige strafrechtlich relevante Verhaltensweisen. Im Bereich der Terrorismusabwehr sind als Einflüsse vor allem geplante terroristische Anschläge zu nennen. Als Einflüsse aus dem Bereich der Spionageabwehr gelten vor allem Ausspähungsversuche anderer Nachrichtendienste, auch durch den Versuch, in Liegenschaften der Bundeswehr einzudringen, um letztlich an Informationen zur Bundeswehr zu gelangen, die aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung, ihrer Fähigkeiten und ihrer Verflechtungen mit zivilen Stellen und der Wirtschaft für ausländische Nachrichtendienste eine bedeutende Rolle spielen. Als Einflüsse gelten ferner Sabotageversuche, beispielsweise an verteidigungswichtiger Infrastruktur, etwa durch Eingriffe in den Schienenverkehr von Waffentransporten, oder an

Waffensystemen. Im Cyber- und Informationsraum können neben abstrakten Bedrohungen für die Informationstechnik des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung auch bestimmte Aufrufe in sozialen Medien einen Einfluss auf die Bundeswehr haben. Im Ausland sind insbesondere die Einsatzgebiete der Bundeswehr betroffen. Die entsprechende Abschirmlage umfasst ausgewertete und beurteilte Informationen über sämtliche die Sicherheit der Dienststellen, Einrichtungen und Bediensteten der Bundeswehr gefährdende Strukturen, Zielsetzungen und Methoden sowie Tätigkeiten von politisch, nachrichtendienstlich oder kriminell motivierten Gegengruppierungen. Der Militärische Abschirmdienst bewertet hier die Lageentwicklungen und Bedrohungen für Bundeswehrangehörige und Liegenschaften durch sicherheitsgefährdende Kräfte in Einsätzen im Ausland, um Maßnahmen der Absicherung, Abschirmung und des Geheimschutzes zur Erhaltung der Einsatz- und Führungsbereitschaft zu ermöglichen. Im Gegensatz zur Abschirmlage Inland fließen in die Abschirmlage Ausland zusätzlich Informationen aus den Bereichen der organisierten Kriminalität ein. Der Militärische Abschirmdienst nimmt insoweit eine Mittlerrolle zwischen der Truppe und den zivilen Nachrichtendiensten wahr (Schenke/Graulich/Ruthig/Siems, 2. Auflage 2019, MADG § 1 Rn. 24). Die Militärische Sicherheitslage setzt sich unter anderem aus Informationen und Erkenntnissen anderer Bundesressorts, von multinationalen Stäben, von Partnernationen oder offen zugänglichen Informationen, beispielsweise von den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, wie auch weiteren internationalen Organisationen bzw. Institutionen im In- und Ausland zusammen und beschreibt damit das Maß der Bedrohung, woraus sich entsprechende Schutzmaßnahmen ableiten lassen. Die im bisherigen § 1 Absatz 2 Nummer 2 des MAD-Gesetzes genannte Aufgabe der Beurteilung der Sicherheitslage von Dienststellen und Einrichtungen der verbündeten Streitkräfte und der internationalen militärischen Hauptquartiere entfällt. Das dort geregelte aufwändige Übertragungsverfahren führte in der Praxis zu einem geringen unmittelbaren Anwendungsbereich. Der bestehende Bedarf der in Deutschland stationierten Gaststreitkräfte an einer Bewertung der Bedrohungslage wird einzelfallbezogen im Wege der Amtshilfe übernommen (Schenke/Graulich/Ruthig/Siems, 2. Auflage 2019, MADG § 1 Rn. 23). Die Abschirmlage ist keine über den Kompetenzbereich der Verfassungsschutzbehörden hinausgehende Aufgabe. Vielmehr ist sie Voraussetzung für eine sachgerechte Arbeit in der Spionageabwehr, Extremismusbeobachtung und für die Absicherungsberatung. Anders als die zivilen Verfassungsschutzbehörden muss der Militärische Abschirmdienst hierzu Informationen erheben und auswerten, die außerhalb seiner nur begrenzten Zuständigkeit liegen.

Zu Absatz 3

Die Mitwirkungsaufgaben wie die des personellen und materiellen Geheimschutzes werden dem Militärischen Abschirmdienst in Absatz 3 zugewiesen. In der Aufgabennorm für den Militärischen Abschirmdienst genügt insoweit der Hinweis auf den Regelungsgegenstand. Dieser umfasst die Mitwirkung im personellen und materiellen Geheim- und Sabotageschutz und hierbei die Sicherheitsüberprüfung als den wichtigsten Fall. Der Verweis auf das Sicherheitsüberprüfungsgesetz macht entsprechend der Vorgängerregelung deutlich, dass das MAD-Gesetz die Mitwirkungsaufgaben nicht inhaltlich ausgestaltet. Die Befugnisse zur Durchführung dieser Mitwirkungsaufgabe sind vielmehr im Sicherheitsüberprüfungsgesetz geregelt. Eine Eingrenzung des betroffenen Personenkreises erfolgt durch die Fachgesetze (Sicherheitsüberprüfungsgesetz, Soldatengesetz), die auf das Sicherheitsüberprüfungsgesetz verweisen (vgl. § 1 Absatz 2 Nummer 4 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes). Weitere Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes ist die Mitwirkung bei der Durchführung von Personenüberprüfungen nach dem neuen Gesetz zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr.

Zu Absatz 4

Absatz 4 überträgt dem Militärischen Abschirmdienst die Aufgabe der Eigensicherung. Mit dem Gesetz zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts (BGBl. I, Nr. 413) wurden dem Militärischen Abschirmdienst Befugnisse zur Stärkung der Eigensicherung

zugewiesen, die ihm nach dem bisherigen § 15 des MAD-Gesetzes nach den § 26b und 26c BVerfSchG zustehen. Da dem Militärischen Abschirmdienst somit weitreichende Befugnisse eingeräumt werden, um seine Bediensteten, seine Einrichtungen, Gegenstände, menschliche Quellen und amtliche Informationen gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten zu schützen, gebietet es das Gebot der Normenklarheit, ihm auch diese Aufgabe zuzuweisen. Vom im bisherigen § 5 Absatz Nummer 2 des MAD-Gesetzes verwendeten Begriff der sicherheitsgefährdenden und geheimdienstlichen Tätigkeiten nimmt der Gesetzentwurf aus Gründen der Normenklarheit Abstand. Hierdurch sollen Rechtsanwendungsfehler bei der Verwendung einerseits des Begriffs der sicherheitsgefährdenden und geheimdienstlichen Tätigkeiten und andererseits des Begriffs der sicherheitsgefährdenden und geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht vermieden werden. Eine inhaltliche Änderung ist hiermit nicht verbunden. Die Aufgabe ist nicht auf den Schutz vor fremden Mächten begrenzt, sondern umfasst alle Tätigkeiten, die den Militärischen Abschirmdienst beeinträchtigen können. Naturgemäß steht bei der Eigensicherung des Militärischen Abschirmdienstes häufig der Schutz von Verschlusssachen im Vordergrund, d.h. alle von einer amtlichen Stelle im öffentlichen Interesse als geheimhaltungsbedürftig eingestufte Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse unabhängig von ihrer Darstellungsform, einschließlich Kryptomittel, anderer Geräte oder technischer Einrichtungen oder Anwendungen. Diese sind nicht nur gegen den Zugriff fremder Mächte zu schützen, sondern gegen jede Art des Vertraulichkeitsbruchs. Darüber hinaus sind Eigensicherungsmaßnahmen auch gegen sonstige Gefahren für die Aufgabenerfüllung des Militärischen Abschirmdienstes gerichtet, wie den Schutz vor Anschlägen gegen Personen oder Sachen oder dem Ausspähen von Personen oder Tätigkeiten auf dem Gelände.

Zu Absatz 5

Dem Militärischen Abschirmdienst obliegt es, Einsätze der Bundeswehr abzuschirmen. Absatz 5 weist dem Militärischen Abschirmdienst dazu die Aufgabe zu, im Ausland Informationen, insbesondere personenbezogenen Daten, die zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr (Satz 1 Nummer 1) und zum Schutz der Geschäftsbereichsangehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung einschließlich ihrer Angehörigen, der Dienststellen und der Einrichtungen der Bundeswehr (Satz 1 Nummer 2) erforderlich sind, zu sammeln und auszuwerten. Der Militärische Abschirmdienst bearbeitet alle Sachverhalte im Ausland, die die Sicherheit der Bundeswehrangehörigen im Einsatz beeinträchtigen könnten und sammelt Informationen, um die Sicherheit der Bundeswehrangehörigen zu gewährleisten. Hierzu erstellt der Militärische Abschirmdienst Gefährdungsanalysen, führt Ermittlungen durch, kooperiert mit öffentlichen Stellen, überprüft Personen, schult und berät Bundeswehrangehörige und stellt technische Unterstützung bereit. Die Bundeswehr ist ein ständiges Angriffsziel sicherheitsgefährdender Kräfte. Durch deren Handlungen kann die militärische Sicherheit erheblich beeinträchtigt werden. Insbesondere in den Einsätzen und in Krisenzeiten ist verstärkt mit erheblicher Beeinträchtigung oder Angriffen zu rechnen. Ihnen ist durch Maßnahmen der Absicherung und Abschirmung vorzubeugen und zu begegnen. Der Militärische Abschirmdienst hat hierzu einen umfassenden Schutzauftrag für die eingesetzten Kräfte der Bundeswehr. Ziel ist es, mit Maßnahmen der Absicherung und Abschirmung sowie des Geheimschutzes gegenüber Angriffen sicherheitsgefährdender Kräfte einen wesentlichen Beitrag zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu leisten. Satz 2 legt fest, dass bei einer Betroffenheit der Zuständigkeit des Bundesnachrichtendienstes der Militärische Abschirmdienst seine Befugnisse im Einvernehmen mit diesem wahrnimmt. Zur Vereinfachung in der Praxis ermöglicht Satz 3 das Einvernehmen für gleichgelagerte Fälle herzustellen. Nach Satz 4 ist die Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienst für die Aufgabenerfüllung nach Absatz 5 akzessorisch zu den Einsätzen der Bundeswehr. Diese Aufgabenwahrnehmung erfolgt nach Satz 4 nicht nur während der Einsätze der Bundeswehr, sondern auch zur Vor- und Nachbereitung. Die Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienstes für die Nachbereitung ist insbesondere erforderlich, um Akten zu schließen, Daten zu bereinigen und Gefährdungssachverhalte von den ehemaligen, bei der Bundeswehr beschäftigten Personen (z.B. Ortskräften) zu bearbeiten. Eine weitergehende Sammlung von Informationen, insbesondere von personenbezogenen

Daten, findet im Rahmen der Nachbereitung nicht statt. Der Begriff des Einsatzes wird im militärischen Sinne verwendet, unabhängig davon, ob es sich um einen Einsatz im verfassungsrechtlichen Sinne, einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes oder um eine schlichte Verwendung von Streitkräften, beispielsweise im Rahmen der Amtshilfe handelt. Ein Einsatz in diesem Verständnis liegt danach vor, wenn die Streitkräfte einen besonders angeordneten, in der Regel befristeten, jenseits von Routinedienstbetrieb, Ausbildung und Übung angesiedelten Auftrag erfüllen, unabhängig davon, wie dieser Einsatz rechtlich einzuordnen ist (vgl. Osnabrücker Erlass vom 30. April 2024). Satz 6 stellt klar, dass die Zuständigkeit des Bundesnachrichtendienstes und die gegenwärtige Aufgabenteilung zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem Militärischen Abschirmdienst unberührt bleiben. Die Aufgabenwahrnehmung des Militärischen Abschirmdienstes bedarf einer besonderen Koordinierung mit dem Bundesnachrichtendienst. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt nach Satz 7 nur auf Weisung des Bundesministeriums der Verteidigung.

Zu § 3 (Zusammenarbeit)

§ 3 stellt klar, dass die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nur dann ausreichend geschützt wird, wenn die Nachrichtendienste untereinander zusammenarbeiten.

Zu Absatz 1

Absatz 1 überträgt die Regelungen des bisherigen § 3 Absatz 1 und 3 des MAD-Gesetzes und konkretisiert diese. Bei der verfassungsschutzrechtlichen Zusammenarbeit handelt es sich um eine auf Dauer angelegte Kooperation in den Grenzen der jeweiligen eigenen Aufgaben und Befugnisse, die durch die Zusammenarbeit nicht eingeschränkt werden. In diesem Rahmen zeigt Satz 2 Möglichkeiten der Zusammenarbeit beispielhaft auf. Neben der wesentlichen Teilnahme am nachrichtendienstlichen Informationssystem der Verfassungsschutzbehörden gehört zur Zusammenarbeit auch die wechselseitige Unterstützung und Hilfeleistung. Dies gilt insbesondere dann, wenn Personenzusammenschlüsse sowohl aus Personen bestehen, die dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehören, als auch aus Personen, die nicht diesem Geschäftsbereich angehören. Satz 3 schreibt die Zusammenarbeitspflicht diesbezüglich vor, sich einander über alle Angelegenheiten zu unterrichten, deren Kenntnis für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist. Insofern handelt es sich um eine Privilegierung zu den Übermittlungsvorschriften des Teil 3. Diese Unterrichtungspflicht gilt auch für Angelegenheiten der Reservistinnen und Reservisten nach § 1 des Reservistengesetzes, auch wenn dieser Personenkreis nicht in den Zuständigkeitsbereich des Militärischen Abschirmdienstes nach § 2 Absatz 1 Satz 1 fällt. Ziel dieser Regelung ist es, extremistische Reservistinnen und Reservisten vom Dienst an der Waffe und von der Ausbildung an der Waffe fernzuhalten. Dies gelingt nur, wenn die Erkenntnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom Militärischen Abschirmdienst bewertet werden, bevor Informationen an die Personalführung der Reservistinnen und Reservisten weitergegeben werden. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenhangsregelung, die für eine effektive Aufgabenwahrnehmung zwingend erforderlich ist.

Zu Absatz 2

Absatz 2 gleicht zunächst die Zusammenarbeitsbeziehungen mit dem Bundesnachrichtendienst an die Zusammenarbeitsbeziehungen mit den zivilen Verfassungsschutzbehörden an und regelt insbesondere die Zusammenarbeit des Militärischen Abschirmdienstes mit dem Bundesnachrichtendienst im Rahmen von Einsätzen der Bundeswehr außerhalb deutschen Hoheitsgebiets. Die Norm greift dabei den bisherigen § 14 Absatz 6 des MAD-Gesetzes auf, erweitert ihn aber auf sämtliche Tätigkeiten des Militärischen Abschirmdienstes im Ausland, verzichtet jedoch darauf, auf die dortige gesetzliche Normierung, für jeden Einsatz eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zu verfassen. Satz 3 regelt die Übermittlungspflicht an den Bundesnachrichtendienst, die sich für das Bundesamt für Verfassungsschutz in § 22 Absatz 2 BVerfSchG befindet. Insofern handelt es sich um eine

Privilegierung zu den Übermittlungsvorschriften des Teil 3. Um die Intensität der Zusammenarbeit des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes herauszustellen, ist die Übermittlungspflicht als Teil der Zusammenarbeitspflicht integriert. Die Zusammenarbeitsanforderungen gelten insbesondere für Einsätze außerhalb deutschen Hoheitsgebietes. Auch hier schöpft eine operative Flexibilität die Möglichkeiten wirksamer Gefahrforschung besser aus als abgrenzende Zuständigkeitsregeln.

Zu Teil 2 (Befugnisse und Schranken)

In Teil 2 werden die allgemeinen Befugnisse, die besonderen Befugnisse, weitere Befugnisse und die Schranken der Befugnisse geregelt. Dieser Abschnitt regelt in der Regelungstechnik eines modernen Befugnisgesetzes die operativen Befugnisse, denen sich der Militärische Abschirmdienst zur Erfüllung seiner Aufgaben bedienen kann.

Zu Abschnitt 1 (Allgemeine Befugnisse)

Abschnitt 1 enthält übergreifende Regelungen, die sich auf alle Maßnahmen des Sammelns und Auswertens von Informationen beziehen.

Zu § 4 (Allgemeine Befugnisse zur Datenerhebung)

§ 4 enthält eine Befugnisgeneralklausel für Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Sie steht dem Militärischen Abschirmdienst zur Erfüllung sämtlicher Aufgaben zu. Einzelne Befugnisse, die dem Militärischen Abschirmdienst nur zur Erfüllung einzelner Aufgaben zustehen, werden später in einzelnen Paragraphen geregelt.

Zu Absatz 1

Satz 1 entspricht dem § 8 Absatz 1 BVerfSchG in seiner Funktion und entspricht dem bisherigen § 4 Absatz 1 Satz 1 des MAD-Gesetzes. Da das Sammeln von Informationen auch in einem Entgegennehmen personenbezogener Daten von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen bestehen kann, stellt Satz 2 klar, dass die Befugnis zur Datenverarbeitung auch solche personenbezogenen Daten umfasst. Das schließt Daten ein, die dem Militärischen Abschirmdienst unaufgefordert übermittelt oder aufgedrängt werden. Zugleich regelt Satz 2 die Entgegennahme der von einer anderen öffentlichen Stelle erhobenen Daten.

Zu Absatz 2

Satz 1 entspricht inhaltlich § 18 Absatz 3 BVerfSchG, der über den bisherigen § 10 Absatz 2 Satz 1 des MAD-Gesetzes Anwendung findet, ersetzt allerdings den Begriff der „Behörde“ gegen den etwas weiteren Begriff der „Stelle“, um den mögliche Adressatenkreis offen zu halten. Satz 2 entspricht § 18 Absatz 4 BVerfSchG. Sätze 3 und 4 regeln, dass die ersuchte Stelle, Informationen, einschließlich personenbezogener Daten im Rahmen des Ersuchens an den Militärischen Abschirmdienst übermittelt und entspricht § 17 Absatz 1 BVerfSchG, der über den bisherigen § 10 Absatz 4 des MAD-Gesetzes Anwendung findet, sowie § 17 Absatz 2 BVerfSchG.

Zu Absatz 3

Zur Erfüllung seiner Aufgaben darf der Militärische Abschirmdienst personenbezogene Daten aus allgemein zugänglichen Quellen auch automatisiert erheben. Absatz 3 stellt die Rechtsgrundlage für diese automatisierte Datenerhebungen aus allgemein zugänglichen Quellen dar, die insbesondere einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darstellen können. Ein solcher Grundrechtseingriff ist anzunehmen, wenn die aus allgemein zugänglichen Quellen stammenden personenbezogenen Daten durch ihre automatisierte Erhebung, Sammlung und Erfassung einen zusätzlichen Aussagewert erhalten (vgl. BVerwG, Urteil vom 21. Juli 2010 - 6 C 22/09-m, Rn. 17 mit Verweis auf BVerfG Urteil vom 11. März 2008, 1 BvR 2074/05, 1 BvR 1254/07 sowie BVerfG, Urteil vom

27. Februar 2008, 1 BvR 370/07, 1 BvR 595/07, Rn. 309). Eine systematische Erhebung in diesem Sinn liegt z.B. vor, wenn öffentlich verfügbare Inhalte (z.B. bei Social Media-Inhalten) zielgerichtet nach Meldungen von oder zu einer bestimmten Person oder Personengruppe durchsucht werden. Die gesteigerte Intensität des Grundrechtseingriffs wird dadurch kompensiert, dass eine Erhebung eine Prüfung im Einzelfall voraussetzt, dass dies zur Erfüllung der Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes erforderlich ist.

Zu Absatz 4

Die spezialgesetzliche Regelung erlaubt es dem Militärischen Abschirmdienst Akteneinsicht in Personalakten von Geschäftsbereichsangehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung und Personen, die im Geschäftsbereich tätig sind, zu nehmen, soweit dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Damit kann der Militärische Abschirmdienst selbst notwendige Informationen der Personalakte entnehmen. Die Akteneinsicht erfolgt unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und ist daher nicht gegeben, wenn die begehrte Information bereits aus anderen öffentlich zugänglichen Informationsquellen anderweitig verfügbar ist. Erforderlich ist insgesamt eine Abwägung zwischen dem Informationsinteresse des Militärischen Abschirmdienstes einerseits und dem Vertraulichkeitsinteresse der betroffenen Person andererseits. Vor dem Hintergrund des Gebotes der Verhältnismäßigkeit ist immer dann von einer Vorlage der Personalakte abzusehen, wenn eine Auskunftserteilung ausreichend ist. Es können auch nur Teile der Personalakte zur Einsicht vorgelegt werden. Da eine Einsicht in die Personalakte auch bereits zu einem frühen Zeitpunkt einer Abwehroperation genommen werden kann, erfolgt auch keine Mitteilung an die betroffene Person, da operative Gründe hiergegen sprechen. Auch eine spätere Mitteilung erfolgt nicht. Der Militärische Abschirmdienst vielmehr privilegiert und nur im Rahmen der Mitteilungspflichten einiger besonderer Befugnisse zur Mitteilung nach § 23 Absatz 1 verpflichtet. Die Einsichtnahme in eine Personalakte gehört nicht dazu. Von dem Einsichtsrecht nicht umfasst ist die Beihilfeakte, da eine diesbezügliche Einsicht aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ausscheidet. Dies stellt Satz 4 klar. Insgesamt trifft die spezialgesetzliche Regelung eine Klarstellung, die verdeutlicht, dass die besondere Informationsgewinnung nach dem MAD-Gesetz insofern Lex Specialis gegenüber dem allgemeinen Personalaktenrecht des Bundesbeamtengesetzes und des Soldatengesetzes ist.

Zu Absatz 5

Absatz 5 entspricht der Regelung des § 8 Absatz 4 BVerfSchG, auf die nach dem bisherigen § 4 Absatz 1 Satz 1 des MAD-Gesetzes verwiesen wird. Klarstellend wurde hinzugefügt, dass auch die Hinweispflicht auf die Freiwilligkeit dem in der Verwaltung geltenden Grundsatz der ordnungsgemäßen Aktenführung unterliegt. Nur durch die ordnungsgemäße Aktenführung werden ein rechtsstaatlicher Verwaltungsvollzug, eine Rechtskontrolle durch die Gerichte sowie eine parlamentarische Kontrolle gewährleistet.

Zu Absatz 6

Absatz 6 übernimmt § 17 Absatz 3 BVerfSchG für den Militärischen Abschirmdienst.

Zu § 5 (Vorprüfung)

Die Vorschrift schafft eine Rechtsgrundlage für die im Militärischen Abschirmdienst praktizierte Unterscheidung zwischen Prüfoperationen und nachrichtendienstlichen Abwehroperationen.

Zu Absatz 1

Absatz 1 definiert, was unter einer Vorprüfung zu verstehen ist. Voraussetzung für die Bearbeitung von nachrichtendienstlichen Abwehroperationen ist das Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten, die den Verdacht einer Bestrebung oder einer Tätigkeit begründen. Tatsächliche Anhaltspunkte stellen somit materielle Tatbestandsvoraussetzungen für eine

Abwehroperation des Militärischen Abschirmdienstes dar. Gleichwohl muss der Militärische Abschirmdienst zur Erfüllung seiner besonderen Aufgabe zum Schutze und der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr in die Lage versetzt werden, auch sehr indirekten Hinweisen auf mögliche verfassungsfeindliche Bestrebungen nachgehen zu können. Wird zum Beispiel bekannt, dass ein Soldat Kenntnis davon hat, dass ein anderer Soldat extremistisch eingestufte Musik hört und unterbindet, bzw. meldet dies nicht auf dem Dienstweg, so muss der Militärische Abschirmdienst zum Schutze der Bundeswehr auch in der Lage sein, zu überprüfen, ob dieser Nichthandlung des Soldaten eine extremistische Motivation zugrunde lag. Für diese Möglichkeit stellt Absatz 1 die Rechtsgrundlage dar. Absatz 1 räumt dem Militärischen Abschirmdienst somit die Befugnis ein, bereits im Vorfeld eingeschränkt tätig zu werden und Sachverhalte dahingehend zu prüfen, ob sie tatsächliche Anhaltspunkte darstellen, die den Verdacht einer Bestrebung oder einer Tätigkeit begründen. Dies umfasst auch die Befugnis, weitere Sachverhalte in Bezug auf die tatsächlichen Anhaltspunkte zu ermitteln. Agieren ins Blaue hinein scheidet jedoch auch im Fall der Vorprüfung aus, da stets zunächst bearbeitungswürdige Sachverhalte vorliegen müssen, die trotz Einbindung nachrichtendienstlicher Erfahrungen alleine nicht den Verdacht für Bestrebungen oder Tätigkeiten tragen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts fordert insoweit Anhaltspunkte in Form konkreter und hinreichend verdichteter Umstände als Tatsachenbasis (vgl. BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 189). Dass jedoch noch keine verdachtstragenden tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten vorliegen, ist zur Wahrung des Grundrechtsschutzes im Rahmen der Einzelfallbearbeitung besonders zu beachten, um Vorverurteilungen zu vermeiden. Daher muss jede behördliche Abfrage im Einzelfall geeignet, erforderlich und angemessen sein, um eine hinreichend verdichtete Tatsachenbasis für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder Tätigkeiten zu generieren. Die Nutzung besonderer Befugnisse ist im Rahmen der Verdachtsgewinnung nicht zulässig, da noch keine tatsächlichen Anhaltspunkte, die den Verdacht einer Bestrebung oder einer Tätigkeit begründen, vorliegen.

Zu Absatz 2

Der Absatz begrenzt die Dauer der Verdachtsgewinnung zeitlich. Da die betroffenen Personen Angehörige des Geschäftsbereichs der Verteidigung sind, liegen dort bereits umfassende Personenangaben vor, zudem ist der Militärische Abschirmdienst in der Lage zügig Informationen zu gewinnen, die zur Veri- oder Falsifizierung führen, z.B. durch Befragungen von Kameraden des betroffenen Soldaten. Da unter diesen besonderen Voraussetzungen der Militärische Abschirmdienst in der Lage ist, entsprechende Sachverhalte im Regelfall innerhalb von 6 Monaten zu klären, wird zur Verfahrenssteuerung die Frist entsprechend festgesetzt. Für Ausnahmefälle, denen z.B. ein komplexer Sachverhalt zugrunde liegt, oder eine nicht so einfach greifbare Person wie obig beschrieben betroffen ist, ermöglicht Absatz 2 eine Verlängerung der Frist.

Zu Absatz 3

Die Regelung trägt dem datenschutzrechtlichen Grundsatz der Löschung von Daten Rechnung, sobald diese nicht mehr zur Auftragserfüllung benötigt werden (vgl. § 58 Absatz 2 des Bundesdatenschutzgesetzes). Dieser Grundsatz wurde jedoch um das unverzichtbare Informationsbedürfnis des Militärischen Abschirmdienstes zur nachrichtendienstlichen Bewertung von Gefahren dadurch ergänzt, dass die Tatsache der Erhebung und Löschung zu protokollieren ist. Das unverzichtbare Informationsbedürfnis ergibt sich daraus, dass aus der Gesamtschau einzelner Erkenntnisse, die für sich isoliert betrachtet keine tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten darstellen, mittels nachrichtendienstlicher Erfahrung gleichwohl der Schluss gezogen werden kann, dass durch eine Mehrzahl von Erkenntnissen tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die den Verdacht einer Bestrebung oder Tätigkeit begründen. Daher muss es möglich sein, auch ohne konkrete Kenntnisse vorheriger Sachverhalte, eine Gesamtbewertung durchzuführen. Diesen gegensätzlichen Interessen wird in Absatz 3 dadurch Rechnung getragen, dass die Protokollierung nach Ablauf von 5 Jahren nach Abschluss der Vorprüfung zu löschen ist.

Zu Abschnitt 2 (Besondere Befugnisse)

Abschnitt 2 führt den Begriff besondere Befugnisse ein und regelt inhaltlich den Umgang mit nachrichtendienstlichen Mitteln und besonderen Auskunftsverlangen.

Zu Unterabschnitt 1 (Arten besonderer Befugnisse und Maßnahmerichtung)

Zu § 6 (Besondere Befugnisse)

Die Regelung zeigt auf, dass besondere Befugnisse in nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen untergliedert werden. Eine Untergliederung ist sinnvoll, da die Tatbestandsvoraussetzungen, aber auch das Verfahren unterschiedlich sind.

Zu § 7 (Maßnahmerichtung)

Die Regelung trifft gesetzliche Vorgaben zur Maßnahmenrichtung beim Einsatz besonderer Befugnisse und differenziert ergänzend zwischen nachrichtendienstlichen Mitteln und besonderen Auskunftsverlangen. Bei einer Zielperson kann es sich insoweit um die Person handeln, die Anknüpfungspunkt der Bestrebungen oder Tätigkeiten ist. Dieser Fall wird in Absatz 1 gesetzlich geregelt. Besondere Befugnisse können sich jedoch auch gegen Personen richten, die nicht die Zielperson sind. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 26. April 2022 (1 BvR 1619/17, Rn. 209 ff.) umfassende Ausführungen zum Schutz dieser Personen gemacht. Diesen Anforderungen werden die Absätze 2 und 3 gerecht. Besondere Befugnisse dürfen sich hiernach nur gegen eine Person richten, die eine spezifische individuelle Nähe zur aufzuklärenden Bestrebung oder Tätigkeit aufweist.

Zu Absatz 1

Absatz 1 beschreibt die Zielperson, gegen die sich der Einsatz von besonderen Befugnissen richtet als die Person, zu der tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie Bestrebungen betreibt oder Tätigkeiten ausübt oder Bestrebungen oder Tätigkeiten nachdrücklich unterstützt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 macht Vorgaben zur Maßnahmerichtung von nachrichtendienstlichen Mitteln in Bezug auf Personen, die mit der Zielperson in Kontakt stehen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 212) ist eine Anordnung heimlicher Überwachungsmaßnahmen gegenüber diesen nicht schlechthin ausgeschlossen. Hier steigen jedoch mit der Eingriffsintensität der Überwachungsmaßnahme die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Beziehung der von der Überwachung betroffenen Person und der aufzuklärenden Bestrebung. Bei Maßnahmen, die stärker in Grundrechte eingreifen, reichen lose Zusammenhänge nicht aus. Es genügt nicht schon, dass Personen mit einer Zielperson überhaupt in irgendeinem Austausch stehen. Vielmehr bedarf es zusätzlicher Anhaltspunkte, dass der Kontakt einen Bezug zum Ermittlungsziel aufweist und so eine nicht unerhebliche Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Überwachungsmaßnahme der Aufklärung der Bestrebung dienlich sein wird. Diese Vorgaben setzt die Regelung um.

Zu Absatz 3

Absatz 3 normiert, dass besondere Auskünfte sich auch gegen eine Person richten können, bei der aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass sie eine Leistung für eine Zielperson in Anspruch nimmt (Nummer 1) oder für sie bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennimmt oder weitergibt (Nummer 2) oder dass die Zielperson deren Telekommunikationsanschlüsse benutzt (Nummer 3). Dies wäre etwa dann der Fall, wenn (formell) Eltern einer Zielperson eine Leistung in Anspruch nehmen. Eine Vorwerfbarkeit der Entgegennahme oder der Weitergabe ist insoweit nicht notwendig.

Zu Unterabschnitt 2 (Nachrichtendienstliche Mittel)

Der Unterabschnitt benennt nachrichtendienstliche Mittel, zählt ihre Tatbestandsvoraussetzungen auf und qualifiziert ihre Eingriffsschwellen.

Zu § 8 (Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel)

§ 8 zählt nachrichtendienstliche Mittel des Militärischen Abschirmdienstes in einem offenen Katalog auf. Um eine Zukunftsfestigkeit des Rechts zu gewährleisten, eröffnet der Entwurf die Möglichkeit, künftige Entwicklungen bei den nachrichtendienstlichen Mitteln aufzunehmen, unabhängig davon, ob sie bislang vorhersehbar sind. Der Gesetzgeber ist frei, die von ihm als fachlich sachgerecht erachteten Regelungen zu treffen, wenn dem kein höherrangiges Recht entgegensteht. Erfasst werden von dem offenen Katalog jedoch nur einfache nachrichtendienstliche Mittel unterhalb einer mindestens erheblichen Eingriffsschwelle. Soweit einzelne nachrichtendienstliche Mittel aufgrund ihrer gesteigerten Eingriffsintensität bzw. Eingriffsbreite eine differenzierte Ausgestaltung in Einzelnormen erforderlich machen, lässt der Katalog in Absatz 1 Satz 1 die Maßnahmen nur unter den Voraussetzungen der §§ 9 bis 17 zu. Weitere tatbestandliche Voraussetzungen hierfür stellen die Absätze 2, 3 und 4 auf. Damit normieren die Absätze 2, 3 und 4 im Zusammenspiel mit Absatz 1 Satz 1 das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Stufenmodell. In seiner Entscheidung vom 26. April 2022 (1 BvR 1619/17, Rn. 190 ff.) hat es festgestellt, dass eine überwachte Aktion oder Gruppierung umso beobachtungsbedürftiger sein muss, je schwerer der Eingriff wiegt. Der Gesetzgeber müsse die Maßgaben zur jeweils erforderlichen Beobachtungsbedürftigkeit hinreichend bestimmen und normenklar regeln. Das bedeute zwar nicht, dass der Gesetzgeber im Gesetz selbst namentlich festlegen müsse, welche Bestrebungen in welchem Maße beobachtungsbedürftig sind. Erforderlich sei aber eine abstrakte beschreibende Bezeichnung des dem Eingriffsgewicht jeweils angemessenen Maßstabes der Beobachtungsbedürftigkeit, für das zudem hinreichend bestimmte Kriterien vorgegeben sein müssen (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 202).

Zu Absatz 1

Vorbehaltlich weiterer Tatbestandsmerkmale ist Voraussetzung für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach Satz 1 das Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten, die den Verdacht einer Bestrebung oder Tätigkeit begründen. Der Begriff der tatsächlichen Anhaltspunkte ist im Nachrichtendienstrecht etabliert und bezieht sich auf die tatsächliche Erkenntnisgrundlage, die gegeben sein muss, um ein Tätigwerden zu rechtfertigen. Ob ein Gesichtspunkt einen tatsächlichen Anhaltspunkt darstellt, ist in vollem Umfang gerichtlich überprüfbar (Löffelmann/Zöller, Nachrichtendienstrecht, 2. Auflage 2024, B 24). Die Vorschrift greift außerdem die Forderung des Bundesverfassungsgerichts auf, dass jede Überwachungsmaßnahme im Einzelfall geboten, d.h. erforderlich sein muss (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 206).

Zu Nummer 1

Verdeckte Nachforschungen des Militärischen Abschirmdienstes sind die Sammlung und Auswertung von Informationen zu Personen, Objekten oder Sachverhalten, ohne den tatsächlichen Zweck anzugeben. Einen Unterfall der verdeckten Nachforschungen stellen verdeckte Befragungen dar.

Zu Nummer 2

Die Befugnis zum verdeckten Erstellen von Bildaufzeichnungen ermächtigt zum Eingriff in das Individualrecht am eigenen Bild. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um Einzelbildaufnahmen oder Videos handelt.

Zu Nummer 3

Informanten sind Personen, die nicht in einem arbeitsvertraglichen oder öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Militärischen Abschirmdienst stehen und die in Einzelfällen oder gelegentlich wegen ihrer Kontakte zu einem Beobachtungsfeld Hinweise geben. Sie stellen für den Militärischen Abschirmdienst eine Art der menschlichen Quelle dar.

Zu Nummer 4

Gewährspersonen sind Personen, die nicht in einem arbeitsvertraglichen oder öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Militärischen Abschirmdienst stehen und die dem Militärischen Abschirmdienst logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauensperson oder Informant zu sein. Sie stellen für den Militärischen Abschirmdienst eine Art der menschlichen Quelle dar.

Zu Nummer 5

Bei der Beobachtung des Funkverkehrs handelt es sich um die Erfassung und Auswertung elektromagnetischer Strahlungen. Ziel ist es hierbei, den Betrieb von Funkanlagen zu erfassen und die erfassten Abstrahlungen nach Ziel, Zweck, Häufigkeit, Nutzung und Adressat auszuwerten. Dies ermöglicht nicht nur eine Bewertung von fraglichen Tätigkeiten, sondern auch eine Prognose technischer Entwicklungen auf dem Sektor nachrichtendienstlicher Funkkommunikation. Die Befugnis dient z.B. der Aufklärung von heimlichen Informationsausleitungen aus Dienstbereichen der Bundeswehr, die unbefugt über eine eigens eingebrachte Funkverbindung an eine Empfängereinheit in der Nähe oder über das örtliche WLAN oder eine Mobilfunknetzanbindung an einen Empfänger ausgesendet werden. Ziel ist z.B. hierbei die Feststellung der unbefugten Ausleitung, der Umstände, die Auspeilung des absendenden Gerätes und die Erforschung der näheren Umstände, einschließlich der Ermittlung der Empfängergeräte (einschließlich einem unbefugten Einsatz von fremden IMSI-Catchern) bzw. des Empfängers. Das Fernmeldegeheimnis bleibt dabei gewahrt, da die Inhalte und Verkehrsdaten des Funkverkehrs nach dieser Vorschrift nicht erfasst werden dürfen. Diese Befugnis steht auch dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu und wird gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 des Bundespolizeigesetzes mittels Unterstützung durch die Bundespolizei durchgeführt.

Zu Nummer 6

Die Befugnis zur Verwendung von Legenden stellt die Zulässigkeit des Einsatzes einer Verwaltungs-, Arbeitgeber- und Objektlegende zum Schutz des Militärischen Abschirmdienstes und seiner Bediensteten und zur heimlichen Beschaffung von Informationen klar. Die Nutzung einer Legende ist auch im Rahmen von Kommunikationsbeziehungen im Internet mit Zugangsberechtigung möglich (z.B. Anmeldung in einem Chatprogramm unter Einsatz einer fiktiven Identität). Die Befugnis zur Beschaffung, Erstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen übernimmt die bisherige Regelung des § 4 Absatz 1 Satz 1 des MAD-Gesetzes i.V.m. § 8 Absatz 2 Satz 1 BVerfSchG.

Zu § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 , 8 , 9 , 10 , 11 , 12 , 13 , 14 und 15 wird auf die Begründung zu den §§ 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und 17 verwiesen.

Die in Satz 1 genannten nachrichtendienstlichen Mittel sind die, die der Militärische Abschirmdienst derzeit nutzt. Um den Militärischen Abschirmdienst zukunfts offen zu befähigen, eröffnet Satz 2 die Möglichkeit, weitere nachrichtendienstliche Mittel zu nutzen. Hierbei ist aber zu bedenken, dass der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel mit mindestens erheblichem Eingriffsgewicht einer gesetzlichen Normierung bedürfen. Nicht im Katalog genannte und nicht mindestens erheblich eingreifende nachrichtendienstliche Mittel hat der Militärische Abschirmdienst daher in einer Dienstvorschrift abschließend zu regeln. Im Ergebnis kann die Dienstvorschrift nach Satz 2 somit nur um solche nachrichtendienstlichen Mittel ergänzt werden, die ihrer Typik nach unterhalb des – spezieller gesetzlicher Regelung

bedürftenden – qualifizierten Eingriffsgewichts bleiben. Diese rechtliche Beschränkung wird verfahrensmäßig durch den Bestätigungsvorbehalt des Unabhängigen Kontrollrats in Absatz 7 gesichert, dessen Rechtskontrolle die Prüfung der Klassifizierung als nicht qualifiziert eingreifend unterliegt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 greift die materiellen Kriterien einer erhöhten Beobachtungsbedürftigkeit unter Berücksichtigung des besonderen einzelpersonenbezogenen Schutzauftrages des Militärischen Abschirmdienstes auf. Da das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Verfassungsschutzbehörden der Länder gezielt auch extremistische Personenzusammenschlüsse als Beobachtungsobjekte aufklären, unterscheiden sich die Kriterien dieses Gesetzes sachgerecht und betonen die Besonderheiten des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung. Dabei gilt: eine erhöhte Beobachtungsbedürftigkeit rechtfertigt eine erhöhte Eingriffsintensität.

Zu Nummer 1

Verfassungsrechtlich anerkannte Kriterien für eine erhebliche Beobachtungsbedürftigkeit stellen die Gewaltanwendung oder eine Volksverhetzung dar (BVerfG, Urteil vom 27. Februar 2008 – 1 BvR 370/07, 1 BvR 595/07 –, Rn. 327; Urteil vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13 –, Rn. 580). Auf diesen Kriterien basiert die Nummer 1.

Zu Nummer 2

Die Qualifikation der Nummer 2 beinhaltet ein klares politisches Bekenntnis zur konsequenten Bekämpfung jeder Form von Rassismus, Antisemitismus, Volksverhetzung und anderer die Menschenwürde verletzender Handlungen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Gerade im Kameradenkreis der Soldatinnen und Soldaten wiegen diesbezügliche Handlungen schwer. Der Zusammenhalt der Bundeswehr beruht wesentlich auf Kameradschaft. Sie verpflichtet alle Soldatinnen und Soldaten, die Ehre und die Rechte des Kameraden zu achten und ihm in Not und Gefahr beizustehen. Das schließt gegenseitige Anerkennung, Rücksicht und Achtung fremder Anschauungen ein (vgl. § 12 des Soldatengesetzes). Rassistische, antisemitische, volksverhetzende und andere die Menschenwürde verletzende Handlungen widersprechen diametral dieser Pflicht und können dazu führen, dass die Kameradschaft einer ganzen Einheit leidet, was ein hohes Gefährdungspotential darstellt. Ein solches Handeln rechtfertigt den Einsatz von Befugnissen mit erheblicher Eingriffsintensität. Dies gilt für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung in besonderem Maße, da z.B. die Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit geschworen haben, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen. Ähnliches gilt für Beamtinnen und Beamte (§ 64 des Bundesbeamtengesetzes) und Tarifbeschäftigte (§ 41 Satz 2 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst). Eine Qualifikation liegt jedoch in diesen Fällen nur dann vor, wenn durch Handlungen in schwerwiegender Weise die genannten Ziele verfolgt werden. Mit dieser Eingrenzung wird bereits auf Tatbestandsseite dem Verhältnismäßigkeitsprinzip Geltung verschafft und sichergestellt, dass nicht jede extremistische Betätigung gleich den Einsatz erheblich eingreifender Maßnahmen rechtfertigt.

Zu Nummer 3

Eine Besonderheit für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung greift Nummer 3 auf. Da die Potenzialität hinsichtlich der von der Bestrebung verfolgten Ziele durch die Anwendung von Gewalt indiziert ist (vgl. BVerfG, Urteil vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13 –, Rn. 588), müssen auch entsprechende Spezialkenntnisse und -fähigkeiten der Personen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung berücksichtigt werden, sofern sie in erheblichem Maß über die individuellen soldatischen Grundfähigkeiten hinausgehen. Hierunter sind allgemeine militärische Grundfertigkeiten zu verstehen, die jede Soldatin und jeder Soldat beginnend ab der Grundausbildung zu erwerben und ständig zu beherrschen hat. Einzelne Truppengattungen bzw. Verwendungsreihen

verfügen jedoch über Ausbildungen und Kenntnisse z.B. im waffenlosen Kampf oder im Umgang mit Explosivstoffen. Diese Kenntnisse sind gefahrpotenzierend

Zu Nummer 4

Gleiches gilt nach Nummer 4 für die Angehörigen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung, die eigenständigen, also nicht unmittelbar kontrollierten, Zugang zu Waffen, Munition oder Sprengstoff haben (z.B. Waffenkammerpersonal). Dass ein mögliches Fehl an Waffen, Munition oder Sprengstoff früher oder später (z.B. im Rahmen der Dienstaufsicht oder Inventur) auffallen könnte, schließt die Annahme des eigenständigen Zugangs nicht aus.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt die gegenüber erheblicher Beobachtungsbedürftigkeit nochmals gesteigerte – besonders erhebliche – Beobachtungsbedürftigkeit, die wegen des dahinterstehenden Machtpotenzials generell sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht erfasst (Nummer 1). Die Vorbereitung oder Begehung besonders schwerer Straftaten als modus operandi ist durch Nummer 2 erfasst.

Zu Absatz 4

Absatz 4 regelt die Voraussetzungen für den Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung nach § 11. Für die Wohnraumüberwachung durch Nachrichtendienste gelten dieselben Anforderungen wie für Polizeimaßnahmen. Die Wohnraumüberwachung ist nur zulässig, wenn sie final auf die Abwehr einer dringenden Gefahr für besonders gewichtige Rechtsgüter gerichtet ist. Eine dringende Gefahr im Sinne des Artikels 13 Absatz 4 des Grundgesetzes liegt vor, wenn eine konkrete Sachlage oder ein Verhalten bei ungehinderter Ablauf des objektiv zu erwartenden Geschehens mit hinreichender Wahrscheinlichkeit in allernächster Zukunft einen größeren Schaden verursachen wird. Das Kriterium der Dringlichkeit bezieht sich auf das Ausmaß und die Wahrscheinlichkeit des Schadens (vgl. BVerfG, Beschluss vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17-, Rn. 297 ff.). Soweit in der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Wohnraumüberwachungen durch den Verfassungsschutz an ein Subsidiaritätserfordernis gegenüber geeigneter polizeilicher Hilfe gebunden werden (BVerfG, Beschluss vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17-, Rn. 178 f.), wird dem durch Halbsatz 2 Rechnung getragen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 übernimmt den bisherigen § 5 Nummer 1 des MAD-Gesetzes, wonach besondere Formen der Datenerhebung auch zur Aufklärung von menschlichen Quellen zulässig sind. Somit dürfen nachrichtendienstliche Mittel zur Erforschung der zur Erfüllung der Abwehraufgaben erforderlichen menschlichen Quellen eingesetzt werden. Dies ermöglicht nicht nur die Sammlung von Informationen in Bezug auf die Nachrichtentüchtigkeit und -zuverlässigkeit, sondern dient auch dem Schutz der nachrichtendienstlichen Verbindung.

Zu Absatz 6

Absatz 6 normiert, dass nachrichtendienstliche Mittel auch Unbeteiligte („andere Personen“) erfassen dürfen, wenn dies unvermeidbar ist. Verfassungsrechtlich unbedenklich ist der Einsatz von besonderen Befugnissen, wenn Dritte hierdurch unvermeidbar betroffen werden (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 346).

Zu Absatz 7

Absatz 7 sichert verfahrensmäßig die rechtliche Beschränkung des Absatzes 1 Satz 3 durch einen Bestätigungsvorbehalt des durch das BND-Gesetz etablierten Unabhängigen Kontrollrats, dessen Rechtskontrolle die Prüfung der Klassifizierung als nicht qualifiziert

eingreifend unterliegt. Hierbei verweist der Entwurf lediglich auf den Unabhängigen Kontrollrat, ohne Vorgaben zu machen, durch welchen Spruchkörper die Zustimmung erfolgt. Dies festzulegen, obliegt dem Unabhängigen Kontrollrat selbst.

Zu § 9 (Observation)

Die heimliche, planmäßig angelegte Beobachtung von Personen, Objekten und Ereignissen stellt eine Observation dar. Das Eingriffsgewicht von Observationen kann sehr unterschiedlich sein. Insbesondere wenn Observationen gebündelt mit anderen Maßnahmen stattfinden und dabei unter Nutzung technischer Mittel darauf zielen, möglichst alle Äußerungen und Bewegungen einer Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 zu erfassen und bildlich wie akustisch festzuhalten, können diese tief in die Privatsphäre eindringen und ein besonders schweres Eingriffsgewicht erlangen (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 357 m.w.N.).

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält neben der Definition, was unter einer Observation zu verstehen ist, die Ermächtigung, diese auch unter Einsatz observationsunterstützender technischer Mittel einzusetzen. Die lediglich kurzzeitige Observation von Personen stellt nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 26. April 2022, 1 BvR 1619/17, Rn. 356 ff.) keinen Grundrechtseingriff von solcher Schwere dar, dass diese spezialgesetzlich geregelt werden müsste. Mit Hilfe von technischen Mitteln kann die Effizienz von Observierungen erheblich gesteigert werden, so dass hierdurch in Grundrechte eingegriffen werden kann. Beispiele für solche Mittel sind z.B. Bewegungsmelder oder Restlichtverstärker. Die Ermächtigung zur Nutzung dieser technischen Mittel stellt Absatz 1 dar. Technische Mittel zur Aufzeichnung des gesprochenen Wortes werden von dieser Befugnis nicht erfasst, sondern sind unter den Voraussetzungen des § 10 zulässig. Die Erstellung von Bildaufzeichnungen ist nicht bereits nach § 4 Absatz 1 zulässig, weil ohne Zustimmung der betroffenen Person ein Eingriff in deren Recht am eigenen Bild vorliegt. Bildaufzeichnungen sind nach § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 zulässig. Die kombinierte Anwendung einer kurzfristigen Observation, d.h. einer Observation, die nicht die Fristen von Absatz 2 oder 3 erreicht, mit einem anderen nachrichtendienstlichen Mittel, das nicht nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig ist, führt nicht zu einer strengeren Bewertung des Eingriffsgewichts. Auch wenn grundsätzlich eine zeitgleiche kombinierte Anordnung nachrichtendienstlicher Mittel gemäß § 22 Absatz 4 möglich ist, stellt nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 14. November 2024, 1 BvL 3/22, Rn. 95) erst die längerfristige Observation unter gleichzeitigem Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen oder Bildaufzeichnungen einen schweren Eingriff dar. Die eher geringe bis mittlere Eingriffsintensität einer schlichten Beobachtung im öffentlichen Raum erhöht sich zwar, wenn gleichzeitig eine Bildaufzeichnung angeordnet wird, weil nunmehr die Bewegungen und Verhaltensweisen der überwachten Person auch bildlich dokumentiert und damit weiterreichende Erkenntnisse gewonnen werden können. Gleichwohl ist nicht einmal die Kombination von längerfristiger Observation und Bildaufzeichnung darauf ausgerichtet, möglichst alle Äußerungen und Bewegungen zu erfassen und diese bildlich wie akustisch festzuhalten. Dies beruht zum einen darauf, dass Observationen nur im öffentlichen Raum oder in allgemein zugänglichen Räumen stattfinden und Beobachtungen etwa in Wohnungen einem besonderen Schutz unterliegen. Zum anderen können ohne den begleitenden Einsatz technischer Abhörvorrichtungen von vornherein nur begrenzt Äußerungen Betroffener erfasst werden. Insbesondere die Gefahr der Erhebung kernbereichsrelevanter Daten ist daher letztlich nicht besonders hoch. Zwar können insoweit – sei es abseits in einem Restaurant, sei es zurückgezogen bei einem Spaziergang – auch höchstvertrauliche Situationen erfasst werden. Allerdings dürfte das Eindringen in die Privatsphäre bei der Beobachtung im öffentlichen Raum jedenfalls nicht typisch sein.

Zu Absatz 2

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 356 ff.) greifen längerzeitige Observationen qualifiziert in die Grundrechte der betroffenen Person ein, so dass sie unterschiedlicher flankierender verfahrensrechtlicher Sicherungen bedürfen. Eine spezialgesetzliche Befugnis hierfür hat der Bundesgesetzgeber erstmals im Bereich des Strafverfahrensrechts in § 163f der Strafprozessordnung geschaffen. Hieran orientiert sich Absatz 2 und trägt dabei mit der Erweiterung der Mindestdauer von 72 Stunden oder 7 Tagen innerhalb von 30 Tagen dem Umstand Rechnung, dass die Beobachtungszeiträume im Bereich der Nachrichtendienste generell länger ausfallen als im Bereich der Strafverfolgung. Für das Kriterium der Dauer ist einerseits die Einsatzplanung maßgeblich, andererseits aber auch die tatsächliche Durchführung. Ist eine Dauer eingeplant, die die Maßnahme zu einem erheblich gewichteten Eingriff macht, müssen die Voraussetzungen dafür bereits vorab geprüft werden und von Anfang an vorliegen. Ergibt sich erst während des Einsatzes die Notwendigkeit, den Einsatz länger durchzuführen, dann muss zu diesem Zeitpunkt zunächst geprüft werden, ob die zusätzlichen Voraussetzungen vorliegen. Eine nach § 22 Absatz 1 Satz 1 dann erforderliche gerichtliche Anordnung muss dann ebenfalls vorliegen. Eine Observation ist durchgehend im Sinne des Gesetzes, wenn sie frei von nachvollziehbaren Unterbrechungen stattfindet.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt noch höhere Anforderungen an die Anordnung von Observationen, die durchgehend länger als 7 Tage andauern. Mit dieser Dauer erfolgt eine Überwachung, die unterschiedliche Lebensabläufe an allen Werktagen und dem Wochenende einschließt. Dies führt zu einer weitreichenden Erfassung des Persönlichkeitsbildes und wirkt besonders eingriffsintensiv.

Zu § 10 (Überwachung des gesprochenen Wortes)

Die Überwachung des gesprochenen Wortes greift in das aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht abgeleitete Recht auf informationelle Selbstbestimmung in seiner Ausprägung als Recht am eigenen Wort ein. § 10 unterscheidet danach, ob das gesprochene Wort außerhalb von Wohnungen mitgehört oder aufgezeichnet wird.

Zu Absatz 1

Ist das gesprochene Wort auch ohne technische Hilfsmittel ohne weiteres wahrnehmbar – also öffentlich geäußert – stellt das bloße Mithören (z.B. von Gesprächen am Nachbartisch in einer Gaststätte) noch keinen Eingriff dar (Löffelmann in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, 6. Teil § 3 Rn. 64). Die Regelung ermöglicht das Mithören des außerhalb von Wohnungen gesprochen Wortes auch unter Einsatz technischer Hilfsmittel. Hierbei spielt zum Beispiel der Einsatz von Richtmikrofonen, Lasermikrofonen und versteckten Mikrofonen, die keine Aufzeichnung des gesprochenen Wortes ermöglichen, eine wesentliche Rolle. Ebenso ist das Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes zulässig. Da betroffene Personen bei öffentlichen Äußerungen ohnehin einen weiten Adressatenkreis bezwecken wollen, ist auch das Aufzeichnen insoweit nicht als erheblich eingreifendes Mittel zu bewerten.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt das Aufzeichnen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes. Dies begründet einen stärkeren Eingriff in das Recht am eigenen Wort, da durch die Aufzeichnung das Wort dauerhaft gespeichert und abrufbar wird. Diese Maßnahme, die in ihrer Eingriffsintensität mit einer Telekommunikationsüberwachung vergleichbar ist, ist nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig.

Zu § 11 (Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung)

§ 11 regelt den Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung unter Berücksichtigung der neuesten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (vgl. Beschluss vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17-, Rn. 177 ff.).

Zu Absatz 1

Für den Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung gelten die strengen Voraussetzungen des § 8 Absatz 4.

Zu Absatz 2

Die Wohnraumüberwachung darf sich unmittelbar nicht gegen Dritte richten, sondern nur gegen diejenigen, die für die Gefahr verantwortlich sind. Unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 ist die Überwachung der Wohnung Dritter jedoch ausnahmsweise zulässig (vgl. BVerfG, Beschluss vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17-, Rn. 211).

Zu Absatz 3

In Satz 1 wird die von Verfassungs wegen gebotene restriktive Zweckbindung bei Daten aus einem verdeckten Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung spezialgesetzlich verankert. Eine zweckändernde Weiterverarbeitung von Daten ist im Einklang auch mit der neuesten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22-, Rn. 103 ff.) nur zur Abwehr von dringenden Gefahren nach § 8 Absatz 4 oder zur Verfolgung von Straftaten, auf Grund derer eine entsprechende Maßnahme nach § 100c in Verbindung mit § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung angeordnet werden könnte.

Zu § 12 (Technische Ortung; Aufenthaltsbestimmung)

§ 12 regelt die technische Ortung von Geräten, auch von Mobilfunkendgeräten. Die Maßnahme kann dazu genutzt werden, Kartennummern (IMSI – International Mobile Subscriber Identity) oder Gerätekennummern (IMEI – International Mobile Equipment Identity) zu erfassen oder Geräte – auch zur Erstellung von Bewegungsprofilen – zu orten. Erfasst wird aber auch die sonstige technische Ortung, mit der der Aufenthalt einer Person oder eines Gegenstandes bestimmt werden kann. Anders als eine Observation durch visuelle oder akustische Überwachung sind mit Maßnahmen der technischen Ortung bzw. Aufenthaltsbestimmung nur begrenzte Informationen, eben zum Standort zu gewinnen (nicht zum sonstigen Verhalten oder konkreter sozialer Interaktion), weshalb solche Maßnahmen grundsätzlich weniger eingreifend bleiben. Erfolgt die Überwachung allerdings nicht nur punktuell oder fragmentarisch, sondern durchgehend und über einen Zeitraum, der über die Bewegungsbestimmung weitgehende Einblicke in das Privatleben von hoher Persönlichkeitsrelevanz verschafft, sind auch für die Standortüberwachung qualifizierte Schwellen erforderlich.

Zu Absatz 1

Absatz 1 ermöglicht mit der Nummer 1 den Einsatz von IMSI-/IMEI-Catchern und somit das Auslesen der Karten- und Gerätekennummern eines aktiv geschalteten Mobilfunkgerätes. Der Einsatz von IMSI-/IMEI-Catchern ermöglicht auch die Bestimmung des Aufenthaltes eines Mobilfunkgerätes und somit des Standortes der Person, die dieses in Besitz hat. Die Vorschrift lässt den punktuellen Einsatz zur Bestimmung des Standortes bzw. des Aufenthaltsortes nach Nummer 2 zu. Ebenfalls zugelassen ist die punktuelle Bestimmung zu dem Zweck, eine Observation vorzubereiten und durchzuführen. Gleiches gilt für den Einsatz des sog. „stealth ping-Verfahrens“ (stille SMS), was auch ein technisches Mittel zur Ortung von Mobilfunkendgeräten darstellt und somit zulässig ist. Nummer 2 dient jedoch nicht als Grundlage, wenn punktuelle Maßnahmen über einen längeren Zeitraum hinweg

durchgeführt werden. Denn so kann unter Umständen nach und nach ein Bewegungsprofil oder Bewegungsbilder der Person mit erhöhter Persönlichkeitsrelevanz zusammengestellt werden (BVerfG, Beschluss vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22 –, Rn. 130). Diesen kommt ein erhebliches Eingriffsgewicht zu.

Zu Absatz 2 und Absatz 3

Bei durchgehender Überwachung länger als 7 Tage (Absatz 2 Nummer 1) können aussagekräftige Bewegungsprofile entstehen, die in erheblich eingreifender Weise Persönlichkeitsrelevanz besitzen. Aus durchgehend 30-tägiger Überwachung (Absatz 3 Nummer 1) können darüber hinaus womöglich auch validierte Bewegungsmuster gewonnen werden, die einerseits Schlüsse auf dauerhafte Beziehungen zu bestimmten Orten und mittelbar womöglich auch auf verfestigte Beziehungen zu bestimmten Personen eröffnen können und andererseits selbst atypische, seltenere örtliche Beziehungen mit erfassen und dadurch auch das Potenzial, höchstprivate Informationen zu erschließen. Dies hat jeweils gesteigertes Eingriffsgewicht. Vorausgesetzt ist dabei die über den Zeitraum zusammenhängende Überwachung, die ein geschlossenes Bewegungsprofil ergibt. Dies setzt keine permanentes Standortsignal, aber doch einen engen Zeittakt voraus. Allerdings führt eine Lücke im Bewegungsprofil nicht zu einer minderen Eingriffsqualifizierung, wenn über einen langen Zeitraum wiederholt durchgängige, wenn auch kürzere Überwachung erfolgt (BVerfG, Beschluss vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22 –, Rn. 146). Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 Nummer 2 treffen dazu pauschalierende Vorgaben zu gleichwertiger Persönlichkeitsrelevanz. Absatz 2 Nummer 3 und Absatz 3 Nummer 3 ergänzen dies jeweils um eine allgemeine Auffangregelung, die eine Gesamtbewertung der konkreten Ausgestaltung einbezieht (beispielsweise wiederum verkürzte durchgängige Zeiträume in einer Vielzahl und zeitlichen Streuung, die eine gleichwertige Gesamtabdeckung über längeren Zeitraum ergeben). Abzugrenzen ist dies jedoch von einer bloß fragmentarischen Überwachung, zu der ein nicht laufend mitgeführter Gegenstand (z.B. Laptop) oder ein bestimmtes Verkehrsmittel (z.B. Kfz) genutzt wird (a.a.O. Rn. 166, 168). Wenn es sich hingegen um einen Gegenstand handelt, der – wie beispielsweise in breiten Lebenswelten heute ein Smartphone – typischerweise laufend an der Person geführt wird, und die Standortüberwachung über einen relevanten Zeitraum durchgehend erfolgt, so dass aus den gesammelten Daten objektiv ein persönlichkeitsrelevantes Bewegungsprofil erstellbar ist, ist für die Eingriffsgewichtung unerheblich, ob die Maßnahme auch zu diesem Zweck durchgeführt wird (a.a.O. Rn. 145).

Zu § 13 (Einsatz von Vertrauenspersonen)

§ 13 passt den bislang nach dem bisherigen § 5 Halbsatz 2 des MAD-Gesetzes i.V.m. § 9b BVerfSchG zulässigen Einsatz von Vertrauenspersonen an aktuelle Vorgaben der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an (Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 349 ff.). Vertrauenspersonen stellen für den Militärischen Abschirmdienst eine Art der menschlichen Quelle dar.

Zu Absatz 1

Satz 1 definiert Vertrauenspersonen legal. Erfasst hiervon wird auch in Abkehr von der Begründung zum Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes (Bundestagsdrucksache 18/4654, S. 26) der „Doppelagent“. Als Doppelagenten werden in der Regel Personen bezeichnet, die vormals in den Diensten eines fremden Nachrichtendienstes standen, enttarnt und im Rahmen der Spionageabwehr „umgedreht“ wurden, um fortan gegen ihren früheren Arbeitgeber tätig zu werden. In diesem Sinne ist der Begriff des Doppelagenten deckungsgleich mit dem Begriff des „Counterman“ bzw. mit der Bezeichnung des „zum Zwecke der Spionageabwehr überwobenen Agenten“ (Jan-Hendrik Dietrich in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, 6. Teil, § 2 Rn. 48). Satz 2 regelt die Ausschlussgründe für den Einsatz als Vertrauensperson und nimmt die Regelung des § 9b BVerfSchG textlich auf. Neu hinzugefügt wurde die

Nummer 6, der die Ausschlussgründe um den Einsatz von Berufsgeheimnisträgerinnen, Berufsgeheimnisträgern und mitwirkenden Personen erweitert; diese dürfen nicht in ihrer Eigenschaft als solche zur Beschaffung von Informationen, die dem Zeugnisverweigerungsrecht unterliegen, eingesetzt werden. In Satz 3 werden Ausnahmemöglichkeiten von Satz 2 Nummer 1 und 5 vorgesehen. Die Ausnahmemöglichkeit von Satz 2 Nummer 1 (Gewinnung von menschlichen Quellen ab dem 16. Lebensjahr) dient der Harmonisierung des Nachrichtendienstrechts in Angleichung an die neue Regelung des BND-Gesetzes. Im Bereich rechtsextremistischer Parteien ist teilweise ein beachtlicher Zulauf von Jugendlichen zu beobachten, etwa bei der Partei „Der III. Weg“ mit der Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ auch in eigenen Organisationsstrukturen. In solchen Ausnahmefällen von 16- oder 17-Jährigen ist in besonderer Weise die Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen, was in der Ausnahmeregelung aber auch angelegt und mit dem Leitungsvorbehalt auch besonders gesichert ist.

Zu Absatz 2

Da mit fortlaufendem Einsatz der Vertrauensperson das Vertrauensverhältnis zur Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 enger wird und der Einsatz somit unter dem Ausnutzen dieses Vertrauensverhältnisses erfolgt, ist der längerfristiger Einsatz nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig, soweit sich der Einsatz auch tatsächlich gegen eine bestimmte Person richtet. Die Grenze von 6 Monaten wird in Übereinstimmung mit der entsprechenden Fortdauermaßgabe des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 26. April 2022 (1 BvR 1619/17, Rn. 406) gewählt. Gleiches gilt, wenn durch den Einsatz eine Vertrauensbeziehung begründet werden soll, also bereits bei der Einsatzplanung absehbar und erwartbar ist, dass zwischen der Vertrauens- und der Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 eine Vertrauensbeziehung aufgebaut werden wird. Eine erhöhte Eingriffsintensität liegt vor, da insoweit im staatlichen Auftrag eine neue Vertrauensbeziehung aufgebaut, sprich neu begründet, wird. Diese erhöhte Eingriffsintensität liegt gleichwohl nicht vor, wenn zwischen der Vertrauensperson und der Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 ohnehin bereits eine (nicht im staatlichen Auftrag begründete) Vertrauensbeziehung besteht und auf diese lediglich zugegriffen werden soll. Ein „Begründen“ liegt insoweit nicht vor. Eine Vertrauensbeziehung liegt beispielsweise bei einer engen oder längeren Freundschaft vor. Bei einer besonders persönlichen Vertrauensbeziehung werden von Satz 3 wegen der besonderen grundrechtlichen Bedeutung die zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 gefordert. Anders als bei Satz 2 kommt es hier nicht darauf an, ob die tiefe Vertrauensbeziehung staatlich begründet wurde oder nicht. Entscheidend ist lediglich, ob eine solche vorliegt. Diese Unterscheidung ist aufgrund des besonderen Eingriffsgewichtes geboten.

Zu Absatz 3

Satz 1 trägt den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Rechnung, wonach der Kernbereich privater Lebensgestaltung unter besonderen Voraussetzungen auch schon durch den Einsatz verdeckt Ermittlender (und Vertrauenspersonen) als solchen beeinträchtigt werden kann, ohne dass es noch auf den Inhalt der hierdurch erlangten Informationen ankäme (BVerfG, Beschluss vom 9. Dezember 2022 – 1 BvR 1345/21 –, Rn. 103). Je tiefer die vermeintliche Vertrauensbeziehung zu der verdeckt ermittelnden Person ist, umso größer ist auch die Gefahr, dass ihr gegenüber kernbereichsrelevante Informationen preisgegeben werden (BVerfG, a.a.O., Rn. 106). Deswegen ist es untersagt, gezielt zum Aufbau oder zum Erhalt des notwendigen Vertrauensverhältnisses intime Beziehungen oder vergleichbar engste persönliche Bindungen zu begründen oder fortzuführen, die ansonsten nur Familienangehörige, Partner oder allerengste Freunde haben. Dies würde in aller Regel schon deshalb in den Kernbereich privater Lebensgestaltung der Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 eingreifen, weil staatlich veranlasst privateste Beziehungen auf täuschungsbedingter Grundlage entstünden oder anhielten. Die Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 ließe sich darauf zwar freiwillig ein, würde aber im privatesten Bereich über die Motive oder sogar über die Identität ihres Gegenübers getäuscht. Bereits dieses

irrtumsbefangene Eingehen oder Aufrechterhalten allerengster persönlicher Beziehungen kann tief in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung eingreifen (BVerfG, a.a.O., Rn. 107). Eine intime Beziehung liegt jedoch nicht bereits dann vor, wenn es zu einer (insbesondere einmaligen) körperlichen Intimität kommt, sondern erst dann, wenn eine hinreichende schutzwürdige emotionale und höchstpersönliche Bindung vorliegt. Mit einer intimen Beziehung vergleichbare engste persönliche Bindung liegt regelmäßig bei Ehe- oder Lebenspartnern, Geschwistern und Verwandte in gerade Linie vor, insbesondere dann, wenn sie im selben Haushalt leben. Nicht von dem besonderen Schutz der Norm umfasst sind frühere besondere persönliche oder intime Beziehungen oder vergleichbar engste persönliche Bindungen, soweit diese zerrüttet oder sonst wie geschädigt sind. Dies betrifft insbesondere ehemalige Lebensgefährten oder in Trennung lebende Ehe- oder Lebenspartner. Die konkrete Würdigung kann nur nach Maßgabe der speziellen Umstände des jeweiligen Einzelfalls erfolgen. Satz 2 fordert den Abbruch eines Einsatzes, sofern intime Beziehungen oder vergleichbar engste persönliche Beziehungen entstehen. Satz 3 bezweckt den Schutz des Kernbereichs. Erlangt eine Vertrauensperson im Einsatz Kernbereichsinformationen, darf sie sie nicht an den Militärischen Abschirmdienst weitergeben; darauf hat der Militärische Abschirmdienst hinzuwirken. Auch hier ist allerdings die Vertrauens- und Führungssituation zwischen der Vertrauensperson und der fallführenden Person des Militärischen Abschirmdienstes zu berücksichtigen. Der Einsatz kann für die Vertrauensperson psychisch sehr belastend sein, gerade wenn ihr im Vertrauen ganz besonders persönliche Informationen anvertraut werden. Es ist für die Zusammenarbeitsbeziehung wichtig, dass sich die Vertrauensperson auch über solche Belastungen mitteilen kann und ein solches Gespräch nicht etwa von der Fallführung einseitig beendet wird. Erlangt der Militärische Abschirmdienst etwa in einem solchen Gespräch Kernbereichsinformationen, hat er sie zu löschen. Dies betrifft physisch gespeicherte Daten. Werden Informationen lediglich mündlich übermittelt, ergibt sich daraus ein Weiterverarbeitungsverbot. Der materiellen Pflicht korrespondiert verfahrensmäßig – wie allgemein bei Verwaltungshandeln – eine entsprechende Prüfungspflicht, ob Informationen kernbereichsrelevant sind, ohne dass dies spezieller gesetzlicher Regelung bedürfte.

Zu Absatz 4 und Absatz 5

Absätze 4 und 5 übernehmen die Regelungen aus § 9a Absatz 2 und 3 BVerfSchG zu verdeckten Bediensteten, die bereits nach § 9b Absatz 1 Satz 1 BVerfSchG jeweils in Verbindung mit dem bisherigen § 5 Halbsatz 2 des MAD-Gesetzes ebenso für Vertrauensleute anzuwenden waren.

Zu § 14 (Einsatz von verdeckten Bediensteten)

§ 14 nimmt verfassungsgerichtliche Vorgaben (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 337 ff.) auf und gibt Eingriffsschwellen vor. Da der Einsatz von verdeckten Bediensteten sehr eingriffsintensiv sein kann, fordert das Bundesverfassungsgericht hierfür differenzierte Eingriffsschwellen in Abhängigkeit vom Eingriffsgewicht. Satz 1 ermöglicht dem Militärischen Abschirmdienst den Einsatz von eigenen Bediensteten unter einer ihnen verliehenen und auf Dauer angelegten Legende. Laut Bundesverfassungsgericht gelten für den Einsatz von verdeckten Bediensteten und für Vertrauenspersonen die gleichen verfassungsgerichtlichen Anforderungen (BVerfG, a.a.O., Rn. 352), so dass nach Satz 2 auf entsprechende Regelungen des § 13 verwiesen wird. Mit dem Verweis auf § 13 Absatz 2 Satz 2 wird den Vorgaben aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juli 2024 - 1 BvR 2133/22 –, Rn. 191, Rechnung getragen. Das Gericht nimmt dort ein qualifiziertes Eingriffsgewicht auch unabhängig von einer längeren Einsatzdauer an, wenn der Einsatz auf die Herstellung einer Vertrauensbeziehung angelegt ist.

Zu § 15 (Einsatz virtueller Agenten bei der Aufklärung im Internet)

Mit der zunehmenden Bedeutung von Internetplattformen und sozialen Netzwerken wie Instagram, Facebook, LinkedIn, MySpace oder X für das Kommunikationsverhalten in der

Bevölkerung wächst auch die Relevanz der dort ausgetauschten Informationen für die Tätigkeit der Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden und auch der Nachrichtendienste (vgl. Löffelmann in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, 6. Teil § 5 Rn. 53). Da das Recherchieren auf Webseiten oder in offenen Diskussionsforen oder sozialen Netzwerken auf dem technisch dafür vorgesehen Weg grundsätzlich weder einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung noch in das Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme darstellt, ist die Befugnis, diese Maßnahmen einzusetzen, bereits nach § 4 Absatz 1 zulässig. Eine Nutzerin oder ein Nutzer, die oder der personenbezogene Daten im Internet öffentlich zugänglich macht, kann nicht darauf vertrauen, dass sie nicht von Dritten, namentlich nicht von staatlichen Stellen wahrgenommen und verwendet werden (BVerfG, Urteil vom 27. Februar 2008 – 1 BvR 370/07 –, Rn. 308 ff.; Beschluss vom 21. Juni 2016 – 2 BvR 637/09 –, Rn. 31). Gleiches gilt, wenn hierfür eine Registrierung als Nutzerin oder Nutzer erforderlich ist, selbst wenn dies unter Nutzung einer Legende erfolgt. Da das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hingegen betroffen sein kann, wenn die aus öffentlich zugänglichen Quellen stammenden Daten systematisch erfasst und mit anderen Daten verbunden werden, ist der militärische Abschirmdienst zu dieser Maßnahme bereits nach § 4 Absatz 3 befugt. Nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts werden weitere erhöhte Anforderungen erforderlich, wenn ein schutzwürdiges Vertrauen der betroffenen Person in die Identität und Motivation des Kommunikationspartners ausgenutzt wird, um persönliche Daten zu erheben, die der Militärische Abschirmdienst sonst nicht erhielte (vgl. BVerfG, Urteil vom 27. Februar 2008, – 1 BvR 370/07 –, Rn. 310 m.w.N.). Der Militärische Abschirmdienst nutzt virtuelle Agenten im Rahmen der Beobachtung von Einzelpersonen, um gezielt über Identitäten zu täuschen und baut dabei ein besonderes Vertrauensverhältnis auf, um dieses auszunutzen. Die Rechtsgrundlage hierfür stellt § 15 Absatz 1 dar, ohne dass es auf die für Vertrauenspersonen oder verdeckte Bedienstete geltenden Schwellen ankäme.

Zu Absatz 1

Nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts werden weitere erhöhte Anforderungen erforderlich, wenn ein schutzwürdiges Vertrauen der betroffenen Person in die Identität und Motivation des Kommunikationspartners ausgenutzt wird, um persönliche Daten zu erheben, die der Militärische Abschirmdienst sonst nicht erhielte (vgl. BVerfG, Urteil vom 27. Februar 2008, – 1 BvR 370/07 –, Rn. 310 m.w.N.). Der Militärische Abschirmdienst nutzt virtuelle Agenten im Rahmen der Beobachtung von Einzelpersonen, um gezielt über Identitäten zu täuschen und baut dabei ein Vertrauensverhältnis auf, um dieses auszunutzen. Absatz 1 ermöglicht diesen Einsatz virtueller Agenten zur verdeckten Informationsbeschaffung.

Zu Absatz 2

Ein qualifizierender Eingriff liegt nach Absatz 2 jedoch dann vor, wenn zwischen dem virtuellen Agenten und der betroffenen Person eine gefestigte Vertrauensbeziehung erzeugt wird. Regelbeispiele hierfür stellt Satz 2 auf. So wird zum Beispiel durch einen realweltlichen Kontakt die Legende derart intensiviert, dass ein höheres Eingriffsgewicht vorliegt. Eine durch realweltlichen Kontakt gefestigte Vertrauensbeziehung besitzt das Potenzial einer Entwicklung, die höchstpersönliche Informationen auch abgelöst von der Unbefangenheit der Netzkultur einbezieht. Gleiches gilt für den Fall, dass zum Beispiel Videotelefonie oder Videochats stattfinden, um die Identität und Motivation des virtuellen Agenten zu prüfen und somit die Vertrauensbeziehung zu vertiefen. Diese Maßnahmen sind nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 zulässig. Soweit der qualifizierende Eingriff nach Absatz 2 länger als 6 Monate fortgesetzt wird, ist zudem eine gerichtliche Anordnung des Einsatzes erforderlich.

Zu § 16 (Einsichtnahme in Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik; Asservatenauswertung)

§ 16 schafft erstmals für den Militärischen Abschirmdienst eine Befugnis zur Einsicht in Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik bzw. zur Auswertung von informationstechnischen Speichern. Hintergrund der Regelung ist, dass auch Nachrichtendienste in Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik Einsicht nehmen können müssen, soweit die betroffene Person damit einverstanden ist, bzw. informationstechnische Speicher auslesen und die darauf gespeicherten (personenbezogenen) Daten erheben können müssen. Oftmals müssen im letzten Fall Zugangshindernisse auch mit technischen Mitteln überwunden werden. Ob mit einem solchen Vorgehen ein Eingriff in das Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme einhergeht, ist abhängig vom jeweiligen System, auf das zugegriffen werden soll. Denn der Schutzbereich des Grundrechts auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme ist nur in den Fällen eröffnet, in denen sich der Zugriff auf komplexe Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik bezieht, deren Funktionalität ein Erzeugen neuer Daten erlaubt. Das ist zum Beispiel der Fall bei einem Mobilfunkendgerät, regelmäßig aber nicht bei einem USB-Stick, einer externen Festplatte oder bei einer in einem System der Informations- und Kommunikationstechnik verwendeten Speicherkarte. Das Bundesverfassungsgericht hat Eingriffe in Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik unter anderem deshalb als in hohem Grade eingriffsintensiv angesehen, weil auf diese Weise nicht nur ein Zugriff auf bereits gespeicherte Datenbestände möglich ist, sondern auch ein laufendes Nachverfolgen der weiteren Datenerzeugung (BVerfG, Urteil vom 27. Februar 2008 – 1 BvR 370/07 –, Rn. 200 ff.).

Zu Absatz 1

Absatz 1 ermächtigt zu einer Einsichtnahme in ein System der Informations- und Kommunikationstechnik, deren Funktionalität ein Erzeugen neuer Daten erlaubt (bspw. ein Mobilfunkendgerät). Die Einsichtnahme ist nur im Einvernehmen mit der betroffenen Person zulässig. Nicht umfasst ist indes ein wie auch immer geartetes (automatisiertes) Auslesen oder Spiegeln des betroffenen Gerätes, da andernfalls fortlaufend auch auf laufende Datenerzeugung zugegriffen werden könnte. Ein derartiger Zugriff auf Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik steht dem Militärischen Abschirmdienst bislang nicht zu.

Zu Absatz 2

Der Militärische Abschirmdienst darf nach Absatz 2 informationstechnische Speicher, also Geräte, auf denen die Nachverfolgung weiterer Datenerzeugung von vornherein ausgeschlossen ist, auslesen und darauf gespeicherte (personenbezogene) Daten erheben. Die Vorschrift stellt mithin keine Online-Durchsuchung dar, da sich die Norm nur auf Speicher bezieht, deren Funktionalität ein Erzeugen neuer Daten nicht erlaubt. Die Befugnis bezieht sich nur auf solche Geräte, die sich im Gewahrsam des Militärischen Abschirmdienstes befinden, ohne dass diese in seinem Auftrag beschafft wurden. Eine Sicherstellungs- oder Beschlagnahmefugnis ist damit also nicht verbunden. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Maßnahme um einen schwerwiegenden Eingriff, weil dadurch ein Zugriff auf potentiell sehr umfangreiche und in hohem Maße persönlichkeitsrelevante Daten ermöglicht wird. Im Strafverfahrensrecht und Polizeirecht wird die „Asservatenauswertung“ bislang auf die Befugnisse zur Sicherstellung oder Beschlagnahme gestützt. Dabei handelt es sich jedoch um vorkonstitutionelle Befugnisse, bei deren Schaffung nicht die Besonderheiten digitaler Datenspeicherung berücksichtigt werden konnten. Im Vergleich zu den hohen Hürden für informationstechnische Eingriffe findet die „Asservatenauswertung“, die solchen Eingriffen zumindest nahekommt, in den Befugnissen zur Sicherstellung und Beschlagnahme (anderer Stellen) keine angemessene Grundlage. Solche Befugnisse stehen Nachrichtendiensten nicht zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, eine eigenständige Rechtsgrundlage für das Auswerten informationstechnischer Speicher zu schaffen. Weil es sich bei der „Asservatenauswertung“ um eine sogenannte verletzungsgeneigte Maßnahme im

Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts handelt (vgl. BVerfG, Urteil vom 20. April 2016 – 1 BvR 966/09 –, Rn. 123, 128) und das Auslesen solcher Speicher regelmäßig nicht manuell, sondern unter Zuhilfenahme von Auswertungsprogrammen erfolgt, gelten die allgemeinen Regelungen zum Kernbereichsschutz nach § 28. Satz 3 schreibt vor, dass die ausgelesenen Daten daraufhin überprüft werden müssen, ob ihre weitere Verarbeitung zulässig und für den mit der Maßnahme verfolgten Zweck erforderlich ist. Satz 4 normiert, dass eine der Auslesung der Informationen nachgelagerte Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten, die den höchstprivaten Lebensbereich einer Person betreffen, nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 zulässig ist. Daten, die demnach nicht verarbeitet werden dürfen bzw. dessen Speicherung nicht erforderlich ist, müssen unverzüglich gelöscht werden. Durch diese Regelung soll verhindert werden, dass informationstechnische Speicher ausgelesen werden und der Datenbestand auf Vorrat für einen etwaigen künftigen Verwendungszweck weiter gespeichert wird. Nicht benötigte Daten sind nach § 48 Absatz 2 unverzüglich zu löschen. Die Löschung kann nach § 47 Absatz 2 unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. Insoweit sind die Daten in ihrer Verarbeitung nach § 48 Absatz 3 einzuschränken. Maßnahmen der Eigensicherung nach § 25 Absatz 4 Satz 2 verdrängen § 16 im Wege der Spezialität.

Zu § 17 (Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe fremder Mächte)

Die Regelung schafft neue Befugnisse, die das Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe fremder Mächte ermöglichen. Damit wird auch auf Cyberangriffe reagiert. § 17 ist im Einklang mit dem neuen besonderen Auskunftsverlangen nach § 21 zu sehen.

Zu Absatz 1

Satz 1 ergänzt das Auskunftsverlangen nach § 21 Absatz 1 um die Möglichkeit einer Selbstvornahme. Die Befugnis ist auf die Fälle begrenzt, in denen erforderliche Informationen nicht oder nicht ohne Gefährdung des Erhebungszwecks durch Auskunft des Verpflichteten erlangt werden können. Die Gefährdung des Erhebungszwecks durch die Verpflichtung des Betreibers ist insbesondere dann anzunehmen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Verpflichtete selbst an dem Angriff durch eine fremde Macht mitwirkt oder die Vertraulichkeit nicht gewährleistet ist, also das Risiko besteht, dass der Angreifer davon erfährt, dass sein Angriff im Fokus der Aufklärung ist. Solche Sachverhalte sind die seltene Ausnahme. Eine wirksame Aufklärung muss aber auch für solche Sondersachverhalte das geeignete Aufklärungsmittel erhalten. Satz 2 stellt sicher, dass die Daten nicht fortlaufend erhoben werden., um nicht die Eingriffsintensität einer Online-Durchsuchung zu erreichen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält Vorgaben zur Begrenzung der technischen Eingriffsfolgen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 gewährleistet die unverzügliche Aussonderung und Löschung überschießend angefallener Informationen.

Zu § 18 (Überwachung der Telekommunikation sowie des Brief- und Postverkehrs)

Die Regelung nimmt im Interesse normenklarer Übersichtlichkeit der Gesamtmaterie besonderer Befugnisse einen Hinweis auf das Artikel 10-Gesetz auf, dessen Übernahme in einer Folgeänderung beabsichtigt ist.

Zu Unterabschnitt 3 (Besondere Auskunftsverlangen)

Der Unterabschnitt 3 baut auf den besonderen Auskunftsverlangen der §§ 8a und 8b BVerfSchG auf. Während der bisherige § 4a des MAD-Gesetzes auf § 8a BVerfSchG verweist, spiegelt der bisherige § 4b des MAD-Gesetzes § 8d BVerfSchG. Ergänzt werden die besonderen Auskunftsverlangen um ein neues zur Aufklärung von Cyberangriffen fremder Mächte.

Zu § 19 (Besondere Auskunftsverlangen zu Bestandsdaten)

§ 19 regelt Auskunftsverlangen zur Abfrage von (Bestands-) Daten mit geringer Eingriffsintensität. Grundlage für die Systematik ist die bereits bestehende Rechtslage im bisherigen § 4b des MAD-Gesetzes.

Zu Absatz 1

Zu Nummer 1

Nummer 1 nimmt zur Klarstellung auch die Befugnis des Militärischen Abschirmdienstes auf, nach § 173 des Telekommunikationsgesetzes Bestandsdaten abzurufen.

Zu Nummer 2

Nummer 2 modifiziert die die Schwelle zur Abfrage, da es sich bei der Kontostammdatenauskunft ebenfalls um eine Bestandsdatenabfrage von vergleichbarem Eingriffsgewicht handelt. Die nunmehr in Nummer 2 geregelte Kontostammdatenauskunft passt sich dieser neuen Systematik an und fordert daher als Schwelle das Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten für die Erforderlichkeit der Aufgabenerfüllung. Die Änderung zur Kontostammdatenauskunft dient der wertungskonsistenten Systematisierung. Der Auskunftstatbestand findet sich nunmehr bei den Regelungen zu den Bestandsdatenabfragen, da es sich ebenfalls um eine Bestandsdatenabfrage von vergleichbarem Eingriffsgewicht handelt. Die Änderung vereinfacht zudem die Kontostammdatenauskünfte verfahrensmäßig, indem nunmehr auf die Anlehnung an das Verfahren zur Telekommunikationsüberwachung nach dem Artikel 10-Gesetz verzichtet wird. Die Eingriffsintensität einer bloßen Bestandsdatenabfrage bedingt nicht derart hohe Verfahrensanforderungen. Vergleichbare Anforderungen werden auch im Übrigen bei Kontostammdatenabfragen nach § 93 Absatz 8 der Abgabenordnung oder § 24c Absatz 3 des Gesetzes über das Kreditwesen weder bei Polizei- oder Justiz-, noch sonstigen Verwaltungsbehörden gestellt. Die Änderung stellt auch insoweit Wertungskonsistenz her.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a und Buchstabe b

Die Buchstaben a und b entsprechen bereits der geltenden Rechtslage nach dem bisherigen § 4b Absatz 1 Satz 1 des MAD-Gesetzes. Danach kann der Militärische Abschirmdienst bei Telekommunikationsdiensten und digitalen Diensten Bestandsdaten abrufen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. Klarstellend und aufgrund der neuen Strafbewehrung wird nunmehr jedoch konkret auf § 172 Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes verwiesen.

Zu Buchstabe c

Buchstabe c wird neu eingefügt und ermöglicht dem Militärischen Abschirmdienst, auch bei den nach § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes verpflichteten Stellen Auskünfte zu den dort vorhandenen Daten zu verlangen, die in der Qualität mit den Bestandsdaten bei den zu ersuchenden Stellen nach Buchstaben a und b vergleichbar sind. Die Aufnahme von Buchstabe c optimiert die nachrichtendienstlichen Möglichkeiten im Bereich der

Finanzermittlungen, da der Adressatenkreis durch die Abfragemöglichkeit nach dem Geldwäschegesetz erweitert wird. Die nach § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes verpflichteten Stellen können allesamt Auskunft über die Personen geben, für die sie geschäftsmäßig Leistungen erbringen. Die aufgeführten Datenarten folgen den Leitbildern der in Buchstaben a und b in Bezug genommenen Regelungen im Telekommunikationsgesetz und Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz wie auch § 11 des Geldwäschegesetzes, wobei die Angaben über die Person die vom Unternehmen zur Identifizierung und Kontaktierung seines Kunden gespeicherten Daten umfasst. Der Begriff der Kennung erfasst etwa Konto- oder Depotnummern. Die Pflicht der Stellen nach Buchstaben a und c Auskunft zu erteilen, wird grundrechtsschonend subsidiär ausgestaltet, indem sie nach Satz 2 nur greift, wenn die Informationen nicht bereits über die Nummern 1 und 2 zu erlangen sind.

Zu Absatz 2

Absatz 2 entspricht dem bisherigen § 4b Absatz 2 des MAD-Gesetzes.

Zu Absatz 3

Absatz 3 entspricht grundsätzlich dem bisherigen § 4b Absatz 3 des MAD-Gesetzes.

Zu Absatz 4

Absatz 4 Satz 1 entspricht dem bisherigen § 4b Absatz 1 Satz 2 des MAD-Gesetzes bzw. weitet diese aus, nutzt aufgrund § 2 des Geldwäschegesetzes jedoch nunmehr den Begriff der Stelle. Der Begriff umfasst alle natürlichen und juristischen Personen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 überträgt die bisher nach § 4a des MAD-Gesetzes in Verbindung mit § 8b Absatz 5 und 6 BVerfSchG nur für die dortigen Auskunftsverlangen geltenden Regelungen auf die besonderen Auskunftsverlangen zu Bestandsdaten der nach Satz 1 Nummer 3 Verpflichteten, da eine ähnliche Sachlage vorliegt.

Zu Absatz 6

Absatz 6 übernimmt weitestgehend die Entschädigungspflicht der nach Satz 1 Nummer 3 verpflichteten Stellen nach dem bisherigen § 4b Absatz 6 des MAD-Gesetzes.

Zu § 20 (Besondere Auskunftsverlangen zu sonstigen Daten)

§ 20 regelt die Voraussetzungen für besondere Auskunftsverlangen an nichtöffentliche Stellen. Die Änderung passt die Regelung der Unternehmensauskunftspflichten wertungskonsistent an die neue Systematik der komplementären Klassifizierung von Eingriffsgewicht und Aufklärungsinteresse an. Dem liegt die Gewichtung der Maßnahmen als erheblich eingreifend zugrunde. Dies entspricht einer Klassifizierung des Bundesverfassungsgerichts, das die Erhebung von (Telekommunikations-) Verkehrsdaten als intensiver eingreifend als einfache verdeckte Ermittlungen bewertet, aber gleichstufig mit (langfristigen) Observationen eingeordnet hat (BVerfG, Urteil vom 20. April 2016 – 1 BvR 966/09 –, Rn. 107).

Zu Absatz 1

In Absatz 1 wird im Vergleich zur bestehenden Regelung der Verpflichtetenkreis angepasst.

Zu Nummer 1

In der neu gefassten Nummer 1 wird die Aufklärung der Mobilität von einer Person von der bisherigen Fixierung auf Luftverkehre gelöst. Künftig werden allgemein entgeltliche oder

geschäftsmäßige Anbieter von Leistungen zum Transport von Personen (Personenverkehr) erfasst. Hierzu zählen insbesondere Eisenbahnverkehrsunternehmen im Sinne des § 2 Absatz 3 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes, Unternehmen für den Linienverkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 42a Satz 1 des Personenbeförderungsgesetzes sowie Unternehmen, die entgeltlich oder geschäftsmäßig Mittel für den öffentlichen Personenverkehr bereitstellen wie gewerbliche Anbieter von Mietfahrzeugen für Selbstfahrer im Sinne des § 6 Absatz 1 Nummer 14 des Straßenverkehrsgesetzes und Carsharing-Anbieter im Sinne des § 2 Nummer 2 des Gesetzes zur Bevorrechtigung des Carsharing. Mit der Regelung wird der gestiegenen und perspektivisch weiterwachsenden Bedeutung von Verkehrsträgern alternativ zum Flugverkehr (der weiterhin umfasst ist) Rechnung getragen.

Zu Nummer 2

Nummer 2 regelt die Anfrage an Fahrzeughersteller. Aufgrund der Weiterentwicklung der Fahrzeugtechnik durch den vermehrten Einsatz von Sensortechnik und Künstlicher Intelligenz (KI) kommt es vermehrt zu einer Intensivierung des Datentransfers aus den Fahrzeugen heraus bzw. in diese hinein und damit zu einer Steigerung des Vernetzungsgrads von Fahrzeugen. Diese aktiven Fahrzeugvernetzungen ermöglichen den Herstellern eine Fernabfrage und Fernüberwachung von Standortdaten im Wege des besonderen Auskunftsverlangens und auch dem Militärischen Abschirmdienst eine operativ sichere und dauerhafte Informationserhebung über eine Person, ohne an die Fahrzeuge heranzutreten. Insbesondere kann durch die in Nummer 2 geschaffenen Befugnis der aktuelle Standort sowie die vergangenen Strecken eines Fahrzeugs ermittelt werden. Die Auskunftserteilungspflicht gegenüber dem Militärischen Abschirmdienst eröffnet neben dem Einsatz von GPS-Sendern, der nach § 12 möglich ist, eine weitere Möglichkeit zur Standortüberwachung. Das Erfordernis einer solchen Befugnis basiert darauf, dass der Einsatz von GPS-Sendern bereits aufgrund der Beschaffenheit bestimmter, insbesondere neuer Fahrzeugmodelle teilweise nicht mehr möglich ist. Zudem stößt der Verbau regelmäßig an praktische Grenzen. Er ist häufig auch mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden, wenn das Fahrzeug etwa auf dem Grundstück der betroffenen Person geparkt ist und dieses zum Verbau des GPS-Senders betreten werden muss. Die durch Nummer 2 geschaffene, zusätzliche Option, an die Fahrzeughersteller heranzutreten, ist neben der Auskunftserteilungspflicht von Telekommunikationsdienstleistern (Nummer 5) erforderlich, da diese Befugnis auf die Auskunftserteilung über Verkehrsdaten beschränkt ist. Darüber hinaus verfügen die Provider grundsätzlich nicht über alle notwendigen Daten zur Standortbestimmung. Eine Befugnis, die in und an Fahrzeugen verbauten Audio- und Videodaten über Fernzugriff zu nutzen, wird durch die Regelung nicht geschaffen, da dieser Zugriff auch den Fahrzeugherstellern nicht möglich ist. Ebenso wie beim Einsatz des in § 12 geregelten IMSI- bzw. IMEI-Catchers ist mit der Auskunftserteilungspflicht ein Eingriff in Art 10 des Grundgesetzes nicht verbunden (vgl. BVerfG, Beschluss vom 22. August 2006, – 2 BvR 1345/03 –, Rn. 57 ff.).

Zu Nummer 3

Nach Nummer 3 werden die Auskunftspflichtigen mit den nach Geldwäschegesetz Meldepflichtigen synchronisiert. Damit werden zugleich systematische Widersprüche bei der Finanzaufklärung im Vergleich zur bestehenden Rechtslage beseitigt, die aus einer unzureichenden Abstimmung zwischen den Vorgaben für eine Finanzaufklärung einerseits und den Vorgaben des Geldwäschegesetzes andererseits resultieren. So waren nach dem bisherigen Recht auch Unternehmen, die von sich aus nach § 43 Absatz 1 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes sogar verdachtsmeldepflichtig sind, dann auf Nachfrage nicht auskunftspflichtig.

Zu Nummer 4

Mit Nummer 4 wird eine neue Regelung, die der Proliferationsaufklärung dient, ergänzt. Die frühere Regelung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, die auch für den Militärischen Abschirmdienst galt, war in der Annahme aufgehoben worden, dass Postdienstleistungen

angesichts elektronischer Informationsübertragung nicht mehr praxisbedeutsam seien. Diese Erwägung trifft jedenfalls nicht für die Logistikbranche mit Paketdiensten zu.

Zu Nummer 5 und Nummer 6

Die Nummern 5 und 6 übernehmen § 8a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und 5 BVerfSchG, der über den bisherigen § 4a des MAD-Gesetzes Anwendung findet.

Satz 2 setzt in Bezug auf Satz 1 Nummer 2 die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22) in Bezug auf punktuelle Maßnahmen. Danach wird das Eingriffsgewicht einer Standortüberwachung nicht unerheblich erhöht, wenn punktuelle Maßnahmen über einen längeren Zeitraum hinweg durchgeführt werden. Denn so kann unter Umständen nach und nach doch ein Bewegungsprofil oder Bewegungsbild der Person mit erhöhter Persönlichkeitsrelevanz zusammengestellt werden (Rn. 130). In Umsetzung dieser Rechtsprechung werden entsprechende Maßnahmen dem Eingriffsgewicht einer Bewegungsbestimmung nach § 12 Absatz 3 gleichgesetzt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 orientiert sich an § 8a Absatz 4 BVerfSchG.

Zu Absatz 3

Absatz 3 übernimmt § 8b Absatz 5 und 6 BVerfSchG.

Zu § 21 (Besondere Auskunftsverlangen bei informationstechnischen Angriffen fremder Mächte)

Mit der Vorschrift soll insbesondere die Aufklärung von komplexen Angriffen (sog. APT, Advanced Persistent Threats) ermöglicht werden, bei denen einzelne informationstechnische Systeme gezielt als Teil einer komplexeren Angriffsinfrastruktur eingesetzt werden. Die neue Befugnis zur Auskunftspflicht ermöglicht dem Militärischen Abschirmdienst eine wirksamere Wahrnehmung seiner Aufgabe nach § 2 Absatz 1 Nummer 2 im Cyberraum. Die Aufgabenwahrnehmung anderer Sicherheitsbehörden bleibt hiervon unberührt. Dies gilt gleichermaßen für die nachrichtendienstliche Aufklärung von Bedrohungen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst wie auch polizeiliche Ermittlungen oder ebenso die Cyberverteidigung der Streitkräfte.

Zu Absatz 1

Angriffe im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 sind solche, die darauf gerichtet sind, die Integrität, Authentizität, Vertraulichkeit oder Verfügbarkeit von Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung zu beeinträchtigen, insbesondere mit Programmen und sonstigen informationstechnischen Routinen und Verfahren, die dem Zweck dienen, unbefugt Daten zu nutzen oder zu löschen oder die dem Zweck dienen, unbefugt auf sonstige informationstechnische Abläufe einzuwirken (Schadprogramme i.S.d. § 2 Absatz 5 des BSI-Gesetzes). Auskunftspflichten und Befugnisregelungen sind dabei auf die Aufklärung von Angriffen fremder Mächte begrenzt. Ein solcher Angriff rechtfertigt angesichts der enormen Schadenspotenzialität elektronischer Angriffe und des spezifischen Gefährdungspotenzials den Einsatz besonders erheblich eingreifender Maßnahmen. Die dazu nötige, spezielle Auskunftspflicht wird in Absatz 1 normiert und ist beschränkt auf Diensteanbieter, die Telekommunikationsanlagen oder sonstige informationstechnische Systeme Dritten zur Nutzung überlassen. Für einen Angriff werden auch Server genutzt, die in keinem unmittelbaren Bezug zu einer fremden Macht stehen, insbesondere auch Einrichtungen kommerzieller Hostinganbieter. Die vorgesehene Auskunftspflicht soll in diesem Zusammenhang ermöglichen, vorrangig ohne systeminvasive Maßnahmen notwendige Informationen zur weiteren Aufklärung zum Angriff und Angriffszielen zu erlangen. Die Auskunftspflicht ist auf die Übermittlung beim Betreiber

vorhandener und verfügbarer technischer Informationen begrenzt. Eine Pflicht zur Speicherung wird durch die Vorschrift nicht geschaffen. Der Aufklärungsfokus des Militärischen Abschirmdienstes ist dabei auf in Deutschland belegene Server gerichtet, wohingegen eine entsprechende Angriffsinfrastruktur im Ausland originär vom Bundesnachrichtendienst aufgeklärt wird. In Satz 2 werden die Auskunftspflichten mit den Hauptanwendungsfällen näher konkretisiert.

Zu Nummer 1

Nummer 1 bezieht sich auf Auskünfte zu Verkehrs- und Steuerdaten, die vom Diensteanbieter zur Verkehrsanalyse oder Kapazitätsplanung für die eigene Qualitätssicherung verarbeitet und dokumentiert werden. „Verkehrsfluss“ ist der Fachbegriff der Betreiberpraxis für solche Datenbasis betrieblicher Qualitätssicherung. Er wird betreiberseitig mit Standardprodukten, verbreitet beispielsweise im sog. Netflow-Format (proprietärer Standard der Firma Cisco), erhoben. Die gespeicherten Informationen sind abhängig vom jeweiligen Speicherformat und enthalten im Fall von Netflow typischerweise unter anderem Quell- und Ziel-IP-Adressen, Zeitstempel und den jeweiligen Protokolltyp. Damit werden auch die im Verkehrsfluss anfallenden Verbindungen von Servern des Hosters zu dem Steuerungsserver eines Angreifers protokolliert. Anhand von technischen Parametern, die nicht gleichermaßen über ein besonderes Auskunftsverlangen zu sonstigen Daten nach § 20 Absatz 1 zu erheben sind, kann geprüft werden, ob es sich bei diesen weiteren Verbindungen ebenfalls um Kommunikationen des Akteurs handelt. So können Infrastrukturnetze von Cyberspionagegruppen aufgeklärt und bisher nicht sichtbare Angriffe gegen Telekommunikations- oder Datenverarbeitungssysteme des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung detektiert werden. Die Speicherung von Verkehrsflussdaten bei Providern variiert deutlich, da es keine verpflichtenden Vorgaben gibt. Auch diese gesetzliche Regelung soll ausschließlich auf der betrieblichen Praxis aufsetzen und enthält keinerlei Verpflichtung zu besonderen Vorsorgemaßnahmen speziell für solche Abfragen. Beispielsweise wird in bekannten Implementierungen auf eine vollständige Abdeckung des Verkehrs verzichtet und der Verkehrsfluss mit vorabdefinierten Raten gespeichert. (z.B. 1 von 5.000 Verbindungen). Mangels verpflichtender Vorgaben ist auch die Speicherdauer variabel und abhängig vom Bedarf des Betreibers. Regelmäßig wird die betriebliche Speicherung lediglich für einen Zeitraum von wenigen Tagen erfolgen. Die Auskünfte nach Nummer 1 beziehen sich allein auf diese aus betrieblichen Gründen beim Unternehmen vorhandene Dokumentation des Verkehrsflusses. Parameter zur Bestimmung des relevanten Verkehrsflusses kann beispielsweise eine bestimmte IP-Adresse sein, für die tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, dass die fremde Macht sie für ihren Angriff nutzt (maliziöse Kennung). Die Auskunftspflicht dient zunächst auch der Klärung des genutzten Providers, wenn - etwa aus der Zusammenarbeit mit anderen Nachrichtendiensten - IP-Adressen bekannt werden, für die tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass diese zu Angriffskampagnen auch gegen Ziele des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung genutzt werden, ohne dass zunächst bekannt ist, welche IT-Infrastruktur dafür genutzt wird.

Zu Nummer 2

Nummer 2 bezieht sich auf sonstige technische Informationen, die für die Aufklärung eines Angriffs fremder Mächte erforderlich sind und beim Diensteanbieter vorliegen. Spuren, die technisch mit dem Angriff verbunden sind, sind eingeschlossen, beispielsweise genutzte Prozesse und Verweisungen auf Speicherorte für erbeutete Informationen. Darüberhinausgehende Inhalte der Kommunikation werden nicht erfasst. Der Militärische Abschirmdienst kann den Provider bei der Erfüllung der Auskunftspflicht etwa durch die Bereitstellung notwendiger Hardware unterstützen.

In Fällen, in denen eine Übermittlung von einzelnen Informationen nach Nummer 2 technisch nicht möglich oder zumutbar ist, ist ausnahmsweise nach Satz 3 die Herausgabe von Kopien einzelner Teile eines Informationstechnischen Systems geboten. Satz 4 verdeutlicht, dass der Verpflichtete Malware oder mit dem Angriff informationstechnisch erbeutete

Daten erst löschen darf, wenn er zuvor eine Sicherungskopie hiervon erstellt hat und diese an den Militärischen Abschirmdienst herausgegeben hat. Durch die Kopie wird die Reversibilität gewährleistet ebenso wie die weitere Aufklärung des Angriffs.

Zu Absatz 2

Absatz 2 gewährleistet die Prüfung und unverzügliche Aussonderung und Löschung überschüssig angefallener Informationen und Daten, die zur Aufgabenerfüllung nicht erforderlich sind. Diese hat der Militärische Abschirmdienst dabei nach § 48 Absatz 2 zu löschen, wobei auch § 47 Absatz 2 zu beachten ist.

Zu Absatz 3

Mit Absatz 3 werden die für allgemeine Unternehmensauskünfte geltenden Vorgaben an die Unternehmen übernommen. Zudem werden die üblichen Entschädigungsansprüche von Unternehmen, die Telekommunikationsdienste und Anbieter digitaler Dienste erbringen übernommen.

Zu Unterabschnitt 4 (Verfahrensregelungen für besondere Befugnisse)

Unterabschnitt 4 führt insbesondere querschnittliche Vorgaben zur Nutzung nachrichtendienstlicher Mittel und Auskunftsverlangen zusammen, trifft zeitliche Maßgaben und regelt Mitteilungspflichten gegenüber der betroffenen Person.

Zu § 22 (Anordnung von besonderen Befugnissen)

Die Regelung macht Vorgaben für die Anordnung von besonderen Befugnissen.

Zu Absatz 1

Absatz 1 legt fest, welche besonderen Befugnisse einer gerichtlichen Anordnung bedürfen. Zuständig hierfür ist gemäß § 45 Absatz 1 Satz 1 das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Militärische Abschirmdienst seinen Sitz hat. Damit übernimmt der Gesetzentwurf die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Durchführung einer Kontrolle durch eine unabhängige Stelle (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 213 ff.). Eine vorbeugende Kontrolle durch die gerichtliche Anordnung ist bedeutsames Element eines effektiven Grundrechtsschutzes und gewährleistet, dass die Entscheidung über eine heimliche Maßnahme auf die Interessen der Betroffenen hinreichend Rücksicht nimmt, wenn diese selbst ihre Interessen aufgrund der Heimlichkeit der Maßnahme im Vorwege nicht wahrnehmen können. Nach dem Bundesverfassungsgericht ergibt sich je nach Eingriffsintensität einer Maßnahme die Notwendigkeit, die Maßnahme vor ihrer Durchführung einer Kontrolle durch eine unabhängige Stelle zu unterziehen. Dies gilt für eingriffsintensive Maßnahmen, bei denen damit zu rechnen ist, dass sie auch höchstpersönliche Informationen erfassen. Die Dauer einer Maßnahme ist – wie bereits bei der materiellen Gewichtung – auch für das zusätzliche Erfordernis der Verfahrenssicherung durch Vorabkontrolle bedeutsam (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 220). Der Gesetzentwurf nimmt diese verfassungsgerichtlich notwendigen Schwellen auf.

Nach Nummer 1 werden sämtliche besonderen Befugnisse erfasst, die allein aufgrund ihrer mindestens besonders erheblichen Eingriffsintensität einer gerichtlichen Anordnung bedürfen, ohne dass es hierbei auf das Erfordernis ankommt, dass bei diesen damit zu rechnen ist, dass die Maßnahmen auch höchstprivaten Informationen erfassen. Diese grundsätzliche Stufenanknüpfung legt auch die Verfassungsrechtsprechung nahe (vgl. BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 361).

Abgelöst von der Schwelle der Eingriffsgewichtung besitzen bestimmte Einsatzmittel unter Umständen bereits maßnahmetypisch die Potenzialität des Zugangs auch zu Höchstprivatem. Hier kommt es dann nicht erst auf ein gesteigertes Eingriffsgewicht an. Dies betrifft

den länger andauernden Einsatz von Vertrauenspersonen, verdeckten Bediensteten sowie virtuellen Agenten auf Basis vertieften Vertrauens, für die deshalb das Erfordernis der unabhängigen Kontrolle auch bei nur erheblich eingreifenden Maßnahmen nach den Nummern 2 bis 4 gilt.

Nummer 5 ordnet an, dass das Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe nach § 17 Absatz 1 aufgrund des besonders erheblichen Eingriffsgewicht ebenfalls der gerichtlichen Vorabkontrolle unterliegt. Angesichts der Dringlichkeit der grundlegenden Novellierung des MAD-Gesetzes konnte zunächst nur eine grobe Prüfung zu den angemessenen Verfahrensfolgen der neuen Regelungen zur Informationsgewinnung bei informationstechnischen Angriffen fremder Mächte erfolgen. Die Befugnisse in § 21 haben deutlich unterschiedliches Eingriffsgewicht danach, ob sie sich auf Informationen zum Netflow beschränken, die der Hostprovider zur betrieblichen Qualitätssicherung begrenzt erfasst, oder ein partielles Abbild des Servers (der vom Angreifer genutzten virtuellen Maschine) zu übermitteln ist, was eine deutlich umfänglichere Informationsmenge erschließt. Die Auskunft zu betrieblichen Daten des Hostproviders (Netflow), die auch nicht dem Telekommunikationsgeheimnis unterliegen, hat kein Gewicht, das offenkundig zwingend die gerichtliche Anordnung gebietet. Ob sie auch insofern angemessen ist, bedarf noch vertiefter Prüfung im Rahmen der Gesamtreform des Nachrichtendienstrechts. Insofern trifft das MAD-Gesetz hierzu zunächst eine vorläufige Pauschalregelung vorbehaltlich der noch nötigen Betrachtung etwaiger Differenzierung. Dies gilt neben dem besonderen Auskunftsverlangen bei informationstechnischen Angriffen nach § 21 Absatz 1 somit auch für das Auslesen der technischen Spuren informationstechnischer Angriffe fremder Mächte nach § 17 Absatz 1.

Nummer 6 postuliert, dass auch Maßnahmen die in das nach Artikel 10 des Grundgesetzes geschützte Fernmeldegeheimnis eingreifen, einer gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Dabei wird zunächst das neue Auskunftsverlangen nach § 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 normiert, das diejenigen verpflichtet, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen. Die Erwähnung des § 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 übernimmt grundsätzlich § 8a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 in Verbindung mit § 8b Absatz 1 Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auf den der bisherige § 4a des MAD-Gesetzes verweist. Anstelle der Unterrichtung der G 10-Kommission vor der Maßnahme, erfolgt in beiden Fällen eine gerichtliche Anordnung.

Der Entwurf ordnet unter Nummer 7 unter Beachtung der Begründung zu Nummer 5 zunächst auch eine gerichtliche Anordnung besonderer Auskunftsverlangen bei informationstechnischen Angriffen fremder Mächte nach § 21 Absatz 1 an.

Da Berufsgeheimnisse grundsätzlich dem Schutz höchstprivater Informationen dienen, legt Nummer 8 fest, dass Maßnahmen unter Eingriff in nach § 29 Absatz 2 geschützte Berufsgeheimnisse einer gerichtlichen Anordnung bedürfen.

Satz 2 macht Vorgaben zur Beantragung der gerichtlichen Anordnung und wird mit der Vorgabe, dass die gerichtliche Anordnung auf Antrag der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes oder einer von ihr bestimmten Vertretung ergeht, der besonderen Bedeutung des Eingriffsgewichts dieser Maßnahmen gerecht. Durch Satz 3 soll sichergestellt werden, dass sich das Gericht anhand des Antrags und der mitgeteilten Informationen eigenverantwortlich ein Urteil darüber bilden kann, ob die beantragte Maßnahme den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht (vgl. BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 215). Satz 4 trägt den besonderen Gefahren, die verdeckt ermittelnden Personen im Fall ihrer Enttarnung insbesondere für Leib und Leben drohen könnten, und der deshalb aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes folgenden staatlichen Schutzpflicht Rechnung. Insofern hat das Bundesverfassungsgericht es für geboten erachtet, die unabhängige Vorabkontrolle in einer Weise auszugestalten, dass die Grundrechte der menschlichen Quellen geschützt werden (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 355). Demgemäß unterliegen im Regelfall Angaben zur Identität von verdeckt ermittelnden Personen, insbesondere bei Maßnahmen nach §§ 13 bis 15, der Geheimhaltung. Praxisnah kann hier

mit Pseudonymisierungen gearbeitet werden. Der besondere Quellenschutz gilt auch dann, wenn sich eine Maßnahme gegen eine Quelle richtet.

Zu Absatz 2

Absatz 2 normiert eine Eilanordnung, die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verfassungsrechtlich zulässig ist (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022, 1 BvR 1619/17 –, Rn. 282, 361). Demnach kann die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes die Anordnung treffen. Eine gerichtliche Bestätigung ist unverzüglich nachzuholen. Lehnt das Gericht den Antrag ab oder bestätigt ihn nicht innerhalb von 3 Werktagen, tritt die Anordnung außer Kraft. Die aufgrund dieser Eilordnung erhobenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben verwendet werden. In allen anderen Fällen sind sie unverzüglich zu löschen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 folgt dem in Verwaltung und Justiz üblichen und adäquaten Modell, dass Entscheidungen zur operativen Aufgabenwahrnehmung durch die zuständige Behörde getroffen werden, nicht durch deren ministerielle Aufsicht.

Zu Absatz 4

Absatz 4 stellt klar, dass besondere Befugnisse, d.h. nachrichtendienstliche Mittel und Auskunftsverlangen untereinander kombiniert angeordnet werden können, ohne dass es jeweils einer einzelnen Anordnung bedarf.

Zu Absatz 5

Absatz 5 gibt Mindestvorgaben für den Inhalt der Anordnung vor und ermöglicht durch die Dokumentation auch eine nachgelagerte gerichtliche Einzelfallkontrolle im Rahmen des individuellen Rechtsschutzes. Der Aufklärungsgegenstand kann auch durch räumlich und zeitlich eingegrenzte Ereignisse bezeichnet werden. Für den Einsatz von Vertrauenspersonen, verdeckten Bediensteten und virtuellen Agenten ist das Aufklärungsfeld anzugeben, dessen Erforschung der Einsatz dient. Bei Maßnahmen nach § 11 sind auch die zu überwachende Wohnung und die darin zu überwachenden Wohnräume aufzuführen.

Zu Absatz 6

Absatz 6 trifft Regelungen zur Befristung für die Freigabe des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel. Die Dauer der Einsatzfreigabe korrespondiert dabei mit dem Eingriffsgewicht, wobei nach Satz 1 Nummer 1 eine spezielle Regelung für die Freigabe des Einsatzes von Vertrauenspersonen, verdeckten Bediensteten und virtuellen Agenten, vorgesehen ist. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass solche Einsätze (mit hohem Vorbereitungsinvestment) generell längerfristig angelegt sind. Satz 2 ermöglicht auch mehrere Verlängerungen, sofern die Voraussetzungen der Anordnung weiter vorliegen. Die Anordnung stellt die Erlaubnis dar, eine Maßnahme grundsätzlich einzusetzen (Einsatzfreigabe). Dies bedeutet nicht, dass über die gesamte Anordnungsdauer solche Maßnahmen durchgehend eingesetzt werden. Es ist vielmehr jeweils situativ zu bewerten, ob eine Maßnahme wertige Erkenntnisse erwarten lässt. Diese Bewertung kann sachgerecht in den aufklärenden Organisationseinheiten erfolgen. Auch während der Anordnungsdauer ist fortlaufend – ohne spezielle Periodik – zu prüfen, ob die Maßnahme einzustellen ist.

Zu Absatz 7

Satz 1 trifft Regelungen zur Befristung von Auskunftsverlangen über künftig anfallende Daten. Anwendung findet diese Vorgabe auf besondere Auskunftsverlangen zu sonstigen Daten nach § 20 Absatz 1, da ausschließlich dort Auskunft über künftig anfallende Daten sinnvoll verlangt werden kann. Auskünfte zu Bestandsdaten nach § 19 Absatz 1 beziehen sich

auf aktuelle und vergangene Daten. Gleiches gilt für Auskünfte bei informationstechnischen Angriffen fremder Mächte nach § 21 Absatz 1. Satz 2 ermöglicht auch hier mehrere Verlängerungen, sofern die Voraussetzungen der Anordnung weiter vorliegen. Auch im Rahmen von Auskunftsverlangen ist fortlaufend zu prüfen, ob die Maßnahme einzustellen ist.

Zu § 23 (Mitteilungspflichten)

§ 23 regelt Mitteilungspflichten. Die grundsätzlich gebotene Mitteilungspflicht wird hierbei beschränkt. Die Beschränkung ist notwendig, da Nachrichtendienste Daten grundsätzlich geheim sammeln. Der Grundsatz der Offenheit der Datenerhebung gilt für sie nicht und sie sind von Transparenz- und Berichtspflichten gegenüber betroffenen Personen weithin freigestellt. Diese materiespezifischen Besonderheiten sind in der Verfassungsrechtsprechung anerkannt (BVerfG, Urteil vom 24. April 2013, 1 BvE 1215/07-; Rn. 117; Urteil vom 26. April 2022, 1 BvR 1619/17 –, Rn. 240, 290). Diesen Besonderheiten tragen besondere Kontrollstrukturen Rechnung. Neben der besonderen politischen Kontrolle nach Artikel 45d des Grundgesetzes durch das Parlamentarische Kontrollgremium ist auch eine besondere unabhängige Kontrolle eingerichtet, die verbindlich über die Zulässigkeit qualifizierter Eingriffe entscheidet. Der nachrichtendiensttypischen Aufgabenwahrnehmung ohne Kenntnis betroffener Personen korrespondiert auch eine besonders intensive Wahrnehmung der betreffenden Kontrollaufgaben, einschließlich Strukturkontrollen durch den Ständigen Bevollmächtigten des Parlamentarischen Kontrollgremiums und der unabhängigen Datenschutzaufsicht, die gewährleisten, dass Durchführungspraktiken und zugrunde liegendes Rechtsverständnis sich nicht abgeschlossen innerbehördlich etablieren, sondern sich im Diskurs mit externer Kontrolle entwickeln. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner jüngeren Rechtsprechung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auf der Hand liegt, dass Benachrichtigungspflichten Erfordernisse des Quellen- und Methodenschutzes entgegenstehen können (Beschluss vom 17. Juli 2024 - 1 BvR 2133/22 -, Rn. 73). Bereits vorausgegangen (Beschluss vom 16. Dezember 2020, 2 BvE 4/18 -, Rn. 112) hatte es ausgeführt, dass bei menschlichen Quellen bereits der subjektive Eindruck, die Vertraulichkeit sei nicht gesichert, ausreichen kann, Quellen von einer weiteren Zusammenarbeit abzuhalten und die Gewinnung neuer Quellen zu erschweren, was wiederum die Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste gefährden kann, die auf den langfristigen Einsatz von Vertrauenspersonen im betreffenden Milieu angewiesen sind. Im Ergebnis der zu berücksichtigenden Erwägungen werden die Mitteilungspflichten im Entwurf einerseits deutlich erweitert, andererseits bleiben aufgabeninhärente Besonderheiten gewahrt. Im Ergebnis werden die Mitteilungsfälle grundsätzlich mit den Eingriffssachverhalten synchronisiert, die ihrer Bedeutung nach eine unabhängige Anordnungskontrolle erfordern, dabei aber der Einsatz menschlicher Quellen von der Mitteilung ausgenommen. Adressat der Mitteilung ist die Person, gegen die sich die Maßnahme gerichtet hat - Mitteilungen werden nicht verbreitert gestreut. Die Mitteilungspflicht begründet keine Befugnis zu eingriffsvertiefenden Maßnahmen. Liegt eine zustellungsfähige Anschrift nicht vor, dürfen dazu keine eigenen Ermittlungen erfolgen, so dass hier im Ergebnis eine Mitteilung unmöglich ist. Eine bloße Melderegisterabfrage nach § 34 des Bundesmeldegesetzes hat allerdings keinen hinzutretenden Eingriffsgehalt, auch wenn dabei personenbezogene Daten verarbeitet werden, aber eben begrenzt auf die direkte Erhebung der Meldeanschrift. Anders ist der Sachverhalt etwa bei einer unbekannt ins Ausland verzogenen Person.

Zu Absatz 1

In Satz 1 ist zunächst die allgemeine Mitteilungspflicht für die genannten besonderen Auskunftsverlangen (Nummer 1) sowie für solche Maßnahmen geregelt, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 3 zulässig sind (Nummer 3). Dass der Einsatz von Maßnahmen, die nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 2 zulässig sind, noch keine Mitteilungspflicht begründet, ist durch die hiervon ausgehende Beeinträchtigung des Methodenschutzes gerechtfertigt. Diese Beeinträchtigung erfolgt dabei in zweierlei Hinsicht: Einerseits geht bereits von einer einzelnen Mitteilung eine (regelmäßig begrenzte) Beeinträchtigung des Methodenschutzes einher, die in

Abwägung zu den Rechten der jeweiligen Betroffenen gesetzt werden muss. Andererseits, weitergehend und entscheidend würde aber eine Mitteilungspflicht schon beim Einsatz besonderer Befugnisse nur der ersten Qualifikationsstufe dazu führen, dass eine Mitteilung zu einer Vielzahl von Maßnahmen des Militärischen Abschirmdienstes erfolgen würde, welche in ihrer Gesamtschau ganz beträchtliche Erkenntnisse über die Arbeitsweise, Methoden und Fähigkeiten ermöglichen würde. Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, dass diese Erkenntnisse auch durch ausländische Nachrichtendienste gezielt erhoben werden könnten, um die operativen Fähigkeiten des Militärischen Abschirmdienstes auszuspähen und einzuschränken. Letzteres wiederum hätte indirekt auch eine Bedrohung der Bediensteten des Militärischen Abschirmdienstes zur Folge. Beim Auslesen technischer Spuren informationstechnischer Angriffe fremder Mächte nach § 17 Absatz 1 Satz 1, und bei Auskunftsverlangen nach § 21 Absatz 1 Satz 3 ist eine Mitteilungspflicht nur dann vorgesehen, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass ein Angriff einer fremden Macht nicht vorlag. Betroffene Person einer entsprechenden Maßnahme und damit Mitteilungsadressat ist diejenige Person, der seitens des Anbieters, welcher informationstechnische Systeme geschäftsmäßig Dritten zur Nutzung überlässt, die Nutzung überlassen hat. Angesichts des Auskunftsvorlaufs, sollte sich der Mitteilungsadressat regelmäßig durch das Unternehmen aufwands- und eingriffsgering klären lassen. Sollte das ausnahmsweise nicht der Fall sein, ist die Mitteilungspflicht nicht ausführbar, ohne dass für solchen atypischen Fall eine spezielle gesetzliche Regelung nötig ist. Dies regeln Satz 1 Nummer 1b und Satz 1 Nummer 2. Satz 2 berücksichtigt, dass der Schutz menschlicher Quellen (insbesondere Vertrauenspersonen, verdeckte Bedienstete und virtuelle Agenten) für den Militärischen Abschirmdienst von erheblicher Bedeutung sein kann, so dass Mitteilungspflichten in diesen Fällen ausgeschlossen sind. Der Quellenschutz durch Einhaltung von Vertraulichkeitszusagen dient dabei nicht nur dem Grundrechtsschutz der Person, sondern hat auch für die Arbeitsweise und Funktionsfähigkeit der Nachrichtendienste Bedeutung (vgl. BVerfG, Beschluss vom 16. Dezember 2020, 1 BvE 4/18 –, Rn. 105). Satz 2 fungiert hierbei als gesetzliche Zusage der Vertraulichkeit. Im Rahmen der Mitteilungspflicht ist nach Satz 3 vorgesehen, dass sich die Mitteilungspflicht ausschließlich auf das Aufklärungsziel einer Maßnahme, d.h. die durch die Maßnahme aufgeklärte Person, bezieht und nicht auch auf Dritte, die etwa als Gesprächspartner oder anderweitig zufällig erfasst worden sind. Dies folgt daraus, dass durch den Einsatz besonderer Befugnisse mitunter eine Vielzahl von personenbezogenen Daten von nachrichtendienstlich irrelevanten Personen erhoben werden. So ist etwa im Rahmen einer Observation mit technischen Mitteln nicht zu vermeiden, dass auch unbeteiligte Dritte von der Maßnahme miterfasst werden. Diese Personen haben regelmäßig weder ein gesteigertes Interesse an einer Mitteilung noch wäre eine solche für den Militärischen Abschirmdienst mit verhältnismäßigem Aufwand umsetzbar.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt die Zurückstellung einer eigentlich nach Absatz 1 bestehenden Mitteilungspflicht und orientiert sich an den entsprechenden Regelungen zur Zurückstellung von Mitteilungen des Artikel 10-Gesetzes. Eine Zurückstellung ist demnach zulässig, wenn eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme durch die Mitteilung nicht ausgeschlossen werden kann oder ein Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes durch die Mitteilung absehbar ist.

Zu Absatz 3

In Satz 1 wird statuiert, dass eine Zurückstellung für länger als 12 Monate der gerichtlichen Zustimmung bedarf, wobei das Gericht sodann nach Satz 2 auch die Dauer der weiteren Zurückstellung bestimmt. Satz 3 eröffnet die Möglichkeit eines endgültigen Absehens von der Mitteilung und führt die diesbezüglichen Voraussetzungen auf.

Zu Absatz 4

Die Mitteilungspflicht nach Absatz 1 ist nicht absolut, sondern muss auch mit Sicherheitsinteressen in Ausgleich gebracht werden. Dies regelt Absatz 4. Um den Rechtsschutzinteressen der betroffenen Person gerecht zu werden, bedarf das Absehen von der Mitteilung in den genannten Fällen einer gerichtlichen Zustimmung. Hierbei sind Fälle denkbar, in denen eine Abwägung bereits zum Zeitpunkt der erstmaligen Prüfung der Mitteilung zu dem Ergebnis führt, dass eine Mitteilung dauerhaft zu einer unverhältnismäßigen Beeinträchtigung der geschützten Rechtsgüter, insbesondere der Rechtsgüter nach § 2 Absatz 1 Satz 1 führen würde, mithin die Voraussetzungen einer Zurückstellung nach Absatz dauerhaft vorliegen. Um diesem Umstand zu begegnen, kann der Militärische Abschirmdienst mit Zustimmung des zuständigen Gerichts von einer Mitteilung absehen, ohne dass es einer vorherigen Zurückstellung bedarf. Die Entscheidung ist dabei „perspektivisch“ auszurichten – anders als in den Fällen der Zurückstellung der Mitteilung ist insoweit entscheidend, dass eine bloße Zurückstellung eine bloße bürokratische Förmlichkeit darstellen würde, da bereits zum Zeitpunkt der Begründung der Mitteilungspflicht klar ist, dass die Verhältnismäßigkeitsprüfung auch in der Zukunft zu keinem anderen Ergebnis führen kann, als das eine Mitteilung auszubleiben hat.

Zu Absatz 5

Nach Absatz 5 erfolgt die Mitteilung, sofern die Daten an eine andere Stelle übermittelt wurden, im Benehmen mit der empfangenden Stelle. Dadurch wird etwaigen Geheimhaltungsinteressen der empfangenden Stelle Rechnung getragen. Insbesondere wird verhindert, dass eventuelle parallele oder Anschlussmaßnahmen der empfangenden Stelle auf dem Gebiet ihrer Zuständigkeit durch die Mitteilung vereitelt werden.

Zu Abschnitt 3 (Weitere Befugnisse)

Abschnitt 3 weist dem Militärischen Abschirmdienst weitere Befugnisse zur Durchführung weiterer in § 2 genannten Aufgaben zu.

Zu § 24 (Automatisierter Abruf aus dem Personalwirtschaftssystem)

§ 24 stellt eine gesetzliche Regelung für den automatisierten Abruf aus dem Personalwirtschaftssystem dar.

Zu Absatz 1

Absatz 1 übernimmt den bisherigen § 10 Absatz 2 Satz 2 des MAD-Gesetzes, der einen automatisierten Abruf aus dem Personalwirtschaftssystem ermöglicht, um die Feststellung zu treffen, ob eine Person dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angehört oder in ihm tätig ist.

Zu Absatz 2

Um die Zukunftsfestigkeit des Militärischen Abschirmdienstes sicherzustellen und die Effizienz zu steigern, erweitert Absatz 2 die Möglichkeit des automatisierten Abrufs aus dem Personalwirtschaftssystem, sofern tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die den Verdacht einer Bestrebung oder einer Tätigkeit begründen. Die Personalakte der Geschäftsbereichsangehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung wird in größten Teilen inzwischen digital geführt. Die in der Personalakte erhaltenen Daten werden zudem in das Personalwirtschaftssystem eingepflegt. Anstelle eines nach § 4 Absatz 2 möglichen Ersuchens an die personalführende Stelle ist dem Militärischen Abschirmdienst ein direkter Zugriff auf das Personalwirtschaftssystem möglich. Dies verringert notwendige Fahrten zu den personalführenden Stellen und ist grundrechtsschonender. Durch die Nutzung des automatisierten Abrufs erhält die personalbearbeitende Stelle keine sofortige Kenntnis von der

nachrichtendienstlichen Bearbeitung der oder des Geschäftsbereichsangehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung.

Zu Absatz 3

Absatz 3 entspricht weitestgehend des bisherigen § 10 Absatz 2 Satz 3 und 5 des MAD-Gesetzes und erweitert die Schutzvorkehrung für die Rechte und Freiheiten des Betroffenen auch auf den automatisierten Abruf nach Absatz 2.

Zu § 25 (Besondere Eigensicherungsbefugnisse)

Die Regelung übernimmt grundsätzlich § 26b BVerfSchG, auf den der bisherige § 15 des MAD-Gesetzes verweist, formuliert die Regelung aber systemkonsistent als Befugnisnorm. Die bisher in § 26b Absatz 5 BVerfSchG genannte Mitwirkungspflicht wird nunmehr in eine Duldungspflicht gegenüber den Maßnahmen der Eigensicherung nach Absatz 2 und 4 überführt. Der Entwurf verzichtet auf die bislang nach § 26b Absatz 7 BVerfSchG eingeräumte Möglichkeit die unzulässige Nutzung des Luftraums des Eigensicherungsbereichs durch geeignete technische Mittel gegen unbemannte Fluggeräte, deren Steuerungseinheiten oder Steuerungsverbindungen aufzuklären und abzuwehren. Dies ist dem tatsächlichen Umstand geschuldet, dass Eigensicherungsbereiche des Militärischen Abschirmdienstes sich in militärischen Liegenschaften befinden, die er sich mit anderen Dienststellen teilt. Nach der bisherigen Vorschrift wäre eine Zuständigkeit lediglich für den Luftraum über dem Eigensicherungsbereich gegeben, während die Zuständigkeit für den Luftraum anderer militärischer Liegenschaften sich nach dem Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen richten würde. Dies erscheint nicht opportun. § 26b Absatz 8 BVerfSchG wurde systemkonsistent und normenklarer überführt und an die Systematik des § 8 Absatz 2 und 3 angepasst. Eine Übernahme des Regelungsgehalts des § 8 Absatz 4 ist für den Bereich der Eigensicherung, anders als bei den Befugnissen des Militärischen Abschirmdienstes im Ausland, nicht angezeigt. Absatz 7 modifiziert dabei § 26b Absatz 8 des Bundesverfassungsschutzgesetzes. In Fällen, in denen der Militärische Abschirmdienst von besonderen Befugnissen zur Erfüllung anderer Aufgaben als der originären Aufgabe der Spionage- bzw. Extremismusabwehr (§ 2 Absatz 1) Gebrauch machen möchte, ist § 8 keine taugliche Befugnisnorm, da dieser stets das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht einer Bestrebung oder Tätigkeit i. S. d. § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 voraussetzt. Aus diesem Grund bedarf es, unter anderem für den Bereich der Eigensicherung, für diese „überschießenden“ Fälle einer eigenständigen Regelung. Praktische Anwendungsfälle wären: Nachstellung von Bediensteten des Militärischen Abschirmdienstes ohne unmittelbar erkennbaren Grund, Bedrohung von Bediensteten des Militärischen Abschirmdienstes durch Personen aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität, z. B. wegen negativ beschiedener Sicherheitsüberprüfung, unbefugtes Nach-außen-Gelangen von Verschlussachen oder unbefugte Abfrage von VS-Systemen. Absatz 7 Satz 2 überträgt dabei die zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 2 und 3 auf die besonderen Eigensicherungsbefugnisse. Eine Übernahme des Regelungsgehalts des § 8 Absatz 4 ist für den Bereich der Eigensicherung nicht angezeigt. Einer Übernahme des § 26b Absatz 9 BVerfSchG bedarf es nicht, da der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz grundsätzlich gilt.

Zu § 26 (Verfahren für den Einsatz der Eigensicherungsbefugnisse)

Die Regelung übernimmt grundsätzlich § 26c BVerfSchG, auf den der bisherige § 15 des MAD-Gesetzes verweist. Einer Übernahme des § 26c Absatz 6 BVerfSchG bedarf es dabei nicht, da der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung nach § 28 für sämtliche Befugnisse gilt. Mit Absatz 8 wird angeordnet, dass die Regelungen zur Anordnung besonderer Befugnisse und zu den Mitteilungspflichten im Rahmen der Aufgabenerfüllung des § 2 Absatz 4 Anwendung finden.

Zu § 27 (Weitere Befugnisse im Ausland)

§ 27 konzipiert die Tätigkeit des Militärischen Abschirmdienstes im Ausland neu und passt die Regelung des bisherigen § 14 des MAD-Gesetzes an die veränderte Einsatzrealität an.

Zu Absatz 1

Die Aufgaben und Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes kennen nach dem bisherigen § 1 des MAD-Gesetzes grundsätzlich keine territoriale Begrenzung. Die bisherige Regelung des § 14 des MAD-Gesetzes wurde als Ergänzung zu § 1 des MAD-Gesetzes verstanden und griff nur, wenn die Voraussetzungen für eine Teilnahme des Militärischen Abschirmdienstes an einem Auslandseinsatz der Bundeswehr im Sinne der §§ 62 oder 63a des Soldatengesetzes vorlagen; eine Anwendung der Inlandsbefugnisse im Ausland war bei einer Zuständigkeit nach bisherigen §§ 1, 2 des MAD-Gesetzes und dem Vorliegen einer Erlaubnis seitens des Gaststaates nicht ausgeschlossen, so z. B. bei einsatzgleichen Verpflichtungen der Bundeswehr im NATO-Ausland (Schenke/Graulich/Ruthig/Siems, 2. Auflage 2019, § 14 MADG, Rn. 1). Mit der neuen Formulierung des Absatzes 1 wird dieses Abstimmungserfordernis ausdrücklich gesetzlich geregelt. Es gilt jedoch nur auf dem Hoheitsgebiet eines Bündnispartners, sprich eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder des Nordatlantikvertrages, oder eines sonstigen Verbündeten. Bei Letztem handelt es sich um einen Auffangbegriff für Verbündete, die nicht Teil der Europäischen Union oder beispielsweise des Nordatlantikvertrages sind. Ob es sich um einen Verbündeten handelt, ist im jeweiligen Einzelfall zu prüfen. Im Rahmen eines klassischen Auslandseinsatzes der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements wie bspw. in Afghanistan oder in Mali handelt es sich regelmäßig nicht um das Hoheitsgebiet eines sonstigen Verbündeten. Das Einvernehmenserfordernis gilt für die gesamte Aufgabenwahrnehmung nach § 2.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt, dass auch die verfahrensrechtlichen Anforderungen bei besonderen Befugnissen bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1 gegenüber deutschen Staatsangehörigen im Ausland entsprechend gelten und orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 19. Mai 2020, 1 BvR 2835/17) zur Grundrechtsbindung von Ausländern im Ausland. Die nach § 8 Absatz 2 bis 4 zusätzlichen Voraussetzungen gelten im Ausland nur gegenüber deutschen Staatsangehörigen und nicht gegenüber Ausländern. Da die Anordnung von besonderen Befugnissen und die Mitteilungspflicht sich an den Eingriffsschwellen des § 8 Absatz 2 bis 4 orientieren, finden im Ausland die Regelungen der §§ 22 und 23 gegenüber deutschen Staatsangehörigen Anwendung.

Zu Absatz 3

Während die Aufgaben und Befugnisse des § 2 Absatz 1 bis 4 ohne territoriale Begrenzung gelten, obliegt dem Militärischen Abschirmdienst nach § 2 Absatz 5 außerhalb deutschen Hoheitsgebietes auch die Aufgabe der Sicherung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und des Schutzes der Geschäftsbereichsangehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung sowie von deren Angehörigen, der Dienststellen und der Einrichtungen der Bundeswehr. Die allgemeine Befugnis zur Datenerhebung folgt aufgrund der fehlenden territorialen Einschränkung und der Erstreckung auf alle Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes nach § 2 aus § 4 Absatz 1. Absatz 3 regelt die dem Militärischen Abschirmdienst zur Erfüllung dieser Aufgabe nach § 2 Absatz 5 zustehenden Befugnisse und gibt entsprechend der Eingriffsintensität Schwellen für die Anwendung besonderer Befugnisse gegenüber deutschen Staatsangehörigen vor und stellt damit klar, dass gegenüber Ausländern im Ausland andere Bedingungen bestehen als bei einem Tätigwerden gegenüber deutschen Staatsangehörigen oder gegenüber Inländern im Inland. Die Nummern 1 bis 3 übernehmen dabei den Wertungsgehalt des § 8 Absatz 2 bis 4. Da die neuen Einsatzrealitäten keine

Begrenzung auf Liegenschaften zulassen, wird der im bisherigen § 14 des MAD-Gesetzes enthaltene Begriff aufgegeben und nach § 2 Absatz 5 auf Orte erweitert, an denen Geschäftsbereichsangehörige des Bundesministeriums der Verteidigung auftragsgemäß ihren Dienst leisten (Einsatzgebiet). Die zuvor erforderliche räumliche und zeitliche Verfestigung ist nunmehr nicht mehr erforderlich. Weitere verfahrenssichernde Vorschriften wie die Anordnung eingriffsintensiver Maßnahmen durch ein Amtsgericht oder Mitteilungsentscheidungen haben mangels Anwendbarkeit der zusätzlichen Voraussetzungen des § 8 Absatz 2 bis 4 gegenüber Ausländern im Ausland keine Anwendung. Dies steht im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 19. Mai 2020, 1 BvR 2835/17) zur Grundrechtsbindung von Ausländern im Ausland.

Zu Abschnitt 4 (Schranken)

Abschnitt 4 trifft Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und zum Schutz von zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträgern. Wie der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gelten die verfassungsrechtlichen Anforderungen an den Kernbereichsschutz und den Schutz der Tätigkeit von Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträgern übergreifend für jedes Handeln des Militärischen Abschirmdienstes. Die Regelungen gelten somit auch für alle Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes, unabhängig davon, ob es sich um allgemeine, besondere oder weitere Befugnisse handelt.

Zu § 28 (Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung)

Der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung gewährleistet dem Individuum einen Bereich höchstpersönlicher Privatheit und sichert einen durch den Staat unantastbaren Menschenwürdekern. Auch hochrangige Interessen der Allgemeinheit können einen Eingriff in diesen geschützten Bereich privater Lebensgestaltung nicht rechtfertigen. Zur Entfaltung der Persönlichkeit im Kernbereich privater Lebensgestaltung gehört die Möglichkeit, innere Vorgänge, Überlegungen und Erlebnisse höchstpersönlicher Art zum Ausdruck zu bringen. Geschützt ist regelmäßig die nichtöffentliche Kommunikation mit Personen des höchstpersönlichen Vertrauens, die in der berechtigten Annahme geführt wird, nicht überwacht zu werden. Es besteht daher ein absolutes Verwertungsverbot. Demgegenüber gehören z. B. die Besprechung und Planung von Straftaten nicht zum Kernbereich privater Lebensgestaltung, selbst wenn sie auch Höchstpersönliches zum Gegenstand haben. Ob eine personenbezogene Kommunikation dem Kernbereich zuzuordnen ist, hängt von den Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalls ab.

Zu Absatz 1

Absatz 1 entzieht intime Gedanken wie auch die nichtöffentliche Kommunikation, wenn sie in höchstpersönlichen Vertrauensbeziehungen unter besonders schutzwürdigen Umständen erfolgt, pauschal der Beschaffung und Auswertung durch den Militärischen Abschirmdienst (vgl. BVerfG, Urteil vom 20. April 2016 – 1 BvR 966/09 –, Rn. 120 ff.; Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 275 ff.). Sie sind nicht gleichbedeutend mit höchstprivaten Informationen, vielmehr beziehen sie sich auf intime oder vergleichbar engste Beziehungen oder Informationen dieser absoluten Schutzwürdigkeit. Nach Satz 3 sind bereits bei einer Einsatzplanung besonders kernbereichsgeneigte Situationen möglichst zu vermeiden. Dazu ist bereits vorab zu prüfen, ob Anhaltspunkte bestehen, dass der geplante Einsatz seinem Gesamtcharakter nach kernbereichsrelevante Informationen erfassen wird. Das Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 9. Dezember 2022 - 1 BvR 1345/21 –, Rn. 111) hat dies zur Einsatzplanung bei Vertrauenspersonen und verdeckten Bediensteten vorgegeben. Es gilt aber gleichermaßen für andere nachrichtendienstliche Mittel, speziell optische oder akustische Überwachungen mit technischen Mitteln, und wird daher in der allgemeinen Schrankennorm aufgenommen. Je mehr der Einsatz insgesamt von einer Nähe zum Kernbereich privater Lebensgestaltung geprägt ist, desto eher muss er von vornherein unterbleiben. Den Rahmen der Risikovermeidung bilden Belange wirksamer

Aufgabenwahrnehmung und wirtschaftlicher Verwaltung, die ebenso zu wahren sind. Nicht umfasst vom absoluten Schutz sind Informationen mit Sozialbezug. Kommunikation hierüber ist nicht geschützt, selbst wenn sie auch Höchstpersönliches zum Gegenstand hat. Die Besprechung und Planung von Straftaten oder Gefährdungen gehört ihrem Inhalt nach nicht zum Kernbereich privater Lebensgestaltung, sondern hat Sozialbezug (BVerfG, Beschluss vom 20. April 2016 – 1 BvR 966/16 –, Rn. 122). Solcher Sozialbezug ist beispielsweise auch gegeben, wenn bei Aufklärungsmaßnahmen durch Verhalten und Äußerungen einer Person Erkenntnisse über eine psychische Störung mit resultierenden Gewaltphantasien anfallen. Hierbei sind zwar spezifische Vertraulichkeitsbeziehungen, bei denen der betroffenen Person gerade ermöglicht werden soll, fachliche qualifizierte Hilfe zu erlangen, absolut geschützt, also etwa ein Gespräch mit einem Psychotherapeuten (BVerfG a.a.O.), nicht jedoch allgemeine persönliche Kontakte. Wenn also eine Vertrauensperson solche gefährdungsqualifizierenden Eigenschaften bei einer Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 und 3 feststellt, dürfen diese Erkenntnisse auch dem Militärischen Abschirmdienst mitgeteilt und dort zur Gefährdungsbewertung genutzt werden. Gewinnt eine Vertrauensperson solche Informationen, darf sie sie dem Militärischen Abschirmdienst nicht übermitteln (§ 13 Absatz 3 Satz 3), das nötigenfalls auch seinerseits auf die Beachtung dieses Verbots hinzuwirken hat, solches naturgemäß sensibel eingebettet in die Umstände und Bedingungen der Fallführung. Mit den Vorgaben nach Absatz 1 ist nicht sicher auszuschließen, dass nicht doch kernbereichsrelevante Informationen beim Militärischen Abschirmdienst anfallen. Deshalb regelt Absatz 7 den Umgang mit solchen Informationen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 gestaltet auf der Erhebungsseite den allgemeinen Kernbereichsschutz für den Fall der Wohnraumüberwachung in verfassungsrechtlich gebotener Weise als Vermutungsregelung zugunsten des Privatheitsschutzes aus. Somit bedarf es für den Einsatz der Wohnraumüberwachung einer Entkräftung der positiven Vermutung, dass Privaträume, in denen Gespräche mit Personen des besonderen persönlichen Vertrauens zu erwarten sind, dem Kernbereichsschutz unterfallen (vgl. BVerfG, Urteil vom 26. April 2022, 1 BvR 1619/17 –, Rn. 305).

Zu Absatz 3

Absatz 3 trifft eine besondere Verfahrensvorkehrung für Fälle, in denen den Umständen des Einzelfalls nach damit zu rechnen ist, dass der nach § 16 Absatz 2 Satz 1 ausgelesene informationstechnische Speicher besonders schutzwürdige Informationen enthält. Solche Informationen sind einerseits kernbereichsrelevante Informationen, die der staatlichen Ausspähung nach Absatz 1 entzogen sind, ferner solche besonders persönlichkeitsrelevante Datensammlungen, die nach § 16 Absatz 2 Satz 4 speziellen Verarbeitungseinschränkungen unterliegen. In den Anwendungsfällen erfolgt zunächst eine von der operativen Aufgabenwahrnehmung gesonderte Vorprüfung durch die Aufsichtsperson, die im Falle der Kernbereichsrelevanz die Löschung zur Folge hat. Es steht der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes frei, je nach Arbeitsaufkommen, erforderlichenfalls auch mehrere Personen als Aufsichtsperson zu bestellen. Wird bei der Datenerhebung festgestellt, dass höchstprivate Informationen betroffen sind, ist eine Weiterverarbeitung dieser Daten nur unter den Voraussetzung des § 8 Absatz 3 und nach gerichtlicher Anordnung zulässig.

Zu Absatz 4

In bestimmten Fällen hat das Bundesverfassungsgericht ein sogenanntes Abbruchgebot gefordert (vgl. BVerfG, Beschluss vom 9. Dezember 2022 - 1 BvR 1345/21 –, Rn. 113ff.) Allerdings kann abhängig vom eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel operativ unter Umständen auch möglich sein, den Geschehensablauf oder den Mitteleinsatz dahingehend zu beeinflussen, dass – weitere – kernbereichsrelevante Informationen nicht anfallen. Dann entfällt der Unterbrechungstatbestand und die Maßnahme kann ohne Unterbrechung nach Satz 2 fortgeführt werden, allerdings sind etwaige operative Gestaltungsmöglichkeiten auch

dahingehend zu nutzen, die Unterbrechung möglichst schnell zu ermöglichen (BVerfG, Beschluss vom 9. Dezember 2022 – 1 BvR 1345/21 –, Rn. 114 ff.). Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts rechtfertigt der Rechtsgüterschutz einer eingesetzten Person eine Ausnahme vom Abbruchgebot „jedenfalls“, wenn ansonsten Leib oder Leben der Person in Gefahr gerieten (a.a.O. Rn. 115). Die gesetzliche Regelung bezieht auch die Freiheit als ebenso besonders gewichtiges Rechtsgut (BVerfG Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 243) ein. Ebenso wie beim Rechtsgut Leib muss hier allerdings eine erhebliche Beeinträchtigung drohen, um die Fortsetzung rechtfertigen zu können. Wenn in solcher Einsatzsituation solche Gefährdungen drohen, sind sie jedoch typischerweise erheblich. Der eingesetzten Person ist auch keine Aufopferung bei unübersichtlichen Schadensszenarien, die jedenfalls möglicherweise auch erhebliches Ausmaß annehmen, zuzumuten. Das Tatbestandsmerkmal der weiteren Einsetzbarkeit sichert gleichermaßen die Fortführung des aktuellen Einsatzes wie auch künftige andere Einsätze. In der Regel muss beim Einsatz aller menschlicher Quellen, so z.B. auch bei Informanten, grundsätzlich ein gewisses Maß an Nähe und Vertrauen zu der jeweiligen Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 bestehen, um überhaupt Informationen gewinnen zu können. Im Einzelfall kann es vorkommen, dass eine Zielperson oder einer Person nach § 7 Absatz 2 diese Beziehung in Anspruch nimmt, um kernbereichsrelevante Informationen mitzuteilen, z.B. wenn sie sich in einer emotionalen Ausnahmesituation befindet. In diesen Ausnahmefällen muss es der eingesetzten Person ermöglicht sein, zu ihrem Schutz aber auch zur Sicherung ihrer weiteren Einsetzbarkeit, unter den obig beschriebenen engen Bedingungen, in der Situation zu verbleiben. Auch bei anderen Mitteln, wie z.B. bei der Observation kann es im absoluten Ausnahmefall nötig sein, in einer kernbereichsrelevanten Situation zu verbleiben. Hier ist insbesondere auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass seitens der beobachteten Bestrebungen und Tätigkeiten teilweise umfangreiche Maßnahmen ergriffen werden, um eingesetzte Personen und nachrichtendienstliche Mittel, insbesondere Observationen, zu identifizieren bzw. unwirksam zu machen. Bei einer Enttarnung besteht auch regelmäßig die Gefahr, dass die Person mit einem heute üblicherweise jederzeit verfügbaren Smartphone fotografiert und das Foto in breiten Szenekreisen – mit Warnhinweis – geteilt wird. Die eingesetzte Person ist dann weit über den konkreten Einsatz hinaus verbrannt. Bei den eingesetzten Personen, wie z.B. auch Observanten und Informanten, handelt es sich um professionell ausgebildete und erfahrene Akteure, oder Personen mit besonderen Zugangslagen, die nur unter großem Aufwand ersetzt werden können. Ungleich schwieriger gestaltet sich die Ad-hoc-Kompensation einer nicht mehr einsetzbaren Person in einer laufenden Maßnahme wie z.B. einer Observation. Insofern muss die Funktionsfähigkeit der nachrichtendienstlichen Aufklärung bzw. die Einsetzbarkeit der handelnden Personen durch die Möglichkeit eines ausnahmsweisen Verbleibens in einer kernbereichsgeschützten Situation gesichert werden. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass es einer eingesetzten Person, die nicht als menschliche Quelle agiert, wie z.B. einem Observanten, eher möglich ist, die einschlägige Situation ohne Gefährdung seiner Person oder seiner Einsatzfähigkeit zu verlassen bzw. seinen Einsatz innerhalb der Maßnahme abubrechen. Bei Sachverhalten, bei denen dies dennoch nicht der Fall ist, muss aber eben die beschriebene Abwägung zum geregelten Ergebnis führen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 regelt den Umgang in Zweifelsfällen durch das Erfordernis einer besonderen Vorsicht. In diesen Fällen ist sicherzustellen, dass in Zweifelsfällen eine Klärung der Kernbereichsrelevanz durch die Aufsichtsperson als unabhängige Stelle erfolgt (vgl. BVerfG, Urteil vom 20. April 2016 – 1 BvR 966/09 –, Rn. 129; Beschluss vom 8. Oktober 2024 – 1 BvR 1743/16 –, Rn. 168; Beschluss vom 9. Dezember 2022 – 1 BvR 1345/21 –, Rn. 119).

Zu Absatz 6

Das Bundesverfassungsgericht verlangt bei Wohnraumüberwachungen, dass alle erhobenen Daten durch eine unabhängige Stelle auf ihre Kernbereichsrelevanz hin überprüft

werden, bevor die erhebende Behörde Kenntnis von ihnen erlangt (BVerfG, Beschluss vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17-, Rn. 306, 315). Diese Vorgabe setzt Absatz 6 um.

Zu Absatz 7

Mit den Vorgaben nach Absatz 1 ist nicht sicher auszuschließen, dass nicht doch kernbereichsrelevante Informationen beim Militärischen Abschirmdienst anfallen. Deshalb regelt Absatz 7 den Umgang mit solchen Informationen und trifft die nötigen Folgeregelungen für den Fall, dass kernbereichsrelevante Informationen gewonnen worden sind.

Zu § 29 (Schutz von zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträgern)

Die Regelung übernehmen den Anwendungsbereich des Berufsgeheimnisschutzes im bisherigen § 3b des Artikel 10-Gesetzes (also für die Telekommunikationsüberwachung) für alle nachrichtendienstlichen Mittel. Die Unterscheidung zwischen absolut geschützten Berufsgeheimnissen (Absatz 1) und relativ geschützten (Absatz 2) wird dabei gewahrt. Dem Gesetzgeber steht nicht frei, auch insofern den absoluten Vorrang vor den herausragenden Schutzgütern des Verfassungsschutzes einzuräumen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 12. Oktober 2011 – 2 BvR 236/08 –, Rn. 268). Die neue Regelung trifft gleichwohl auch insoweit eine inhaltlich bestimmtere Regelung, indem die bisherige allgemeine Abwägungsformel konkretisiert wird. Dazu knüpft Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 an die Voraussetzungen mindestens des § 8 Absatz 2 an und legt fest, dass unterhalb der dort genannten Schwellen generell das Schutzinteresse des Berufsgeheimnisses überwiegt. Einen ähnlichen Ansatz – wenn auch nicht gleichermaßen strikt – enthält bereits § 160a Absatz 2 Satz 1, letzter Halbsatz StPO. Der Anwendungsausschluss in Absatz 4 entspricht der bisherigen Verstrickungsregelung in § 3 Absatz 4 des Artikel 10-Gesetzes. Der Beteiligtenbegriff ist gefahrenabwehrrechtlich zu verstehen. Gefahrenabwehrrechtlich ist eine subjektive Tatseite grundsätzlich unmaßgeblich. Absatz 5 enthält Folgeregelungen, wenn bei Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträgern schutzwürdige Informationen erhoben worden sind. Die Folgeregelung ist dabei nicht auf den in Absätzen 1 bis 3 geregelten Sachverhalt beschränkt, dass die Informationen durch Maßnahmen gewonnen worden sind, die gegen die Berufsgeheimnisträgerin oder den Berufsgeheimnisträger gerichtet sind. Einbezogen ist also auch die Informationsgewinnung durch Maßnahmen, die gegen andere Personen gerichtet sind, wenn an dem überwachten Sachverhalt auch Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträger beteiligt sind und diese dabei Informationen weitergeben, über die sie das Zeugnis verweigern dürften (vgl. § 3b Absatz 1 Satz 5 des Artikel 10-Gesetzes, hier schutzerweiternd auch auf die Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträger nach Absatz 2 erstreckt).

Zu Teil 3 (Übermittlungen)

Der Abschnitt fasst die Übermittlungsvorschriften des BVerfSchG zusammen, auf die der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist. Vorangestellt werden Übermittlungsverbote, die bei allen Übermittlungen des Militärischen Abschirmdienstes zu berücksichtigen sind.

Zu § 30 (Übermittlungsverbote)

§ 30 führt Übermittlungsverbote, die z.B. einer Auskunftserteilung nach § 50 Absatz 1 Satz 1 oder sonstigen Datenübermittlungen entgegenstehen können, an zentraler Stelle zusammen.

Zu Absatz 1

Satz 1 legt fest, in welchen Fällen Übermittlungsverbote einem Informationsanspruch vorgehen, wobei die Nummern 1 und 2 Abwägungsprozesse bedingen. Bei der nach Nummer 1 vorzunehmenden Güterabwägung sind vor allem die Sensibilität der Informationen sowie die Art ihrer Erhebung und die damit verbundene Intensivierung des Eingriffs in

das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Person zu berücksichtigen. Nummer 2 verlangt eine Güterabwägung mit eigenmethodischen Belangen des Militärischen Abschirmdienstes sowie mit dem Schutz nachrichtendienstlicher menschlicher Quellen. Dem Schutz menschlicher Quellen kommt hierbei eine besondere und überragende Bedeutung zu. Insbesondere in den Fällen, in denen menschliche Quellen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung geworben und genutzt werden, ist der Dienstherr diesen gegenüber zu einer besonderen Fürsorge verpflichtet und muss diese schützen. Dies ist bei der Güterabwägung zu berücksichtigen. Nummer 3 betont die Beachtung einer Übermittlung entgegenstehender gesetzlicher Verarbeitungsregeln und ist zudem an § 6 Absatz 1 des Kontrollgremiumgesetzes angelehnt und trägt dem Umstand Rechnung, dass die Beachtung der Third-Party-Rule, die einer Informationsweitergabe entgegensteht, nicht zur Disposition steht. Satz 2 stellt im Einklang mit der gefestigten fachgerichtlichen Rechtsprechung (BVerwG, Beschluss vom 19. April 2010 – 20 F 13.09 –, Rn. 21 m.w.N.) klar, dass der Bezug einer Information zum Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes für sich genommen kein Übermittlungsverbot begründet. Nachrichtendienstliche Informationen sind nicht allein deshalb besonders schutzwürdig, weil sie aus der Sphäre eines Nachrichtendienstes stammen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 normiert eine Dokumentationspflicht, um eine datenschutzrechtliche Kontrolle und gerichtliche Überprüfung der Rechtsanwendung zu ermöglichen.

Zu § 31 (Übermittlung an inländische öffentliche Stellen zur Gefahrenabwehr)

Die Regelung übernimmt § 19 BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist.

Zu § 32 (Übermittlung an inländische öffentliche Stellen zum administrativen Rechtsgüterschutz)

Die Regelung orientiert sich an § 20 BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist, behebt aber zugleich ein Redaktionsversehen. Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wurde in Bezug auf den Betroffenenkreis zudem um Reservistinnen und Reservisten nach § 1 des Reservistengesetzes erweitert, um einer Besonderheit des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung gerecht zu werden. Zunächst sind unter Bewerberinnen, Bewerbern und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch Soldatinnen und Soldaten sowie aktive Reservistendienstleistende gefasst. Hier rechtfertigt sich die Zulassung der Übermittlung unterhalb der Schwelle der konkretisierten Gefahr daraus, dass die betroffenen Personen im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben als Repräsentanten der hoheitlichen Gewalt auftreten und vielfach mit Machtbefugnissen ausgestattet sind, die einer schlagkräftigen Abschirmung bedürfen (vgl. BT-Drs. 20/9345, S. 25). Während sich die Verfassungstreuepflicht für Beamtinnen und Beamte aus Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes (vgl. auch § 60 Absatz 1 Satz 3 des Bundesbeamtengesetzes sowie § 33 Absatz 1 Satz 3 des Beamtenstatusgesetzes) sowie für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus § 41 Satz 2 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst ergibt, folgt sie für Soldatinnen und Soldaten und aktive Reservistendienstleistende aus § 8 des Soldatengesetzes (ggf. in Verbindung mit § 58a des Soldatengesetzes in Verbindung mit dem Reservistengesetz). Da auch für Bewerberinnen und Bewerber des öffentlichen Dienstes schon vor Berufung in das Beamtenverhältnis festgestellt werden muss, dass diese die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten, muss dies fortlaufend auch für Reservistinnen und Reservisten festgestellt werden dürfen, die derzeit keine aktive Wehrübung leisten. Die personalbearbeitenden Dienststellen der Bundeswehr haben insoweit ein gleichwertiges Interesse daran, Verstöße gegen die weiterhin bestehenden Dienstpflichten – auch mit Blick auf künftige Wehrübungen und die soldatenrechtliche Stellung der Reservistendienstleistenden – feststellen und sanktionieren zu können. Somit werden Datenübermittlungen nach Nummer 1 nicht nur bei tatsächlichen

Anhaltspunkten für extremistische Bestrebungen ermöglicht, sondern insbesondere auch bei Spionageverdacht. Die Verfassungstreuepflicht von Bundeswehrangehörigen ist zumindest dann nicht gegeben, wenn für einen Staat spioniert wird, der das Rechtsstaats- und Demokratieprinzip der Bundesrepublik Deutschland ablehnt.

Zu § 33 (Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden zur Strafverfolgung)

Die Regelung übernimmt grundsätzlich § 21 BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist. Eine Übernahme von § 21 Absatz 2 Nummer 2 BVerfSchG ist in Anbetracht der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 17. Juli 2024, 1 BvR 2133/22) zunächst nicht erfolgt. Die Umsetzung ist komplex und bedarf eines Gleichklangs mit den anderen nachrichtendienstlichen Fachgesetzen des Bundes. Eine Fortentwicklung der Übermittlungsvorschrift wird zeitnah weiterverfolgt.

Zu § 34 (Übermittlung an inländische öffentliche Stellen ohne belastende Maßnahmen mit Außenwirkung)

Die Regelung orientiert sich an § 22 BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist, passt die Vorschrift aber an die Systematik des Gesetzes an.

Zu § 35 (Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen)

Die Regelung übernimmt § 22a BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist.

Zu § 36 (Minderjährigenschutz bei Inlandsübermittlungen)

Die Regelung übernimmt § 24 BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist. § 24 Satz 3 Nummer 1 BVerfSchG wird jedoch dahingehend angepasst, dass nach Satz 2 das Erheben von personenbezogenen Daten Minderjähriger erst mit Vollendung des 16. Lebensjahres zulässig ist. Insoweit bedarf es auch keiner Übernahme des § 24 Satz 3 Nummer 2 BVerfSchG.

Zu § 37 (Weiterverarbeitung durch die empfangende Stelle)

Die Regelung übernimmt sprachlich angepasst § 25 BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist.

Zu § 38 (Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen)

Die Regelung übernimmt grundsätzlich § 25a BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist, jedoch ohne den dortigen Absatz 5 Satz 3, da das Erheben von personenbezogenen Daten Minderjähriger erst mit Vollendung des 16. Lebensjahres zulässig ist.

Zu § 39 (Übermittlung zum Schutz der betroffenen Person)

Die Regelung orientiert sich an § 25b BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist, jedoch ohne Satz 2. Eine Übermittlung zum Schutz der betroffenen Person für Zwecke der Jugendhilfe ist damit zwar gleichwohl möglich, einer prominenten Erwähnung dieser Möglichkeit bedarf es für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung jedoch nicht.

Zu § 40 (Weitere Verfahrensregelungen)

Die Regelung übernimmt § 25c BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist und ergänzt den datenschutzrechtlichen Grundsatz der Richtigkeit des § 26 des BVerfSchG, der eine Verfahrensregel darstellt.

Zu § 41 (Übermittlung von personenbezogenen Daten aus allgemein zugänglichen Quellen)

Die Regelung übernimmt § 25d BVerfSchG, auf den der bisherige § 11 des MAD-Gesetzes verweist.

Zu § 42 (Übermittlungen von Informationen an den Militärischen Abschirmdienst)

§ 42 bestimmt die Voraussetzungen, unter denen Behörden des Bundes, bundesunmittelbare juristische Personen, Staatsanwaltschaften und Polizeien Informationen an den Militärischen Abschirmdienst übersenden, und ergänzt Prüfpflichten des Empfängers.

Zu Absatz 1

Absatz 1 übernimmt den bisherigen § 10 Absatz 1 und 1a des MAD-Gesetzes, verzichtet aber auf den bisher notwendigen Gewaltbezug der Bestrebungen oder Tätigkeiten, da der Militärische Abschirmdienst einen möglichst umfassenden Überblick über Bestrebungen und Tätigkeiten haben muss, um seiner gesetzlichen Zweckbestimmung bestmöglich gerecht werden zu können – und zwar unabhängig von einem Gewaltbezug.

Zu Absatz 2

Absatz 2 überträgt die für Empfänger geltenden Prüfpflichten (vgl. § 25 BVerfSchG, auf den bislang § 12 des MAD-Gesetzes verweist) auf den Militärischen Abschirmdienst.

Zu Absatz 3

Absatz 3 betont, dass durch dieses Gesetz Übermittlungsvorschriften anderer Gesetze unberührt bleiben. Diese ermöglichen somit ihrerseits die Übermittlung an den Militärischen Abschirmdienst.

Zu Teil 4 (Kontrolle und allgemeiner Datenschutz)

Die Kontrollarchitektur im Bereich der Nachrichtendienste stellt sich aufgrund ihrer historischen Entwicklung deutlich komplexer dar, als dies in anderen Bereichen des Sicherheitsrechts der Fall ist. Es überschneiden sich hier die Aufgaben verschiedener Kontrollorgane mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Teil 4 stellt diese verschiedenen Kontrollinstanzen und ihre jeweiligen Tätigkeiten übersichtlich nebeneinander dar und ermöglicht damit der Rechtsanwendung, den Bürgerinnen und Bürgern und nicht zuletzt den Geschäftsbereichsangehörigen des Geschäftsbereiches des Bundesministeriums der Verteidigung ein besseres Verständnis der Kontrollarchitektur. Auf diese Weise soll auch das Vertrauen der Bevölkerung in den Militärischen Abschirmdienst und die ihn kontrollierenden Institutionen gestärkt werden. Darüber hinaus enthält der Teil datenschutzrechtliche Regelungen außerhalb der erhebenden und übermittelnden Datenverarbeitung. Auch enthält dieser Teil Regelungen zu den auf dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung gründenden Auskunftsansprüchen von durch Handeln des Militärischen Abschirmdienstes betroffenen Personen.

Zu § 43 (Exekutivkontrolle)

Die exekutive Kontrolle der Tätigkeit des Militärischen Abschirmdienstes durch das ihm übergeordnete Bundesministerium der Verteidigung stellt ein praktisch sehr wirkungsvolles aufsichtliches Kontrollinstrument im Sinne der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung (vgl. BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17 –, Rn. 290) dar.

Zu Absatz 1

Die Kontrolle erfolgt im Wege der Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht. Zur Dienstaufsicht zählt das Recht und die Pflicht der vorgesetzten Dienststelle, durch Überwachung, Belehrung und Anweisung für eine ordentliche Erfüllung der Amtsgeschäfte zu sorgen. Die Fachaufsicht betrifft die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der nachrichtendienstlichen Aufgabenerfüllung und beinhaltet, soweit es um die Einhaltung verbindlicher gesetzlicher Vorgaben geht, die Rechtsaufsicht. Die exekutive Kontrolle wirkt sowohl präventiv steuernd als auch retrospektiv korrigierend. Durch Weisungen, Dienstvorschriften und Zustimmungen wird ein enger Handlungsrahmen für den nachgeordneten Militärischen Abschirmdienst festgelegt. Dieser ist wiederum verpflichtet, über seine Aufgabenwahrnehmung gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung Rechenschaft abzulegen. Satz 2 stellt deklaratorisch klar, dass das Bundesministerium der Verteidigung, im Regelfall vertreten durch die zuständige Fachabteilung, gegenüber dem Militärischen Abschirmdienst Weisungen erteilen kann.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 bedürfen Dienstvorschriften des Militärischen Abschirmdienstes generell der Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung. Dienstvorschriften stellen im Tätigkeitsbereich der Nachrichtendienste ein praktisch überaus wichtiges Steuerungsmittel dar. Aufgrund ihrer norminterpretierenden, normkonkretisierenden und ermessenslenkenden Wirkung kommt ihnen große Bedeutung für das Verwaltungshandeln zu. Als untergesetzliches Recht müssen Dienstvorschriften aber stets im Einklang mit dem einfachen Recht stehen. Hierdurch wird die Prüfdichte bei der Schaffung solcher Vorschriften erhöht.

Zu § 44 (Parlamentarische Kontrolle)

Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste erfolgt auf vielfältige Weise. Bereits durch den „ersten Zugriff“ des Gesetzgebers auf eine regelungsbedürftige Materie in Gestalt von gesetzlichen Bestimmungen wird das nachrichtendienstliche Handeln rechtsstaatlich eingehegt. Darüber hinaus begleitet das Parlament laufend im Rahmen seiner Gesetzesfolgenbeobachtungspflicht die Ausübung gesetzlicher Bestimmungen und deren Wirkungen. Das parlamentarische Fragerecht gibt den Abgeordneten darüber hinaus die Möglichkeit, Informationen von der Regierung zu bestimmten Sachverhalten einzuholen. Hinzu treten spezifische Kontrollmechanismen in Gestalt von Untersuchungsausschüssen und besondere parlamentarische Kontrollorgane wie das Vertrauensgremium, das Gremium nach Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes und insbesondere im Bereich des Verfassungsschutzes das Parlamentarische Kontrollgremium. Die erfahrungsgemäß wichtigsten Formen der parlamentarischen Kontrolle benennt § 44. Mit den Regelungen wird insgesamt die parlamentarische Kontrolle über den Militärischen Abschirmdienst gestärkt.

Zu Absatz 1

Absatz 1 orientiert sich an § 9b Absatz 1 Satz 2 BVerfSchG für den Militärischen Abschirmdienst.

Zu Absatz 2

Neben der Kontrolle durch den Unabhängigen Kontrollrat wird auch das Parlamentarische Kontrollgremium über die nach § 8 Absatz 1 Satz 2 zu erlassene Dienstvorschrift unterrichtet. Somit wird in Bezug auf den Einsatz weiterer nachrichtendienstlicher Mittel neben einer rechtlichen Kontrolle auch eine politische Kontrolle ermöglicht.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt die Unterrichtungspflicht des Militärischen Abschirmdienstes bei Ausschreibungen nach § 4 Absatz 6 und bei Auskunftsverlangen nach § 20 Absatz 1 und

§ 21 Absatz 1 und entkoppelt diese von den Vorschriften des BVerfSchG. Bisher ergaben sich die Benachrichtigungspflichten an das Parlamentarische Kontrollgremium durch die Verweise des bisherigen § 4a des MAD-Gesetzes auf § 8b Absatz 3 BVerfSchG (sogenannte TBG-Berichte). Um Wertungskonsistenz herzustellen, wird die Benachrichtigungspflicht auf Auskunftsverlangen zu Cyberangriffen nach § 21 Absatz 1 erweitert.

Zu § 45 (Gerichtliche Kontrolle)

§ 45 bestimmt das für die gerichtliche Kontrolle über Maßnahmen des Militärischen Abschirmdienstes zuständige Gericht und stärkt Geheimschutzbelange im Rahmen dieser Kontrolle.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift erklärt in Satz 1 das Amtsgericht am Sitz des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst zuständig für die richterlichen Entscheidungen nach diesem Gesetz. Dies umfasst die Anordnung von einigen besonderen Befugnissen, die Bestätigung nach Eilanordnung, die Zustimmung vom Abweichen von der Mitteilungspflicht an die betroffene Person sowie teilweise die Überprüfung der Betroffenheit des Kernbereichs privater Lebensgestaltung. Nach Satz 2 finden grundsätzlich die Vorschriften des Allgemeinen Teils (Buch 1) des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gesetzbarkeit (FamFG) Anwendung, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Aufgrund des Verweises auf die Anwendbarkeit der Vorschriften des FamFG findet auch der in § 170 Absatz 1 Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes verankerte Grundsatz der Nichtöffentlichkeit Anwendung. Die §§ 23 Absatz 2, 37 Absatz 2 und 41 FamFG sind von der Verweisung ausgenommen. Dies ist im Hinblick auf die notwendige Heimlichkeit der Maßnahmen des Militärischen Abschirmdienstes, deren Zweck ansonsten vereitelt würde, sowie die im gerichtlichen Verfahren gegebenenfalls notwendige Offenlegung der geheimdienstlichen Arbeitsweise und der Sensibilität der Informationen erforderlich. Aus denselben Gründen unterbleibt auch die nach § 34 Absatz 1 Nummer 1 FamFG grundsätzlich vorgesehene Anhörung der betroffenen Person zur Gewährleistung rechtlichen Gehörs. Eine Anhörung der von der anzuordnenden Maßnahme betroffenen Person würde den Zweck der nachrichtendienstlichen Maßnahme (heimliche Informationsbeschaffung) vereiteln. Aus dem gleichen Grund bedürfen die ergangenen richterlichen Entscheidungen zu ihrer Wirksamkeit (§ 40 Absatz 1 FamFG) nicht der Bekanntgabe an die von der Maßnahme betroffene Person. Sie werden vielmehr mit Erlass wirksam. Zudem ist ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung nicht statthaft. Verfassungsrechtlich ist eine Überprüfung durch mehrere Instanzen nicht geboten. Ein Rechtsschutzbedürfnis des Militärischen Abschirmdienstes ist nicht gegeben, da die Möglichkeit besteht, Anträge mit neuer Sach- und Rechtsvortrag erneut zu stellen. Der Ausschluss des Beschwerdeverfahrens bedeutet jedoch nicht, dass eine nachträgliche richterliche Überprüfung grundsätzlich ausgeschlossen ist. Die Rechtsschutzgarantie des Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes bleibt unberührt.

Zu Absatz 2

Satz 1 trägt staatlichen Geheimschutzinteressen Rechnung. Daraus ergibt sich mittelbar auch, dass die richterliche Entscheidung eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit darstellt, sodass das dabei eingesetzte Geschäftsstellenpersonal einer erweiterten Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen zu unterziehen ist. Die Richter selbst sind hingegen nicht zu überprüfen. Für sie gilt die gesetzliche Pflicht zur Amtsverschwiegenheit. Satz 2 gibt eine administrative Unterstützungspflicht des Militärischen Abschirmdienstes vor; sie besteht darin, dass dem Gericht die für seine Kontrolltätigkeit notwendige personelle und sachliche Ausstattung (Geschäftszimmer, Büroräume, IT-Zugänge etc.) zur Verfügung zu stellen ist. Denn es ist zu berücksichtigen, dass es dem staatlichen Geheimschutzinteressen entspricht, dass das Gericht seine Entscheidungen in den Räumen des Militärischen Abschirmdienstes trifft. Insoweit bedarf es keiner Ertüchtigung der Räume des

Amtsgerichts. Dabei kann das Gericht durch Geschäftszimmerpersonal des Militärischen Abschirmdienstes unterstützt werden. Satz 3 schreibt für den Einsatz besonderer Befugnisse, die der richterlichen Entscheidung unterliegen, eine getrennte Aktenführung vor. Die Vorschrift ist § 101 Absatz 2 der Strafprozessordnung nachgebildet. Sie bestimmt, dass Entscheidungen und entscheidungsvorbereitende Unterlagen des Gerichts ausschließlich beim Militärischen Abschirmdienst verwahrt werden. Eine Verwahrung oder Speicherung in Gerichtsakten ist insoweit unzulässig. Zweck der Regelung ist der Schutz der im Gerichtsverfahren gegebenenfalls offenzulegenden, besonders sensiblen Informationen über die Arbeitsweise des Militärischen Abschirmdienstes, wozu beispielsweise auch die Identität Bediensteter gehört.

Zu § 46 (Unabhängige Datenschutzkontrolle)

Die Regelung führt zu effektiveren Kontrollstrukturen und einer zielgerichteten Kontrolle. § 46 übernimmt weitestgehend § 28 Absatz 2 bis 4 BVerfSchG. Einer Übernahme des § 28 Absatz 1 BVerfSchG bedarf es nicht, da der Inhalt querschnittlich bereits in § 60 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes geregelt ist.

Zu § 47 (Weiterverarbeitung personenbezogener Daten)

§ 47 ist die Spiegelnorm zu den Datenerhebungstatbeständen des § 4 Absatz 1.

Zu Absatz 1

Absatz 1 stellt das Regelungsregime zur Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes dar.

Zu Absatz 2

Absatz 2 orientiert sich an § 10 Absatz 2 BVerfSchG, der über den bisherigen § 6 Absatz 1 Satz 1 des MAD-Gesetzes Anwendung findet, und ergänzt ihn im Lichte des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes um das Erfordernis, dass personenbezogene Daten nur dann gemeinsam mit personenbezogenen Daten von Dritten oder Unbeteiligten weiterverarbeitet werden dürfen, wenn eine Trennung der Daten nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich wäre. Zudem sind die insoweit betroffenen Daten in ihrer Verarbeitung dahingehend zu beschränken, dass eine weitere Verarbeitung der personenbezogenen Daten eingeschränkt ist.

Zu Absatz 3

Absatz 3 nimmt den bisherigen § 7 des MAD-Gesetzes auf, verschiebt ihn aber zur Normenklarheit zur Weiterverarbeitung personenbezogener Daten. Die Vorschrift ermöglicht es, personenbezogene Daten einer minderjährigen Person in ihren Sachakten zu speichern, soweit sie das 16. Lebensjahr vollendet hat. Ist diese Tatbestandsvoraussetzung erfüllt, dürfen auch Informationen vor Vollendung des 16. Lebensjahres gespeichert werden. Diese Regelung ist notwendig, um eine Bewertung extremistischer Verhaltensweisen Minderjähriger zu ermöglichen.

Zu § 48 (Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten)

§ 48 regelt Bestimmungen zum korrigierenden und abschließenden Umgang mit personenbezogenen Daten.

Zu Absatz 1

Absatz 1 umfasst die Grundsätze der Datenrichtigkeit und Datenvollständigkeit. In Dateien gespeicherte personenbezogene Daten sind demnach zu berichtigen, wenn sie unrichtig

sind. Bei analogen Akten ist eine solche Berichtigung nicht möglich. Hier überwiegt der Grundsatz der Aktenwahrheit und Aktenvollständigkeit. Deshalb müssen dort unrichtige Daten mithilfe eines Berichtigungsvermerks berichtigt werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt den Grundsatz der Datensparsamkeit. Danach müssen in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten, die für die Erfüllung der Aufgaben nicht mehr erforderlich sind, unverzüglich gelöscht werden. Ein weiteres Vorhalten der Daten „auf Vorrat“ ist mithin unzulässig. Unverzüglich gelöscht werden müssen ferner solche Daten, deren Speicherung aus anderem Grund unzulässig ist, etwa weil die Voraussetzungen für ihre Erhebung gar nicht vorgelegen haben. Eine Löschung der grundsätzlich zu löschenden Daten kann (ausnahmsweise) dann unterbleiben, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden. Ein schutzwürdiges Interesse liegt regelmäßig dann vor, wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach § 50 Absatz 1 gestellt hat oder aufgrund einer Mitteilung nach § 23 Satz 1 die Stellung eines solchen Antrags zu erwarten ist. Sind personenbezogene Daten in Akten gespeichert, so ist die Löschung nach Satz 1 erst durchzuführen, wenn die gesamte Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt, dass personenbezogene Daten, die grundsätzlich zu löschen wären, aber aufgrund von anderen Umständen tatsächlich nicht gelöscht werden können (beispielsweise da sie untrennbar mit anderen Daten, die noch verarbeitet werden dürfen, verbunden sind) oder zum Schutz der betroffenen Person nicht gelöscht werden dürfen, nicht ohne Einwilligung verarbeitet werden dürfen. In der Folge sind sie in der Verarbeitung einzuschränken. Eine Ausnahme besteht für die Fälle, in denen die betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse verfolgt. Insoweit dürfen die betreffenden personenbezogenen Daten durch den Militärischen Abschirmdienst verarbeitet werden.

Zu Absatz 4

Absatz 4 enthält das allgemein für Nachrichtendienste geltende Gebot der Löschung personenbezogener Daten nach einem bestimmten Zeitablauf. Die Regelung trägt zugleich dem Umstand Rechnung, dass im Bereich des Verfassungsschutzes Beobachtungsfälle sich über einen längeren Zeitraum erstrecken als im Bereich der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden. Nach Satz 1 muss vor diesem Hintergrund bei der Verarbeitung personenbezogener Daten spätestens alle 5 Jahre nach dem Anlegen des auf eine Person bezogenen Datensatzes überprüft werden, ob die Voraussetzungen für die Verarbeitung der in ihm enthaltenen Daten weiter gegeben sind. Ist das nicht der Fall, müssen diejenigen Einzelangaben, die für die Erfüllung der Aufgaben nicht mehr erforderlich sind, unverzüglich gelöscht werden (vgl. Absatz 2), soweit sie aus dem Datensatz abgetrennt werden können. Sind Einzelangaben in einem Datensatz miteinander verbunden, ist es informationstechnisch allerdings häufig nicht möglich, die Einzelangaben zu löschen, ohne den gesamten Datensatz unbrauchbar zu machen. In diesem Fall sind die eigentlich zu löschenden Einzelangaben in der Verarbeitung einzuschränken.

Zu Absatz 5

Absatz 5 enthält die für den Militärischen Abschirmdienst geltende Höchstspeicherdauer für personenbezogene Daten über Bestrebungen. Diese sind spätestens 10 Jahre nach der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn zwingende Gründe des Gemeinwohls gebieten die weitere Speicherung. Solche Gründe können gegeben sein, wenn es sich um eine Bestrebung von außergewöhnlicher Bedeutung handelt, die von großem öffentlichem Interesse ist, sodass darauf bezogene Auskunftsansprüche auch nach längeren Zeiträumen noch zu erwarten sind. Nicht umfasst von der Frist sind personenbezogene Daten über Tätigkeiten. Damit wird der Entwurf dem Erfordernis gerecht, dass diese

Daten auch längerfristig zur Abwehr auf jahrzehntelang angelegte gegnerische Operationen verarbeitet werden müssen. Nach Satz 2 gilt die Regelung nach Satz 1 für in Akten vorgehaltene personenbezogene Daten, sofern nicht das Bundesarchiv ihren bleibenden Wert zur dauerhaften Aufbewahrung festgestellt hat.

Zu § 49 (Dateianordnungen)

Die Vorgaben in § 49 orientieren sich an § 14 BVerfSchG, der über den bisherigen § 8 Satz 1 des MAD-Gesetzes Anwendung findet. Absatz 2 stellt die Involvierung der oder des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sicher. Die Anhörung entspricht der allgemeinen Kontrollzuständigkeit dieser Behörde. Absatz 4 konkretisiert die Regelung des § 14 Absatz 2 Satz 2 BVerfSchG dahingehend, dass eine Überprüfung der Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien in Abständen von mindestens 5 Jahren erfolgen muss. Absatz 5 schafft eine Sofortanordnungskompetenz für Fälle der Dringlichkeit.

Zu § 50 (Auskunft an die betroffene Person)

§ 50 regelt den datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruch der von einem Handeln des Verfassungsschutzes betroffenen Personen. Der Regelungsgehalt orientiert sich an dem des bisherigen § 9 des MAD-Gesetzes i.V.m. § 15 BVerfSchG. Entgegenstehende Übermittlungsverbote werden in der Norm allerdings nicht normspezifisch geregelt, sondern übergreifend für verschiedene Formen der Informationsübermittlung in § 30, auf den Absatz 2 verweist, gebündelt. Eine Versagung der Auskunftserteilung ist nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ferner möglich, wenn damit ein unzumutbarer Aufwand verbunden wäre (vgl. BVerfG, Urteil vom 7. November 2017 – 2 BvE 2/11 –, Rn. 249 ff.). Der Regelungsgehalt des Absatz 3 orientiert sich an § 15 Absatz 4 BVerfSchG.

Zu § 51 (Anwendbarkeit des allgemeinen Datenschutzrechts)

§ 51 übernimmt den bisherigen § 13 des MAD-Gesetzes.

Zu Teil 5 (Landes- und Bündnisverteidigung)

Die Verteidigung der Souveränität Deutschlands und der territorialen Integrität sowie der Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger ist Auftrag der Bundeswehr. Die aktuelle sicherheitspolitische Lage zeigt, wie wichtig Bündnisse dabei sind. Nur gemeinsam lässt sich eine wirkungsvolle Abschreckung aufbauen. Mit der sicherheitspolitischen Zeitenwende ist die Landes- und Bündnisverteidigung wieder die wichtigste Aufgabe der Bundeswehr geworden. Teil 5 stärkt die Ausrichtung des Militärischen Abschirmdienstes auf die Landes- und Bündnisverteidigung. Er enthält vom Normalfall abweichende Sondervorschriften, die den Notwendigkeiten einer dem Spannungs- oder Verteidigungsfall einhergehenden Ausnahmesituation angemessen gerecht werden. Besondere Berücksichtigung findet dabei der Beschleunigungsgedanke. Schließlich wäre es angesichts einer fortlaufenden militärischen Eskalation und unmittelbar drohenden Schadens bei gleichzeitig gesteigerter Aufgabenlast nicht angemessen, ressourcenintensive Verfahren unterschiedslos fortzuführen. Durch den Wegfall von Vorgaben soll neben der Verfahrensbeschleunigung in erheblichem Maße Personal für zwingende Aufgaben der Verteidigung verfügbar gemacht werden. Allerdings sollte trotz einer zugunsten der Exekutive statuierten Machtverschiebung die Steuerungsfähigkeit der Legislative bestmöglich erhalten bleiben.

Zu § 52 (Spannungs- und Verteidigungsfall)

Das Grundgesetz legt eine Ordnung für den Normalfall fest, die im Jahr 1968 um die so genannten Notstandsartikel ergänzt wurde (BGBl. 1968 I 709). Ziel dieser Grundgesetzänderung war, die Ordnung im Krisenfall schützen zu können. Die Notstandsverfassung unterscheidet zwischen inneren und äußeren Bedrohungsszenarien. Je nach Ursache und Schweregrad der Gefährdung sind auf die Bedrohungsszenarien abgestimmte Maßnahmen

zum Schutz der staatlichen Ordnung vorgesehen. Der im Abschnitt Xa des Grundgesetzes geregelte Verteidigungsfall sowie als dessen Vorstufe der Spannungsfall (Artikel 80a Absatz 1 des Grundgesetzes) markieren die Extremfälle staatlicher Existenzgefährdung von außen. Die Vorschriften der Artikel 80a Absatz 1 und 115a bis 115l des Grundgesetzes bilden das „Notstromaggregat“ zur Bewahrung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Damit der Staat auch im Verteidigungsfall funktionsfähig bleibt, werden Kompetenzen, Kontrollbefugnisse und Verfahren im Gewaltenteilungssystem gezielt zugunsten der Exekutive verschoben (Artikel 115f und 115i des Grundgesetzes). Gleichwohl hat der Verfassungsgesetzgeber Wert daraufgelegt, die für Friedenszeiten konzipierte Grundordnung so weit wie möglich zu schonen. Auch wurden detaillierte Sicherungen gegen einen politischen Missbrauch der Notstandslage eingebaut. An diesen grundlegenden Wertentscheidungen orientieren sich die nachfolgenden Regelungen für den „Ausnahmefall“.

Zu Absatz 1

Absatz 1 macht Vorgaben für den Fall, dass der Spannungsfall nach Artikel 80a des Grundgesetzes oder der Verteidigungsfall im Sinne des Artikel 115a des Grundgesetzes festgestellt wird.

Zu Nummer 1

Nummer 1 hebt den personenbezogenen Anteil der sog. „Doppelklammer“ auf Zuständigkeitsebene auf, sodass eine mögliche Betroffenheit des Geschäftsbereiches des Bundesministeriums der Verteidigung auf der „Opferseite“ zur Zuständigkeitsbegründung ausreicht. Damit sollen umfangreiche Prüfungen zur eigenen Zuständigkeit unmittelbar vor oder während eines militärischen Konfliktes bestmöglich vermieden werden. Dass es zwischen verschiedenen Nachrichtendiensten aufgrund der Zuständigkeitsverteilung zu Doppelbearbeitungen kommen kann, ist vor dem Hintergrund der staatlichen Ausnahmesituation hinzunehmen.

Zu Nummer 2

Nummer 2 ordnet die Nichtgeltung von Herausgabepflichten an, die einen im Fall der militärischen Eskalation nicht hinnehmbaren Aufwand bedeuten. Anstelle starrer Fristen, ist die Herausgabe vorzunehmen, wenn dies möglich ist und einer anderweitige Aufgabenwahrnehmung nicht entgegensteht. Gleichwohl soll die Verwaltungserleichterung nicht dazu führen, dass einer Herausgabe dauerhaft nicht vorgenommen wird.

Zu Nummer 3

Diese Vorschrift dient im Wesentlichen der Verwaltungserleichterung und soll umfängliche Gefährdungsbewertungen in Krisensituationen vereinfachen.

Zu Nummer 4

Nummer 4 ordnet hinsichtlich verschiedener Mitteilungs- und Auskunftspflichten an, dass diese erst mit Beendigung der Ausnahmesituation zu erfolgen haben. Da diese Verpflichtungen ebenfalls einen nicht unerheblichen Aufwand erzeugen, ist es angemessen, einen etwaigen Mitteilungs- bzw. Auskunftsanspruch an die Beendigung des Spannungs- und Verteidigungsfalls zu knüpfen. Eine vorherige Mitteilung bzw. Auskunftserteilung bleibt gleichwohl – soweit es die Lage zulässt – möglich.

Zu Absatz 2

Mit Absatz 2 wird die Möglichkeit geschaffen, dass die Vorgabe einer gerichtlichen Anordnung eingriffsintensiver Maßnahmen modifiziert werden kann. Aufgrund der hohen Bedeutung und besonders umfassenden verfassungsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der vorbeugenden unabhängigen Kontrolle findet diese indes nicht bereits dann eine modifizierte

Anwendung, wenn der Spannungs- oder Verteidigungsfall beschlossen wurde, sondern erst mit der Feststellung der Bundesregierung, dass die Modifizierung aus zwingenden Gründen der Verteidigung notwendig ist. In diesem Fall findet § 22 mit der Maßgabe Anwendung, dass die Anordnung außer in den Fällen der Wohnraumüberwachung durch die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes oder einer durch sie bestimmten Vertretung zu erfolgen hat (vgl. § 22 Absatz 3). Dies wird der besonderen Gefährdungslage gerecht. Eine Modifizierung der Kontrolle gilt ebenfalls für die Nichtfortgeltung der Vorschriften über die unabhängige Datenschutzkontrolle nach § 46 Absatz 1. Diese Feststellung kann die Bundesregierung ihrerseits nur während des festgestellten Spannungs- oder Verteidigungsfalls treffen. „Gründe der Verteidigung“ ist ein auslegungsbedürftiger Rechtsbegriff, der weit zu verstehen ist. Gemeint sind alle Umstände, die der (militärischen und zivilen) Gesamtverteidigung dienen und der Erwehrung des Angriffes zumindest förderlich sind. Mit der Einschränkung, dass diese Gründe „zwingend“ sein müssen, wird bereits auf Ebene des Tatbestandes dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung getragen. Ob tatsächlich zwingende Gründe vorliegen, ist eine gerichtlich überprüfbare Entscheidung, bei der der Bundesregierung indes eine Einschätzungsprärogative zuzugestehen ist. Um auch in einer solchen Ausnahmesituation eine parlamentarische Kontrolle zu gewährleisten und um trotz der Machtverschiebung eine Sicherung gegen einen politischen Missbrauch der Notstandslage zu gewährleisten, ist es geboten, der Legislative ein Beendigungsrecht der besonderen Feststellung nach Satz 2 zuzugestehen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 schafft die Möglichkeit, außerhalb der von der Notstandsverfassung vorhergesehenen Situation das Ausnahmeregime „freizuschalten“. Etwa gemeint sind die Situationen, in denen es aufgrund politischer Erwägungen untunlich ist, den Spannungs- oder Verteidigungsfall zu beschließen, eine bedeutsame Intensivierung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit aber gleichwohl geboten ist. Die äußeren Umstände müssen gleichwohl mit der Ernsthaftigkeit des Spannungs- und Verteidigungsfalles vergleichbar sein, sodass eine Situation im Sinne des Absatz 3 regelmäßig nur dann vorliegt, wenn auch der Spannungs- oder Verteidigungsfall erklärt werden könnte. Aus Gründen des Missbrauchsschutzes kann die Bundesregierung diese Feststellung indes nicht alleine treffen, sondern ist an die Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums nach Artikel 45d des Grundgesetzes gebunden. Da in diesen Situationen eine vorherige Befassung des Bundestages nicht vorliegt, da der Spannungs- oder Verteidigungsfall nicht beschlossen wurde, ist es gleichwohl geboten, diese besondere Feststellung an die Zustimmung eines Gremiums der Legislative zu knüpfen. Für diese Aufgabe eignet sich das Parlamentarische Kontrollgremium besonders, weil es laufend mit aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen befasst ist und seine Mitglieder deshalb in herausgehobener Weise über nachrichtendienstliche Expertise verfügen. Zudem ist dem Bundestag ausdrücklich das Recht zuzugestehen, dass er die Feststellung wieder aufheben lassen kann.

Zu Teil 6 (Schlussvorschriften)

Zu § 53 (Verfassungsschutz durch Aufklärung der Öffentlichkeit)

§ 53 enthält Regelungen zur Öffentlichkeitsarbeit des Militärischen Abschirmdienstes. Schon bisher übt der Verfassungsschutz seine Tätigkeiten auch dadurch aus, dass er die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen aufklärt und vor ihnen warnt. Diese aufklärende und präventive Komponente der Tätigkeit des Militärischen Abschirmdienstes wird durch eine gesetzliche Regelung gestärkt. Die Informationsarbeit ist dabei nicht auf Angehörige des Geschäftsbereiches begrenzt, sondern umfasst die gesamte Öffentlichkeit.

Zu Absatz 1

Absatz 1 orientiert sich an § 16 Absatz 2 BVerfSchG, bestimmt aber den Militärischen Abschirmdienst als Herausgeber eines Jahresberichts. Die Stärkung der operativen

Verantwortung des Militärischen Abschirmdienstes rechtfertigt es, auf eine Herausgabe durch das Bundesministerium der Verteidigung zu verzichten, wobei der Einklang des Jahresberichts mit strategischen und politischen Vorgaben des Ministeriums mittels Fachaufsicht gewährleistet wird.

Zu Absatz 2

Absatz 2 übernimmt § 16 Absatz 3 BVerfSchG.

Zu § 54 (Strafvorschriften)

Die Regelung ist an die Regelung des § 66 des BND-Gesetzes angelehnt und übernimmt diese für die Besonderen Auskunftsverlangen verallgemeinernd, indem auch die weiteren Unternehmensmitwirkungspflichten, die ebenso unter der Verpflichtung des Stillschweigens stehen, einbezogen werden.

Zu § 55 (Bußgeldvorschriften)

Die Regelung ist angelehnt an die Regelung des § 67 Absatz 1 Nummer 1 des BND-Gesetzes und übernimmt diese bezüglich der Besonderen Auskunftsverlangen für Unternehmensverpflichtungen und ergänzt in Absatz 1 Nummer 2 die Verpflichtung zur unverzüglichen, vollständigen und richtigen Übermittlung der im Rahmen der Auskunft erfragten Daten. Zudem wird der Bußgeldrahmen entsprechend § 67 Absatz 2 des BND-Gesetzes angepasst.

Zu § 56 (Einschränkung von Grundrechten)

§ 56 wird dem Zitiergebot des Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes gerecht, indem er die Grundrechte benennt, in die nach Maßgabe der aufgeführten Regelungen dieses Gesetzes eingegriffen werden kann.

Zu § 57 (Übergangsvorschriften)

Die Übergangsvorschriften sind erforderlich, um bereits laufende Maßnahmen angemessen einem Regelungsregime zuzuordnen.

Zu Artikel 2 (Gesetz zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr)

Artikel 2 verfolgt das Ziel, den personellen Schutz in der Bundeswehr in den Bereichen zu stärken, bei denen andere Rechtsnormen nicht ausreichend sind. So werden alternative Regelungen zu den Vorgaben des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes geschaffen, die notwendig sind, um auf Besonderheiten des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung zu reagieren.

Zu Abschnitt 1 (Stärkung des personellen Schutzes)

Zu Unterabschnitt 1 (Personenüberprüfung)

Unterabschnitt 1 regelt 2 Arten von Personenüberprüfungen. Zunächst wird eine unterstützte Verfassungstreueprüfung eingeführt, die zugleich die Regelungen des § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes ersetzen soll. Zudem wird die nach § 3a des Soldatengesetzes für einige Soldatinnen und Soldaten vorgesehene intensiviertere erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen in dieses neue Stammgesetz überführt.

Zu Titel 1 (Unterstützte Verfassungstreueprüfung)

Durch Titel 1 wird eine unterstützte Verfassungstreueprüfung eingeführt, die die Soldateneinstellungsüberprüfung gemäß § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes ersetzen soll. Mit

dem 16. Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes und weiterer soldatenrechtlicher Vorschriften vom 27. März 2017 war zum 1. Juli 2017 (BGBl. I 2017 Nummer 15 vom 30. März 2017, S. 562) die sogenannte Soldateneinstellungsüberprüfung eingeführt worden. Diese Überprüfung wurde in § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes als Voraussetzung für die Berufung in ein soldatisches Dienstverhältnis festgelegt. Ziel der Neuregelung war, der Bundeswehr ein Kontrollinstrument bereitzustellen, das die erstmalige militärische Ausbildung von extremistischen, terroristischen oder gewaltgeneigten Personen verhindern kann. Der Verweis auf eine einfache Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz griff auf ein in der Bundeswehr bestehendes und im personellen Geheim- und Sabotageschutz bewährtes Überprüfungssystem zurück. Die Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz weist jedoch als Überprüfungsinstrument bei der Personalgewinnung Nachteile im Hinblick auf die Überprüfungsinhalte und die Verfahrensdauer auf, die nun korrigiert werden. Die unterstützte Verfassungstreueprüfung löst sich daher vollständig von den Verfahrensvorgaben und Zuständigkeiten des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes.

Zu § 1 (Personenkreis)

Nach § 37 Absatz 1 Nummer 2 des Soldatengesetzes darf in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten oder eines Soldaten auf Zeit nur berufen werden, wer Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Ähnliches gilt für andere Formen der Begründung eines Wehrdienstverhältnisses.

Zu Absatz 1

Satz 1 regelt die Reichweite der unterstützten Verfassungstreueprüfung. Sie findet grundsätzlich Anwendung für jede Soldatin und jeden Soldaten, die oder der aufgrund freiwilliger Verpflichtung in ein Wehrdienstverhältnis berufen wird d.h. für Personen, die sich verpflichten, freiwilligen Wehrdienst als besonderes staatsbürgerliches Engagement zu leisten, deren erstmalige Berufung in ein Dienstverhältnis als Berufssoldat oder Soldat auf Zeit beabsichtigt ist oder die als beorderte oder nicht beorderte Reservistin oder beordeter oder nicht beordeter Reservist zu einer in § 60 des Soldatengesetzes genannten Dienstleistung herangezogen werden.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 ist grundsätzlich auch für eine erneute Berufung in ein Wehrdienstverhältnis eine unterstützte Verfassungstreueprüfung durchzuführen. Sofern ein Soldat auf Zeit zum Beispiel die Bundeswehr verlassen hat und nach einiger Zeit als Wiedereinsteller erneut eingestellt wird, muss grundsätzlich eine unterstützte Verfassungstreueprüfung durchgeführt werden. Gleiches gilt für einen Soldaten auf Zeit, der die Bundeswehr verlassen hat und der zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Reservedienstleistung herangezogen wird. Verfahrensökonomisch wird dieser Grundsatz jedoch auf die Fälle einschränkt, in denen bereits in den letzten 5 Jahren vor dem erneuten Dienstantritt eine unterstützte Verfassungstreueprüfung durchgeführt wurde, ohne dass ein Sicherheitsrisiko festgestellt wurde. Innerhalb dieser Zeit bedarf es keiner erneuten unterstützten Verfassungstreueprüfung.

Zu Absatz 3

Absatz 3 eröffnet eine Ermessensentscheidung, keine unterstützte Verfassungstreueprüfung durchzuführen. Neben der Möglichkeit, auf eine unterstützte Verfassungstreueprüfung aus dienstlichen Gründen zu verzichten (Nummer 1), wird mit Nummer 2 auch ein Subsidiaritätsgrundsatz eingeführt. Sofern für eine Person, für die nach Absatz 1 oder Absatz 2 eine unterstützte Verfassungstreueprüfung vorgesehen ist, bereits vor weniger als 5 Jahren eine Sicherheitsüberprüfung ohne Feststellung eines Sicherheitsrisikos abgeschlossen wurde, kann die unterstützte Verfassungstreueprüfung unterbleiben, da die Sicherheitsüberprüfungen strengere Maßstäbe setzt und neben der Verfassungstreue auch anderen

Aspekte betrachtet. Unerheblich ist es hierbei, ob die Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz oder einer landesrechtlichen Regelung durchgeführt und abgeschlossen wurde.

Zu § 2 (Inhalt der unterstützten Verfassungstreueprüfung)

§ 2 führt den Inhalt der unterstützten Verfassungstreueprüfung auf und zitiert als Maßstab die Ernennungsvoraussetzung des § 37 Absatz 1 Nummer 2 des Soldatengesetzes.

Zu § 3 (Zuständigkeiten)

In § 3 wird die Zuständigkeit, Informationen und Erkenntnisse zu sammeln und auszuwerten dem Militärischen Abschirmdienst übertragen. Die Aufgabe selbst wird dem Militärischen Abschirmdienst über § 2 Absatz 3 des MAD-Gesetzes zugewiesen. Lediglich deklaratorisch ergänzt der Entwurf, dass die Bewertung der Berufungsvoraussetzungen weiterhin bei der für die Ernennung oder Heranziehung zuständigen Stelle verbleibt. Die für die Ernennung oder Heranziehung zuständige Stelle selbst wird durch die Anordnung über die Ernennung und Entlassung von Soldatinnen und Soldaten und die Ernennung von Reservistinnen und Reservisten vom 22. September 2015 (BGBl. I S. 1597) konkretisiert.

Zu § 4 (Durchführung)

Der Prozess der Durchführung der unterstützten Verfassungstreueprüfung wird in § 4 geregelt.

Zu Absatz 1

Auch wenn durch die Abkehr von den Vorgaben nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz auf die förmliche Abgabe einer Sicherheitserklärung durch die betroffene Person verzichtet wird, bedarf es gleichwohl einer Mitwirkung zur Durchführung der unterstützten Verfassungstreueprüfung. Die Verweigerung der Mitwirkung dürfte im Regelfall der Begründung eines Wehrdienstverhältnisses entgegenstehen.

Zu Nummer 1

Nummer 1 übernimmt § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 15 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes. "Verfassungsfeindlich" sind diejenigen Aktivitäten oder Bestrebungen, bei denen konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die von ihnen verfolgten Ziele oder die von ihnen zur Erreichung dieser Ziele befürworteten Mittel und Wege ganz oder teilweise mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Widerspruch stehen. Über die wichtigsten verfassungsfeindlichen Bestrebungen berichten die jährlichen Verfassungsschutzberichte.

Zu Nummer 2

Nummer 2 orientiert sich an § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 20 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und übernimmt grundsätzlich die bisherige Rechtslage, ergänzt diese jedoch um die Benutzernamen der Mitgliedschaften in sozialen Netzwerken. Soziale Netzwerke sind Plattformen im Internet, die dazu bestimmt sind, Inhalte mit anderen Nutzern zu teilen oder einer darüberhinausgehenden Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Plattformen, die ausschließlich zur privaten Kommunikation bestimmt sind, Plattformen mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten oder Plattformen, die auf ein Kennenlernen und Sichverabreden mit verschiedenen bzw. wechselnden Partnern ausgerichtet sind, sowie Plattformen, auf denen der Austausch, das Angebot oder die Nachfrage von Waren oder Dienstleistungen im Vordergrund stehen, gelten nicht als soziale Netzwerke im Sinne dieses Gesetzes. Die Aufnahme des Benutzernamens dient vor dem Hintergrund, dass soziale Netzwerke und das Verhalten im Internet einen immer größeren Stellenwert einnehmen und als Selbstdarstellungs- und Kommunikationsplattformen genutzt werden (vgl. bereits BT-

Drs. 18/12126, S. 2), einer effektiven Prüfung und damit einem effektiven Rechtsgüterschutz. Die bisherige Rechtslage, mit der lediglich abstrakten Benennung des sozialen Netzwerkes ohne konkretisierende Angaben zum Account der betroffenen Person, führt für den Militärischen Abschirmdienst zu einem erheblichen Rechercheaufwand. Wenn nämlich der Nutzernamen nicht dem realen Namen entspricht, dürfte die Ermittlung eines Accounts mit einem sehr hohen Aufwand verbunden sein und wohl nur in seltenen Fällen erfolgreich verlaufen (vgl. zutreffend Friedrich, in: Denneborg/Friedrich/Schlatmann, Sicherheitsüberprüfungsrecht, Stand Dezember 2021, § 13 Rn. 23). Diese Änderung ergänzt die damalige Entscheidung des Gesetzgebers, bei Angehörigen des Geschäftsbereichs des BMVg die sozialen Netzwerke (im Gegensatz zu anderen zu überprüfenden Personen) auch auf Prüfungen der einfachen Sicherheitsüberprüfung nach § 8 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes ausgeweitet zu haben (vgl. BT-Drs. 18/12126, S. 3). Hierbei werden die Besonderheiten der Soldatinnen und Soldaten (u.a. Bewaffnung und Zugang zu Waffen) durchaus als legitimer und zu berücksichtigender Gesichtspunkt auch in eine Verhältnismäßigkeitsprüfung zu Gunsten der zu schützenden Rechtsgüter eingestellt.

Zu Nummer 3

Nach Nummer 3 ist zudem die Ablichtung eines amtlichen Identitätsdokuments zu überlassen. Hierbei kann es sich um eine Kopie handeln oder um einen Scan. Bei dem Identitätsdokument kann es sich z.B. um den Personalausweis oder den Reisepass handeln. Wichtig ist, dass ein Foto enthalten ist.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 übermittelt die für die Ernennung oder Heranziehung zuständige Stelle Angaben und Dokumente an den Militärischen Abschirmdienst. Die Angaben orientieren sich an § 13 Absatz 1 Satz 1 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes. Nach Nummer 10 ist eine Ablichtung eines amtlichen Identitätsdokumentes zu überlassen. Dies erfasst auch das hierauf enthaltene Lichtbild. Hierdurch kann auf die separate Überlassung weiterer Fotos zur Durchführung der unterstützten Verfassungstreueprüfung verzichtet werden.

Zu Absatz 3

Absatz 3 führt in die Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes zur Durchführung der unterstützten Verfassungstreueprüfung auf. Die genannten Befugnisse werden auch schon im Rahmen der Soldateneinstellungsüberprüfung als einfacher Sicherheitsüberprüfung nach § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes ausgeübt, werden hier jedoch reduziert und somit aufwandsärmer geregelt.

Zu Absatz 4

Absatz 4 stellt die Übermittlungsbefugnis der erhobenen und ausgewerteten Erkenntnisse des Militärischen Abschirmdienstes an die für die Ernennung oder Heranziehung zuständige Stelle dar. Insbesondere die Auswertung der Erkenntnisse ist hierbei bedeutsam. Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung ist insbesondere der Militärische Abschirmdienst fachlich befähigt, Anhalte zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu erkennen. Diese sind so aufzubereiten, dass sie von der für die Ernennung oder Heranziehung zuständigen Stellen zur Bewertung des § 37 Absatz 1 Nummer 2 des Soldatengesetzes genutzt werden können.

Zu Absatz 5

Absatz 5 schafft Vorgaben für eine Datenverarbeitung. Insbesondere werden Vorgaben für die Löschung der Übermittlungen geschaffen.

Zu Absatz 6

Absatz 6 regelt die nach der Datenschutzgrundverordnung vorgesehenen Unterrichtung der betroffenen Person über die Datenverarbeitung.

Zu Titel 2 (Intensivierte erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen)

Die intensivierte erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen ist für Verwendungen mit besonders hohen Sicherheitserfordernissen vorgesehen und findet bislang ihre Rechtsgrundlage in § 3a des Soldatengesetzes. Zur systematischen Vereinheitlichung wird diese Regelung übertragen.

Zu § 5 (Personenkreis; Verordnungsermächtigung)

§ 5 orientiert sich in Absätzen 1 und 2 an § 3a Absatz 1 und 2 des Soldatengesetzes. Die Sicherheitsüberprüfung ist eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen nach § 10 SÜG. In Absatz 3 wird auch bei dieser Personenüberprüfung die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen von Ermessenserwägungen von der Durchführung der intensivierten erweiterten Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen abzusehen, sofern hierfür ein dienstliches Bedürfnis besteht.

Zu § 6 (Durchführung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz)

§ 6 übernimmt § 3a Absatz 3 des Soldatengesetzes mit rechtsförmlichen Anpassungen.

Zu Unterabschnitt 2 (Reisebeschränkungen)

Unterabschnitt 2 führt die Möglichkeit von Reisebeschränkungen ein. Die Möglichkeit von Reisebeschränkungen ist bislang in § 32 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes geregelt. Reisebeschränkungen stellen einen nicht unerheblichen Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit (Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes) dar und sind deshalb rechtfertigungsbedürftig (Schenke/Graulich/Ruthig/Warg, 2. Auflage 2019, SÜG § 32 Rn. 1). Hintergrund für die gesetzlich zulässige und verfassungskonforme Einschränkung, bestimmte Länder nicht zu besuchen, liegt in dem gesteigerten Risiko, dem viele Geheimnisträger und die ihnen anvertrauten Informationen in gewissen Ländern ausgesetzt sind. Die Erkenntnisse der Spionageabwehr zeigen, dass Anbahnungsversuche vorzugsweise unternommen werden, wenn die Zielperson sich auf dem Territorium des nachrichtendienstlichen Gegners aufhält. Einschüchterungs- und Erpressungsversuche führen auf fremden Boden wegen fehlender Kenntnis der dortigen Vorschriften und Befugnisse der Sicherheitsbehörden leichter zum Erfolg (SÜG-AVV zu § 32 Absatz 1). Die Regelungen des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes sind jedoch nicht ausreichend, um Geschäftsbereichsangehörige des Bundesministeriums der Verteidigung umfassend zu schützen. Während durch die Anwendung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes der Schutz von Geheimnisträgern und von Geheimnissen im Vordergrund stehen, haben nachrichtendienstliche Erkenntnisse gezeigt, dass Geschäftsbereichsangehörige des Bundesministeriums der Verteidigung auch ohne sicherheitsempfindliche Tätigkeiten Gefahren bei der Einreise in bestimmte Länder ausgesetzt sind. Um diese Personen zu schützen, aber auch um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr aufrecht zu erhalten, ist es notwendig, eigene, vom Sicherheitsüberprüfungsgesetz unabhängige, Regelungen zu schaffen.

Zu § 7 (Personenkreis)

§ 7 bestimmt die Reichweite möglicher Reisebeschränkungen und verfolgt einen weiten Ansatz, indem sämtliche Statusgruppen des Geschäftsbereichs in den Anwendungsbereich einbezogen werden. Dies umfasst neben Soldatinnen und Soldaten, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter auch Tarifbeschäftigte. Die vom Bundesministerium der Verteidigung nach ausländischem Recht eingestellten Ortskräfte, die bei der Einreise in

Regionen oder Staaten mit erhöhten Gefährdungen ebenfalls Bedrohungen ausgesetzt werden, sind jedoch keine Beschäftigten des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung in Sinne dieses Gesetzes. Da Ortskräfte grundsätzlich nach dem jeweiligen ausländischen Recht vertraglich gebunden werden, können hier nach deutschem Recht keine gesetzlichen Vorgaben gemacht werden.

Zu § 8 (Reiseanzeigen, Zustimmungsvorbehalt, Reiseverbot)

§ 8 differenziert Reisebeschränkungen in Reiseanzeigen, Zustimmungsvorbehalte und Reiseverbote. Grundrechtsschonend werden hierbei nicht nur Staaten angesprochen, sondern auch Regionen in Staaten. Damit soll eine größere Flexibilität geschaffen werden. Tatbestandlich werden Reiseanzeigen, Zustimmungsvorbehalte und Reiseverbote an sich steigende Tatbestandsvoraussetzungen geknüpft, wobei unbestimmte Rechtsbegriffe eingeführt werden, die ausgelegt werden müssen. Zur Auslegung kommt es hierbei auf Erkenntnisse – auch nachrichtendienstlicher – Art an.

Zu Absatz 1

Eine Gefährdungslage nach Absatz 1 dürfte in der Regel anzunehmen sein, sofern Erkenntnisse darüber vorliegen, dass Beschäftigte des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung bei Reisen in bestimmte Regionen oder Staaten mit Anbahnungsversuchen fremder Mächte zu rechnen haben. Anbahnungsversuche beziehen sich auf Versuche ausländischer Nachrichtendienste, Kontakt zu Personen oder Institutionen aufzunehmen, um diese für ihre Zwecke zu gewinnen oder Informationen zu erlangen. Diese Versuche können vielfältige Formen annehmen, darunter freundschaftliche Annäherungsversuche. Anbahnungsversuche können aber auch dadurch entstehen, z.B. bei der Einreise in eine entsprechende Region oder einen entsprechenden Staat staatlichen Druck aufzubauen. Beschäftigte des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung sind hierbei besonders interessante Ziele fremder Mächte, da diese Kenntnisse über die Bundeswehr haben, die andere Personen im Regelfall nicht haben.

Zu Absatz 2

Eine erhebliche Gefährdungslage nach Absatz 2 dürfte in der Regel anzunehmen sein, wenn Erkenntnisse darüber vorliegen, dass Beschäftigte des Bundesministeriums der Verteidigung bei Reisen in bestimmte Regionen oder Staaten einer abstrakten Gefährdung für Leib und Leben ausgesetzt sind, die für andere Reisenden nicht gilt. Erkenntnisse über Anbahnungsversuche müssen hierbei nicht zusätzlich vorliegen, obwohl dies regelmäßig anzunehmen sein dürfte.

Zu Absatz 3

Eine besonders erhebliche Gefährdungslage nach Absatz 3 dürfte in der Regel anzunehmen sein, wenn Erkenntnisse darüber vorliegen, dass Beschäftigte des Bundesministeriums der Verteidigung bei Reisen in bestimmte Regionen oder Staaten einer akuten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sind.

Zu § 9 (Anzeige eines Vorkommnisses)

Die Vorschrift übernimmt den Rechtsgedanken des § 32 Absatz 3 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes. Die Pflicht, Vorkommnisse anzuzeigen, gilt unabhängig davon, ob eine Reise zuvor hätte angezeigt werden müssen, einem Zustimmungsvorbehalt unterliegen wäre oder sogar verboten gewesen war, da es sich um eine eigenständige Pflicht handelt. Zweck der Anzeigepflicht ist das Ermöglichen der Einschätzung, ob z.B. die betroffene Person oder Personen in vergleichbarer Verwendung einem besonderen Risiko ausgesetzt sind. Zudem können die Anzeigen dem Dienstherrn wichtige Hinweise darauf geben, welche Personen bzw. Verwendungen im besonderen Fokus ausländischer Nachrichtendienste stehen (vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Warg, 2. Auflage 2019, SÜG § 32 Rn. 12).

Zu § 10 (Verordnungsermächtigung)

§ 10 ermächtigt das Bundesministerium der Verteidigung, Näheres zu Reisebeschränkungen in einer Verordnung zu regeln. Aufgrund der außenpolitischen Wirkung, Reisebeschränkungen für einzelne Regionen oder Staaten zu erlassen, ist die Verordnung im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt zu erlassen. Durch die Verordnung werden Möglichkeiten geschaffen, flexibel auf sich ändernde Gefährdungslagen verhältnismäßig zu reagieren. Die mindestens zu treffenden Festlegungen werden in § 10 vorgegeben.

Zu Abschnitt 2 (Schlussbestimmungen)

Zu § 11 (Übergangsvorschriften)

Die Übergangsvorschriften sind erforderlich, um bereits laufende aber noch nicht abgeschlossene Überprüfungsmaßnahmen abschließen zu können. Anderenfalls müsste auf Grundlage des § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes begonnene Sicherheitsüberprüfungen abgebrochen und jeweils eine Verfassungstreueprüfung begonnen werden.

Zu Artikel 3 (Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes)

Artikel 3 ist eine Folgeänderung zu § 53 des Artikel 1. Da der Militärische Abschirmdienst nunmehr die Zuschüsse des Bundeshaushaltes an den Militärischen Abschirmdienst und die jeweilige Gesamtzahl seiner Bediensteten selbst jährlich in einer Veröffentlichung angibt, bedarf es keiner Erwähnung des Militärischen Abschirmdienstes mehr in § 16 Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

Zu Artikel 4 (Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes)

Artikel 4 ist eine Folgeänderung zu Artikel 1. Zudem wird das Wegfallen des § 18 des BND-Gesetzes berücksichtigt.

Zu Artikel 5 (Änderung des Soldatengesetzes)

Artikel 5 stellt eine Folgeänderung dar, da durch Artikel 2 die aufgeführten Regelungen des Soldatengesetzes obsolet geworden sind.

Zu Nummer 1

Nummer 1 ist eine Folgeänderung zu Nummer 2.

Zu Nummer 2

Die Vorschrift ist durch die Regelungen in Artikel 2 im neuen Gesetz zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr obsolet geworden und kann entfallen.

Zu Nummer 3

Die Regelung im bisherigen § 37 Absatz 3 ist durch das neue Gesetz zur Stärkung des personellen Schutzes in der Bundeswehr obsolet geworden und kann entfallen.

Zu Nummer 4

Nummer 4 ist eine redaktionelle Folgeänderung zu Nummer 3.

Zu Nummer 5

Nummer 5 ist eine Folgeänderung zu Artikel 2.

Zu Artikel 6 (Änderung der Soldatensicherheitsüberprüfungsverordnung)

Artikel 6 ist eine Folgeänderung zu Artikel 2.

Zu Artikel 7 (Änderung des Reservistengesetzes)

Artikel 7 stellt eine Folgeänderung dar, da durch Artikel 2 die Regelung des § 3a des Reservistengesetzes obsolet geworden ist.

Zu Artikel 8 (Änderung der Wehrdisziplinarordnung)

Gemäß § 32 Absatz 2 Satz 1 der Wehrdisziplinarordnung kann die Aufklärung des Sachverhalts eines Dienstvergehens Offizierinnen und Offiziere übertragen werden. Möchte die bzw. der zuständige Disziplinarvorgesetzte auf die Expertise von Feldjägerkräften zurückgreifen, kann sie oder er die Aufklärung des Sachverhaltes einer Feldjägeroffizierin oder einem Feldjägeroffizier übertragen. Bereits jetzt besteht zudem die Möglichkeit, dass die oder der für die Sachverhaltsaufklärung zuständige Offizierin oder Offizier sachkundige Feldjägerkräfte zu ihren oder seinen Ermittlungen hinzuzieht. Vernehmungen von Zeuginnen und Zeugen sowie beschuldigter Soldatinnen und Soldaten dürfen indes bisher ausschließlich durch Offizierinnen und Offiziere durchgeführt werden. Der bisherige § 32 Absatz 2 Satz 2 der Wehrdisziplinarordnung lässt lediglich in eingeschränktem Umfang die Vernehmung von Zeuginnen und Zeugen durch Kompaniefeldwebel zu.

Mit der angestrebten Änderung kann die vorhandene Expertise von einschlägig ausgebildeten Feldjägerfeldwebeln genutzt werden, indem diese durch die mit der Sachverhaltsaufklärung befasste Feldjägeroffizierin oder den befassten Feldjägeroffizier mit Vernehmungen beauftragt werden. Sie trägt darüber hinaus dem Beschleunigungsgrundsatz aus § 17 Absatz 1 der Wehrdisziplinarordnung Rechnung.

Zu Artikel 9 (Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen)

Zu Nummer 1

Die Anpassung erfolgt zur Berücksichtigung gleichstellungsrechtlicher Aspekte.

Zu Nummer 2

Die Neufassung der Absätze 1 und 2 von § 1 erfolgt zur Berücksichtigung gleichstellungsrechtlicher Aspekte.

Die Anpassung in Absatz 3 Satz 3 erfolgt zur Berücksichtigung veränderter Altersgrenzen. Bei Erlass des Gesetzes im Jahr 1965 trat Volljährigkeit erst mit Vollendung des 21. Lebensjahres ein. Im Hinblick auf den vom Gesetzgeber zwischenzeitlich festgelegten Eintritt der Volljährigkeit mit Vollendung des 18. Lebensjahres und der Festlegung in § 16 Absatz 1 Nummer 2 der Bewachungsverordnung, wonach Gewerbetreibende mit Bewachungsaufgaben eine Person beschäftigen dürfen, die das 18. Lebensjahr vollendet hat, soll diese Gesetzeslage durch die Änderung des Mindestalters für Bewachungsaufgaben durch zivile Wachpersonen auch im Unmittelbaren Zwang-Gesetz der Bundeswehr Berücksichtigung finden. Die Anpassung des Höchstalters erfolgt vor dem Hintergrund der ab dem Jahr 2012 erfolgten schrittweisen Anpassung der Regelaltersgrenze auf das 67. Lebensjahr. Bislang wurde bereits in Ausübung des gesetzlich eingeräumten Ermessens in Einzelfällen von den bislang festgelegten Altersgrenzen abgewichen, aufgrund des Ausnahmecharakters („sollen“) jedoch nur in Fällen besonders dringenden Personalbedarfs, der anders nicht gedeckt werden kann. Aufgrund des demografischen Wandels bei gleichzeitig verschärfter Sicherheitslage, welche zusätzliche Bewachungsmaßnahmen erfordert, dient die Änderung auch der Verbesserung der Absicherung militärischer Bereiche.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Die Anpassung erfolgt zur Berücksichtigung gleichstellungsrechtlicher Aspekte.

Zu Buchstabe b

Die Definition des Begriffes „verbündete Streitkräfte“ soll etwaige Lücken schließen, indem auch verbündete Streitkräfte aufgenommen werden, welche weder Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes noch einem Mitgliedstaat der Europäischen Union angehören (z.B. Koalition der Willigen). Diese weiteren verbündeten Streitkräfte definiert das Bundesministerium der Verteidigung zusammen mit dem Auswärtigen Amt. Gleichzeitig erfolgt eine Festlegung, welche Bündnisse (NATO, EU) ihrem Charakter nach bereits jetzt zu den verbündeten Streitkräften zählen. Dies war mit Blick auf die EU bislang nicht eindeutig geklärt. Die dem Schutz und der Sicherheit von Personal, Material, Infrastruktur und der militärischen Geheimhaltung dienenden Befugnisse können hierdurch auch zugunsten dieser Verbündeten ausgeübt werden. Die Ausübung durch Verbündete nach Maßgabe von § 1 Absatz 2 soll, wie bisher in der Praxis üblich, auf Fälle der vertraglich verbürgten Gegenseitigkeit des verbündeten Staates beschränkt bleiben.

Zu Nummer 4

Die Ergänzung dient der Abgrenzung zu den neuen Befugnissen nach § 8a, indem der räumliche Anwendungsbereich bereits in der Überschrift zum Ausdruck gebracht wird. Der verwendete Begriff der „Personenüberprüfung“ ist im Rahmen der zwischenzeitlich modernisierten Polizeigesetzgebung veraltet. Der in dem § 8a verwendeten Begriff „Identitätsfeststellung“ hat den gleichen materiell-rechtlichen Regelungsgehalt. Es ist jedoch der Einfachheit halber darauf verzichtet worden, das gesamte Stammgesetz entlang der neuen Begrifflichkeit zu modernisieren. Deswegen bleiben die Begrifflichkeiten in den §§ 4 bis 8 unverändert. Bei einer künftigen Gesamtrevision des Stammgesetzes werden die Begrifflichkeiten vereinheitlicht.

Zu Nummer 5

Das UZwGBw enthält bislang keine Verfahrensvorschriften zu Durchführung einer Durchsuchung. Nummer 5 schafft einen Verweis, sodass auch für die Durchsuchung nach § 7 Absatz 1 die neuen Verfahrensvorschriften des neuen § 8a Absatz 5 Anwendung finden (vgl. Nummer 6).

Zu Nummer 6

Mit Nummer 6 wird ein neuer § 8a eingefügt.

Alle Maßnahmen nach § 8a dienen der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit und sind dazu bestimmt, Gefährdungen der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte im Vorfeld zu erkennen und abzuwehren. Unter Einsatzbereitschaft, Schlagkraft und Sicherheit der Truppe ist das Schutzgut der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr zu verstehen; der Begriff ist identisch mit der Formulierung des § 9 Nummer 2.

Als Ausgangspunkt ist zu beachten, dass alle Maßnahmen im unmittelbaren Zusammenhang mit militärischen Bereichen sowie dem Schutz militärischer Sicherheitsbereiche und militärischer Aktivitäten stehen und damit unmittelbar aus dem Verteidigungsauftrag folgen.

Die Neuregelung schafft die Möglichkeit zur Überprüfung von Personen in militärischen Bereichen (§ 2 Absatz 1), wo ein unbefugtes Betreten zwar auf Grundlage des Hausrechtes verboten werden kann und das somit eine Ordnungswidrigkeit nach § 114 des Ordnungswidrigkeitengesetzes darstellt, deren Verfolgung aber bislang nicht wirksam möglich ist, da

die militärischen Ordnungskräfte (insbesondere Feldjäger) auf die Jedermannbefugnisse verwiesen sind, um Unberechtigte aus solchen militärischen Bereichen (z.B. Standort- oder Truppenübungsplätze) zu verweisen; eine Befugnis zur Feststellung der Identität und Weitergabe der Daten an die zur Ahndung zuständige Stelle der Bundeswehr war somit nicht möglich, soweit die betroffene Person nicht freiwillig Angaben zu ihrer Identität machte. Die erweiterten Befugnisse dienen im Wesentlichen dazu, Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und ihnen zu begegnen, um so der erhöhten Gefährdungslage gerecht zu werden und den sicheren Dienstbetrieb zu gewährleisten.

In diesem Kontext war in der jüngeren Vergangenheit eine Häufung von Vorfällen zu verzeichnen in der insbesondere mit unbemannten Luftfahrzeugen (Drohnen) eine Ausspähung der Übungstätigkeit, z.B. im Zusammenhang mit der Ausbildung ukrainischer Streitkräfte, durch Drohnen stattfand.

Die Feststellung der Identität von Personen auch außerhalb von militärischen Sicherheitsbereichen (§ 2 Absatz 2) soll durch Absatz 2 neu geschaffen werden, um der veränderten, hybriden Bedrohungslage wirksam begegnen zu können. Dabei stellen insbesondere Bedrohungen durch Drohnen eine besondere Gefährdung dar. Eine ausspähende oder gar angreifende Drohne kann im Rahmen des § 9 mit Zwangsmitteln abgewehrt werden. Was mit den bisherigen Befugnissen nicht wirksam begegnet werden kann, ist ein Steuerer eines solchen Luftfahrzeuges, der sich nicht in einem militärischen Sicherheitsbereich befindet (wo eine Personenüberprüfung nach § 4 zulässig ist), um dort Abbildungen und Aufnahmen zu fertigen, sondern dies von außerhalb der Liegenschaft tut. Auch kann eine Person, die eine Drohne außerhalb des militärischen Sicherheitsbereichs auspackt und zum Starten vorbereitet, nicht überprüft werden. Diese Fälle werden von der Neuregelung erfasst und geregelt. Ferner ermöglicht die Neuregelung auch die Überprüfung von Personen im Vorfeld der Gefahrenabwehr, die bereits auf Grundlage von § 9 Nummer 1 und 2 möglich ist, in den Fällen, in denen eine strafbare Handlung noch nicht unmittelbar bevorsteht, aber das Verhalten einer Person bereits Anhaltspunkte für sicherheitsgefährdende Aktivitäten bietet. Diese Anhaltspunkte können sich vor allem daraus ergeben, dass eine Person Beobachtungen tätigt, die sicherheitsrelevante militärische Aktivitäten betreffen, oder mit Gegenstände wie Waffen, ähnlich gefährlichen Gegenständen, Einbruchswerkzeugen (Bolzenschneider, Werkzeugen oder Überstiegshilfen zur Überwindung der Umzäunung), Beobachtungshilfen sowie Drohnen und deren Steuerungsgeräte umgeht. Ein „Umgehen“ mit solchen Gegenständen setzt dabei mehr voraus, als das bloße und ggf. verdeckte Mitsichführen. Anlasslose Kontrollen sind mit der Neuregelung ausdrücklich nicht bezweckt, sondern die Kontrolle von Personen, deren Verhalten tatsächliche Anhaltspunkte für eine mögliche beabsichtigte Gefährdung des Schutzgutes bietet. Dies ist aufgrund der veränderten Sicherheitslage zwingend notwendig geworden. So gab es in der jüngsten Vergangenheit neben häufigen Drohnensichtungen auch vermehrte Versuche des Eindringens in militärische Sicherheitsbereiche, Beschädigungen von Zäunen und Versuche die Wasserversorgung zu manipulieren.

Absatz 3 sieht darüber hinaus eine Befugnis zur Identitätsfeststellung auch außerhalb militärischer Bereiche bzw. militärischer Sicherheitsbereiche, aber im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten für Soldatinnen und Soldaten mit Sicherheitsaufgaben (z. B. Feldjäger oder Angehörige von Transportbegleitkommandos und Zugwachen) vor. Die Vorschrift erfasst nur Soldatinnen und Soldaten mit Sicherheitsaufgaben im Sinne des § 1 Absatz 1 und 2, da außerhalb militärischer Bereiche nicht von Wachaufgaben gesprochen wird, und insbesondere ziviles und gewerbliches Wachpersonal von der Wahrnehmung dieser eng mit den militärischen Aktivitäten in Zusammenhang stehenden Aufgabenerfüllung ausgenommen bleiben soll. Die militärischen Herausforderungen im Bereich der Drehscheibe Deutschland und damit die Erfüllung des Verteidigungsauftrages erfordern es, dass die Streitkräfte auch außerhalb ortsfester militärischer Bereiche, insbesondere während der Durchführung von Marschbewegungen, aus sich heraus befähigt sind, für ein gewisses Maß an Sicherheit der eigenen und der verbündeten Truppen zu sorgen. Zu den militärischen Aktivitäten gehören alle dienstlichen Tätigkeiten, insbesondere militärische

Marschbewegungen, Streifen, Übungen sowie öffentliche Gelöbisse. Nicht umfasst sind jedoch dienstliche Veranstaltungen der geselligen Art sowie das private Bahnfahren in Uniform. Zu den militärischen Aktivitäten zählen auch die dienstlichen Tätigkeiten der verbündeten Streitkräfte.

Die dafür notwendigen Eingriffe in Grundrechte einzelner Personen und in die Zuständigkeit der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben der Länder stehen hinter der Erfüllung des Verteidigungsauftrages und der Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zurück. Da es sich dagegen lediglich um eine Überprüfung der Identität handelt, sind die geplanten Maßnahmen verhältnismäßig. Weitere Maßnahmen der Gefahrenabwehr bleiben den Polizeibehörden vorbehalten.

Die Feststellung der Identität erfolgt insbesondere durch die in Absatz 4 aufgezählten Maßnahmen. Diese orientieren sich an vergleichbaren und unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten abgestuften Befugnissen zur Identitätskontrolle durch die Polizei. Die Ausübung der Befugnis zur Identitätskontrolle steht dem in § 1 benannten Personenkreis zu. In der Praxis wird die Wahrnehmung dieser Aufgaben vornehmlich Soldaten mit Sicherheitsaufgaben (v.a. Feldjägern) zufallen, um die mit den Wachaufgaben im Militärischen Sicherheitsbereich betrauten Personen zu unterstützen und so die Absicherung zu ergänzen. Die Durchsetzung der Identitätskontrolle kann nach § 9 Nummer 3 nötigenfalls unter Anwendung verhältnismäßigen Zwanges erwirkt werden, wenn dies denn Umständen nach erforderlich ist. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn sich die Person der Kontrolle durch Flucht zu entziehen versucht oder den zur Kontrolle berechtigten Personen gegenüber tätlich wird. Ein Festhalten der betroffenen Person ist regelmäßig nur bis zur Übergabe an die Polizei zulässig. Alle Weiterungen richten sich nach Polizeirecht.

Absatz 5 übernimmt etablierte Verfahrensregelungen für die Durchsuchung.

Zu Nummer 7

Bei den Änderungen handelt es sich um die Aufnahme von Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG) in den Katalog der Waffengattungen des § 10 Absatz 4. Der Einsatz von DEIG, umgangssprachlich auch Elektroschockpistolen oder Taser genannt, bedarf aufgrund des darin liegenden Eingriffs in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes einer ausdrücklichen Rechtsgrundlage.

Die Änderung dient auch dem Gleichlauf mit einer entsprechenden Änderung des § 2 Absatz 4 des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes (UZwG). Aus Gründen der Rechts- und Handlungssicherheit gilt es, ein Auseinanderfallen der ansonsten inhaltsgleichen Bestimmungen zu vermeiden.

Zu Nummer 8

Bei den Änderungen handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen bzw. Änderungen aufgrund der erfolgten Neugliederung der Bundeswehrverwaltung.

Zu Nummer 9

Aufgrund seines Alters beinhaltete das UZwGBw bislang keine datenschutzrechtlichen Bestimmungen, obwohl eine Verarbeitung personenbezogener Daten auf Grundlage von § 4 schon seit jeher erfolgen konnte. Die Bestimmungen des § 20a gelten daher sowohl zur Klarstellung für die bisherige Befugnis zur Personenüberprüfung als auch für die Identitätsfeststellung nach § 8a. Von der Verarbeitung umfasst ist insbesondere die Erhebung, Speicherung und Übermittlung der personenbezogenen Daten.

Zu Artikel 10 (Änderung des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes)

Die Änderungen sind aufgrund Artikel 1 erforderlich und stellen eine formelle Folgeänderung dar.

Zu Artikel 11 (Änderung der Telekommunikations-Überwachungsverordnung)

Die Anpassungen der Telekommunikations-Überwachungsverordnung sind erforderlich, weil durch Artikel 1 § 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 die bisherige Regelung aus § 8a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes in Verbindung mit dem bisherigen § 4a des MAD-Gesetzes übernommen wird. Sie stellen lediglich eine formelle Folgeänderung dar.

Zu Artikel 12 (Änderung des Telekommunikationsgesetzes)

Die Änderungen sind aufgrund Artikel 1 erforderlich und stellen eine formelle Folgeänderung dar.

Zu Artikel 13 (Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes)

Durch Artikel 13 wird das Bundespersonalvertretungsgesetz an weitere nachrichtendienstliche Besonderheiten angepasst. Die Einfügung des § 117 Absatz 6 des Bundespersonalvertretungsgesetzes als Sonderregelung für das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst ist den besonderen Anforderungen an einen Nachrichtendienst geschuldet. Die Aufgaben gehen mit besonderen Bedürfnissen insbesondere bezüglich der Sicherheit und des Geheimschutzes einher. Bei der Tätigkeit im Militärischen Abschirmdienst handelt es sich um eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit. Für alle Bediensteten ist daher nach § 10 Nummer 3 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes grundsätzlich eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen durchzuführen. Eine solche ist nach § 14 Absatz 5 Satz 2 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes notwendig, um mit der Wahrnehmung einer sicherheitsempfindlichen Aufgabe betraut zu werden. Nach § 117 Absatz 6 ruht die Mitgliedschaft in einem Personalrat beim Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst bei Personen, die zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit nicht zugelassen sind. Damit wirken in den Personalräten des Militärischen Abschirmdienstes nur Personen mit, die zu eben dieser sicherheitsempfindlichen Tätigkeit zugelassen sind. Die Aufgaben eines Mitglieds des Personalrats beim Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst bringen es zwangsläufig mit sich, dass Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen besteht. Daher müssen auch die Mitglieder des Personalrats für eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit zugelassen sein. Liegt in der betroffenen Person ein Sicherheitsrisiko vor, ist sie nicht mehr für eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit zugelassen und damit auch nicht mehr für eine Tätigkeit im Personalrat. Die Vorschrift entspricht § 112 Absatz 2 des BND-Gesetzes und fördert somit die Angleichung nachrichtendienstlicher Vorschriften. Da das Personalratsmitglied in diesem Fall an der Ausübung seines Amtes gehindert ist, tritt nach § 33 Absatz 1 Satz 2 des Bundespersonalvertretungsgesetzes für die Dauer des Ruhens der Mitgliedschaft ein Ersatzmitglied ein.

Zu Artikel 14 (Grundrechtseinschränkungen)

Artikel 14 wird dem Zitiergebot des Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes gerecht.

Zu Artikel 15 (Außerkrafttreten)

Mit Inkrafttreten des Gesetzes wird das Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst neu gefasst. Es tritt daher zeitgleich außer Kraft.

Zu Artikel 16 (Inkrafttreten)

Die Komplexität dieses Artikelgesetzes bedarf einer sachgerechten Inkraftsetzung.

Zu Absatz 1

Das Gesetz soll grundsätzlich schnellstmöglich, also am Tag nach seiner Verkündung, in Kraft treten. Entsprechend tritt das bisherige MAD-Gesetz nach Artikel 15 außer Kraft.

Zu Absatz 2

Die organisatorische und technische Umsetzung der unterstützten Verfassungstreueprüfung erfordert eine Vorlaufzeit. Für diesen Übergangszeitraum gelten die bisherigen Vorschriften des Soldatengesetzes, der Soldatensicherheitsüberprüfungsverordnung und des Reservistengesetzes fort.